

## **9 Dringlichkeitsanträge**

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Dann kommen wir schon zu den dringlichen Anträgen und ich darf gleich bitten, auch wieder die Kollegin Gemeinderätin Daniela Katzensteiner, um den ersten dringlichen Antrag.

### **9.1 Hundegipfel (GR<sup>in</sup> Daniela Katzensteiner BA, KPÖ)**

GR<sup>in</sup> **Katzensteiner:**

In meinem Antrag geht es auch um die Hunde-Thematik. Wie wir wissen, sind ja Hunde treue Begleiter des Menschen. Dementsprechend haben auch viele Grazerinnen und Grazer einen oder mehrere Hunde. Leider zeigt sich da in letzter Zeit, dass sich viele Hundehalter:innen nicht an die Regeln halten, wie zum Beispiel die Leinenpflicht im öffentlichen Raum. Da gab es viele Beschwerden, dass eben in den Naherholungsgebieten wie Rosenheim oder Lechwald oft Hunde frei herumlaufen. Und ich als Anrainerin, der Eustacchio-Gründe, kann das auch jeden Tag beobachten, dass auch im Bereich der Sportplätze, dort wo sich viele Kinder und Jugendliche aufhalten, oft Hunde ohne Leine, eben laufen, auch ein Stück weit weg, von den Hundehalter:innen so, dass es im Ernstfall dann auch nicht gewiss ist, dass die dann die Kontrolle über die Hunde erlangen. Letztens habe ich auch von einem Vorfall auf einem Spielplatz erzählt bekommen, auf dem Hunde eigentlich generell nicht erlaubt sind. Das war aber eine junge Mutter, die dann mit Kind und Hund am Spielplatz war und der Hund hat dann aber wiederum angefangen ein anderes Kind über den Spielplatz zu jagen. Die Hundebesitzerin war dann selbst ganz schockiert, weil sie

gemeint hat, ja sie kennt ihren Hund so gar nicht. Aber das zeigt halt auch, dass man ja selbst nie weiß, eigentlich, wie ein Tier dann letztlich reagiert. Und ja, wie die Kollegin von den Grünen das letzte Mal auch schon die Anfrage an die Frau Stadträtin Schönbacher gestellt hat, gibt es auch eine Initiative vom Stadtförster bezüglich der Leinenpflicht, weil leider auch eben Wildtiere oft negativ davon betroffen sind. Da gibt es zum Beispiel immer wieder Rehrisse durch freilaufende Hunde in den Wäldern. Und letztlich geht es um ein friedliches Miteinander zwischen Hundehalter:innen, nicht-Hundehalter:innen und natürlich den Hunden in unserer Stadt. Es gibt ja bereits, oder es gab in der Vergangenheit auch bereits Aktionen verschiedenster Stellen, zum Beispiel auch von der Ordnungswache, die auch Antrag des Geidorfer Bezirksvorstehers, wo eben das Problem am Rosenhain akut ist, dort verstärkt Kontrollen durchführen, die Abteilung für Grünraum bemüht sich, die Sichtbarmachung der Regeln voranzutreiben und vom Veterinäramt gibt es die Hundekurse, beziehungsweise gab es auch das Angebot von Hundetrainer:innen auf den Hundewiesen. Ich möchte ganz klarstellen, dass ich eine Hundefreundin bin und natürlich die Hunde nicht schuld an ihrem Verhalten sind. Die jagen nach ihren Instinkten und tragen keine Verantwortung in dem Sinne, aber die Hundehalter:innen eben schon. Und ein weiteres Problem, das sich vielleicht auch ein bisschen aus dem Ersteren ergibt ist, dass immer wieder auch Giftköder leider gefunden werden. Erst kürzlich wieder ein tragischer Fall, wo der Hund dann auch verstorben ist. Natürlich, nichts rechtfertigt, die Vergiftung von Hunden, aber eben durch diese Problematiken in der letzten Zeit schaukelt sich da vielleicht dann auch etwas auf, wo die Leute ihren Frust oder ihren Ärger leider an den Hunden auslassen. Es gab zu diesem Thema Giftköder auch 2023 einen Rundtisch, eben initiiert auch von der Stadträtin Schönbacher mit den Tierschutzsprecher:innen aller Fraktionen mit den zuständigen Stellen. Aus meiner Sicht hat das aber noch nicht zum Erfolg geführt und es bedürfte weiterer Maßnahmen. Dementsprechend stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

**dringlichen Antrag,**

die für Tierschutz zuständige Stadträtin Claudia Schönbacher wird ersucht, einen Hundegipfel einzuberufen. Dabei soll unter Einbeziehung relevanter Stellen, wie etwa dem Veterinäramt, der Ordnungswache und der Polizei und der Abteilung Grünraum und Gewässer bereits bestehende Ansätze aufeinander abgestimmt werden und weitergehende Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der die Haltung von Hunden betreffenden Regeln erarbeitet werden. Ebenso soll das Thema Giftködern und entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Hunde Thema des Gipfels sein.

Dankeschön.

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Für viele Menschen in Graz sind Hunde treue Begleiter im Alltag geworden. Leider kann man zunehmend beobachten, dass sich Hundehalter:innen nicht an die Regeln halten. Zunehmend zu einem Problem wird es, dass Hundehalter:innen ihre Hunde im Grazer Grünraum nicht an der Leine führen. Es häufen sich beispielsweise Beschwerden über freilaufende Hunde am Rosenhain oder im Leechwald.*

*Als Anrainerin der Eustacchio Gründe kann ich hier täglich freilaufende Hunde beobachten, auch im Bereich des dortigen Bezirkssportplatzes, wo sich viele Kinder und Jugendliche aufhalten. Mir wurde kürzlich von einem Vorfall berichtet, bei dem ein Kind auf einem Spielplatz von einem Hund gejagt wurde. Zum Glück ist dieser Fall noch gut ausgegangen.*

*Dass das aber nicht immer so ist, haben in letzter Zeit Vorfälle mit Hunden gezeigt, bei denen Menschen durch Attacken teils schwer verletzt wurden.*

*Ein weiteres Problem stellen nicht angeleinte Hunde für die städtischen Wildtiere dar. Leider gibt es jedes Jahr Rehrisse durch sie. Sie jagen aber auch im Stadtpark die dort ansässigen Enten.*

*All dies untergräbt das friedliche Miteinander in unserer Stadt.*

*Damit ein solches zwischen Hunden-, Hundebesitzer:innen und Nicht-Hundebesitzer:innen gewährleistet wird, braucht es dringend Maßnahmen, die gewährleisten, dass sich die Hundebesitzer:innen an die geltenden Regeln halten. Unterschiedliche Abteilungen haben bereits Maßnahmen ergriffen. Die Ordnungswache patrouilliert nach einer Initiative des Geidorfer Bezirksvorstehers vermehrt am Rosenhain, ermahnt – und straft auch, wenn es nötig ist. Die Abteilung Grünraum und Gewässer arbeitet an einer besseren Sichtbarmachung der Regeln im öffentlichen Raum. Das Veterinäramt bietet Kurse mit einer Hundetrainerin auf Grazer Hundewiesen an. Dennoch verbessert sich die Situation nicht – eher ist leider das Gegenteil der Fall.*

*Es ist leider auch nicht auszuschließen, dass das Fehlverhalten einiger Hundebesitzer:innen bei manchen offenbar zu solcher Wut führt, dass diese Giftköder auslegen. Nicht, dass irgendetwas das Vergiften von Hunden rechtfertigen würde, doch ist es leider Fakt, dass immer wieder Giftköder im öffentlichen Raum oder auch in privaten Gärten gefunden werden und dadurch auch Tiere zu Schaden kommen. Diesbezüglich fand im letzten Jahr ein runder Tisch mit Stadträtin Claudia Schönbacher, den Tierschutzsprecher:innen aller Fraktionen, sowie den zuständigen Stellen statt. Aber die letzten Wochen zeigen, dass es auch hier noch weitere Maßnahmen braucht. Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)*

*Die für Tierschutz zuständige Stadträtin Claudia Schönbacher wird ersucht, einen Hundegipfel einzuberufen. Dabei sollen unter Einbeziehung relevanter Stellen, wie etwa dem Veterinäramt, der Ordnungswache und der Polizei und der Abteilung Grünraum und Gewässer bereits bestehende Ansätze aufeinander abgestimmt werden und weitergehende Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der die Haltung von*

*Hunden betreffenden Regeln erarbeitet werden. Ebenso soll das Thema Giftköder und entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Hunde Thema des Gipfels sein.*

**Bgm<sup>in</sup> Kahr:**

Danke auch. Ich darf nur persönlich anmerken, aber da geht es Ihnen wahrscheinlich ja auch ähnlich, dass das nicht unwichtig ist, weil tatsächlich fast jede Woche diesbezüglich sehr viele Mails, Anrufe und Schreiben kommen, und das einfach nur klug ist, sich zusammzusetzen und zu schauen, wie man eigentlich unsere Hundebesitzer:innen da gut schützen kann, letztendlich und auch zum beteiligten Miteinander da beitragen kann. Ich bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Bitte Frau Stadträtin.

**StR<sup>in</sup> Schönbacher:**

Vielen Dank. Ja, nachdem ich persönlich angesprochen bin, mache ich natürlich eine Wortmeldung dazu. Ja, natürlich, ich sehe die Dringlichkeit auch, weil es tatsächlich sehr viele Bürger gibt, die eine Meinung dazu haben, nicht nur Bürger, sondern auch Hundehalter, Spezialisten und Trainer, die sich alle an uns wenden, die auch Ideen haben, die sich tatsächlich auch einbringen wollen. Und so wie du liebe Gemeinderätin Katzensteiner, schon gesagt hast, ich habe ja schon einen runden Tisch einberufen und da haben wir einige Maßnahmen gemeinsam entwickelt und wir waren uns da alle einig, aber es ist halt auch wichtig, dass nicht nur wir gemeinsam mit den Gemeinderät:innen, oder ich gemeinsam mit den Gemeinderät:innen etwas erarbeite und den zuständigen Stellen, sondern es ist auch besonders wichtig, dass die Entscheidungsträger dann auch selbst damit im Boot sind, weil das ein Thema ist, das so viele Menschen emotional berührt, dass manche sogar zu einer Maßnahme greifen wie einem Giftköder, was ja unvorstellbar ist. Deshalb werden wir dann auch einen

Abänderungsantrag zu diesem Antrag einbringen, weil uns das einfach noch nicht ganz weit genug geht. Wie gesagt, wir bringen uns sehr, sehr gerne, konstruktiv ein und Zusammenarbeit für besseres Miteinander ist immer sehr, sehr wichtig und bei der Gelegenheit möchte ich wirklich sagen, die meisten Hunde sind lieb und die meisten Hundehalter sind vorbildlich. Aber leider gibt es auch da schwarze Schafe, wenn man das jetzt in Verbindung bringen kann mit einem Hund und das fällt einem halt auf, wenn sehr viele Hinterlassenschaften auf den Wiesen sind, wenn es halt in den Hundewiesen manchmal rund geht oder auch so gestritten wird. Das sind manchmal einzelne Personen und da möchte ich ganz besonders die Amtsärzte vom Veterinärreferat wirklich sehr, sehr lobend hervorheben, weil sie tagtäglich mit diesen Wenigen zu tun haben, die da manchmal sehr schwer zugänglich sind und beratungsresistent sind. Auch darüber müssen wir dann einmal sprechen, welche Maßnahmen dann tatsächlich greifen können, weil wir haben tatsächlich einige Hundehalter, die eine Maulkorbpflicht für ihren Liebling haben und das einfach nicht einhalten. Das sind halt sehr schwierige Situationen. Also wir haben da glaube ich sehr viele Punkte, wo es wichtig ist, dass wir darüber sprechen. Und meine Erfahrungen bei der Beratung auf der Hundewiese durch eine professionelle Hundetrainerin haben mir auch gezeigt, dass es einfach wichtig ist, gerade diese Maßnahmen noch zu verstärken, weil ein besseres Miteinander nur passieren kann, wenn man auch miteinander spricht. Und ganz besonders hervorheben möchte ich noch einmal mein Anliegen, dass es Hundewiesen auch für kleine und für größere Hunde getrennt geben soll, weil erst heute war ich kurz bei der Eröffnung einer Hundewiese und da sind zwei Hundehalter gewesen, der eine mit einem großen, die andere mit einem kleinen Hund. Und die können dann miteinander oft nicht so gut, weil sie es einfach nicht gewohnt sind, weil sie nicht so sozialisiert sind. Auch das wäre ein Thema, worüber wir sprechen müssen. Wir sind schon auf so vielen Hundewiesen gewesen. Wir haben da wirklich sehr, sehr viele Erfahrungen gesammelt. Jetzt momentan sind wir in Eggenberg, als nächstes, nach Ostern, wandern wir dann weiter nach St. Peter und da sammeln wir natürlich auch

dort die Anliegen ein und Lösungsvorschläge. Genauso bin ich mit den Jägern unterwegs, zum Beispiel auch im Lechwald, der heute erwähnt worden ist und das sind sehr, sehr viele Hundehalter mit ihren Hunden angeleint durchgegangen und das war schön, die haben dann auch ein Lob von den Jägern bekommen. Da sieht man auch, die Jäger selbst arbeiten auch schon sehr gerne mit und versuchen das ganze Thema positiv zu bestärken. Es gibt natürlich vereinzelt, die sich an die Regeln nicht halten. Nicht mit jedem kann man leider darüber sprechen. Aber das ist auch ein Thema, das man dann bei diesem Gipfel auf jeden Fall ansprechen muss. Wie gesagt, es gibt sehr, sehr viele, die sich da einbringen möchten. Aber ganz, ganz wichtig finde ich, ist das einfach die Entscheidungsträger selbst dabei sein sollen, weil es einfach nichts hilft, wenn man nur drüber redet und diskutiert und etwas ausarbeitet und dann die Maßnahmen und Lösungen sehr lange auf sich warten lassen. Und das ist wirklich ein wichtiges emotionales Thema. Vor allem wenn dann tatsächlich Giftköder in einem Garten landen, so wie es in Wetzelsdorf war, wo es nicht einmal einen Hund eigentlich gibt in dem Garten, sondern Katzen. Das ist wieder das nächste Thema, das heißt, es schwappt dann über, da haben wir, glaube ich sehr, sehr viel worüber wir sprechen müssen, aber wir müssen dann auch Lösungen anbieten und diese Lösungen auch gemeinsam umsetzen und dazu lade ich sehr herzlich ein.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR **Winter**: Abänderungsantrag

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin. Danke auch von unserer Seite für den Antrag. Es sind sehr richtige, sehr viele Themen angesprochen worden, die durchaus neu geregelt werden müssen, wo wir Lösungen finden müssen. Es ist verständlich, dass wir in einem urbanen Zentrum andere Probleme mit dem Zusammenleben zwischen Hundebesitzer und nicht-Hundebesitzer haben, dass wir auf

diese Probleme reagieren müssen und dass wir da auch gemeinsam Lösungen finden müssen. Was mir ein wenig fehlt an diesem Antrag ist, dass wir da oder dass du doch relativ global über verschiedene Themen sprichst. Leinenpflicht, Maulkorbpflicht, die Problematik bezüglich Wildtiere, die durchaus besteht und dass du eigentlich die Spezialproblematik, nämlich alles, was sich in der Innenstadt abspielt, ein wenig ausblendest. Einerseits das berühmt-berüchtigte Billa-Eck, wo doch auch sehr viele, ja, Hundebesitzer dabei sind, die ja alkoholisiert, teilweise unter Drogeneinfluss, dort ihre Zeit verbringen und hier auch die Frage ist, welche Pflicht eigentlich ein Hundebesitzer hat, wenn er sich mit seinem Hund im öffentlichen Raum längere Zeit aufhält. Und das andere Thema ist aber auch die Bettelei, die im Zusammenhang mit Hunden stattfindet. Wir wissen, es fällt nicht unter aggressives Betteln, so wie es jetzt geregelt ist, wenn Personen Hunde mit sich führen und gleichzeitig der Bettelei nachgehen in Graz. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich verstehe das und habe da wenig Verständnis dafür, wenn diese Hunde viele, viele Stunden hier in der Innenstadt verbringen müssen, um bis zu einem gewissen Grad ein Zugpferd darzustellen, damit man mehr Spenden, mehr Gelder von Passanten einkassiert. Also auch in diesem Bereich bräuchten wir mit Sicherheit eine gewisse Nachschärfung. Daher auch von unserer Seite der vorliegende Abänderungsantrag. Er liegt allen Beteiligten vor, ich fasse ihn inhaltlich zusammen. Es bringt uns wenig, wenn wir die politischen Mehrheiten in der Stadt ignorieren. Infolgedessen brauchen wir auch die Frau Bürgermeisterin, auch die Frau Vizebürgermeisterin im Rahmen von so einem gemeinsamen Tisch dabei. Und auf der anderen Seite der zusätzliche Satz in Rot gehalten, bei diesem Abänderungsantrag: Vorrangig soll die Themenfelder Gefahr durch Giftköder sowie entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Hunde behandelt werden und soll auch auf die vor allem in der Innenstadt vorherrschende Problematik betreffend Haltung von Hunden durch Alkohol, Rauschgift beeinträchtigte Personen thematisiert werden. Ich glaube, die beiden Dinge ergänzen sich sehr gut. Ich würde mich freuen, wenn auch diesem Abänderungsantrag zugestimmt wird und sich hier eine Mehrheit findet.

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Sehr geehrte Frau Bürgermeister!*

*Wie im Motivenbericht beschrieben, betrifft die angesprochene Problematik verschiedene Bereiche und damit auch unterschiedliche politische Zuständigkeiten. Um Maßnahmen nicht nur zu debattieren, sondern auch zur Umsetzung bringen zu können, bedarf es einer politischen Mehrheit sowie einer politischen Entscheidungsmacht. Daher ist es für uns unumgänglich, in dieser Thematik auch Bürgermeisterin Elke Kahr sowie Vizebürgermeisterin Judith Schwentner in den Entscheidungsprozess direkt am „Hundegipfel“ einzubinden.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den*

**Abänderungsantrag**

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

*Die für Tierschutz zuständige Stadträtin Claudia Schönbacher wird ersucht, einen Hundegipfel einzuberufen. Dabei sollen unter Einbeziehung ALLER relevanter Stellen, wie etwa dem Veterinäramt, der Ordnungswache und der Polizei und der Abteilung Grünraum- und Gewässer, sowie die politischen Entscheidungsträger – ressortverantwortlich Bgm. Elke Kahr sowie Vizebürgermeisterin Judith Schwentner – bereits bestehende Ansätze aufeinander abgestimmt werden und weitergehende Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der die Haltung von Hunden betreffenden Regeln erarbeitet werden. Vorrangig sollen die Themenfelder „Gefahr durch Giftköder“ sowie entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Hunde behandelt werden und soll auch auf die vor allem in der Innenstadt vorherrschende Problematik*

*betreffend Haltung von Hunden durch Alkohol/Rauschgift beeinträchtigte Personen thematisiert werden.*

**Bgm<sup>in</sup> Kahr:**

Danke vielmals. Ich möchte nur kurz anmerken. Es ehrt mich sehr, dass man immer die Frau Bürgermeisterin zu allen möglichen Runden Tischen einlädt. Ich bin schon bei unheimlich vielen und wir arbeiten das eh schön ab. Ich komme da auch gerne dazu, aber letztendlich geht es um eine inhaltliche Zuständigkeit und die ist natürlich schon konkret gegeben. Also das muss ich auch sagen und wenn ihr uns dann dazu braucht, dann selbstverständlich gerne. Konkret, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, was die Problematik der Menschen, die im öffentlichen Raum da sind am Hauptplatz und wenn da der Hund nicht angeleint ist, dann ist das nicht zu tolerieren. Das wird auch geahndet und abgestraft, und sollte dies Übermaße annehmen, dann sind unsere Kolleg:innen vom Sozialamt auch vor Ort. Da war letztes Jahr gerade in dem Zusammenhang ständiges konkretes dabei sein. Aber sie haben recht, es gehört genauso dazu. Weitere Wortmeldungen? Bitte Frau Gemeinderätin Slama.

**GR<sup>in</sup> Slama:**

Hallo meine Lieben, im Saal, außerhalb vom Saal, wo auch immer ihr sein mögt. Das Thema Hunde, freilaufende Hunde, Giftköder ist leider ein bisschen ein Dauerbrenner hier bei uns und das möchte ich jetzt ganz klar sagen, liegt nicht daran, dass nichts dagegen unternommen wird, also kurzes Lob dafür. Das Problem ist aber, dass es immer noch sehr viele Beschwerden gibt. Wo gibt es diese Beschwerden? Großteils nicht von Billa-Eck, großteils nicht in der Innenstadt, sondern ganz, ganz viel eben an freilaufenden Waldgebieten. Deswegen genau dort müssen wir sehr gut hinschauen, weil bei jedem Gespräch mit den Bezirksjäger:innenschaft kommt genau das heraus.

Und zwar für die Wildtiere ist es eine große Gefahr, es ist eine Gefahr für die dort spielenden Kinder, für die Menschen, die dort unterwegs sind, teilweise auch für gehe beeinträchtigte Personen, die dann natürlich Gefahr laufen umgeschmissen zu werden. Und die Geschichte ist, es gilt auch in diesem Antrag, da stimme ich sogar zu dem Kollegen Winter, da sind viele verschiedene Problematiken drinnen. Wieso? Weil all diese verschiedenen Problematiken sich aus genau diesem Problem heraus ergeben, und zwar, dass sich leider einige Hundehalter:innen nicht an die Regeln halten. Da macht es nur Sinn, dass wir uns jetzt einmal zusammensetzen und diese ganzen, vielen verschiedenen Ansätze, die wir ja haben an Lösungen, ein bisschen koordinieren, bisschen besser aufeinander abstimmen. Und ich finde es sehr schön, dass du dabei sein würdest, Elke. Ich würde aber ehrlicherweise fast sagen, nachdem auch beim letzten Hundegipfel die Dani und ich ja sehr tatkräftig dabei waren..., passt - du nicht. Dann habe ich da schon mal kein Blödsinn gesagt. Ich glaube auch, dass das thematisch sehr viel Sinn machen wird, dass wir, die da in diesem Thema schon sehr drin sind, was man ja auch dadurch merkt, dass wir bei jeder Sitzung mit irgendeinem Antrag dazu nerven, dass wir dort dabei sein werden. Und da ist für mich genau das, die Thematik der freilaufenden Hunde, die eben in so viele andere Bereiche mit rein strahlt, eben auch in die komplette Tierschutzthematik von Wildtieren, Kleintieren et cetera. Dass man das genau dort vor Ort und da wirklich ganz praktisch nicht politisch, sondern lösungsorientiert, wir als Menschen, die sich mit der Thematik befasst haben, zusammensetzen und genau das machen, was wir eh, glaube ich, alle sehr gerne machen würden. Deswegen leider eine Absage für den Zusatzantrag oder Abänderungsantrag. Aber eine absolute Zusage für den Hauptantrag. Dankeschön.

**GR<sup>in</sup> Katzensteiner:**

Vielen Dank einmal an meine Vorredner:innen für die grundsätzliche Zustimmung und Übereinstimmung, die wir in vielen Themen haben. Auch ein Dankeschön an die Frau

Stadträtin, die ja durchaus schon einiges auch in dieser Angelegenheit unternimmt. Auch an den Kollegen Winter. Zum Abänderungsantrag vielleicht grundsätzlich. Wie gesagt, sehr wichtig die Giftködertematik. Deswegen habe ich sie auch in meinem Antrag drinnen natürlich und das hängt alles zusammen und gehört auf jeden Fall was gemacht. Nichtsdestotrotz geht es mir im Abänderungsantrag, der Intention meines Antrages, eben auch die Hundehalter:innen in die Pflicht zu nehmen, ein bisschen vorbei. Und ja, die Zuständigkeit sehe ich auch in erster Linie einmal bei der Frau Stadträtin Schönbacher. Wenn die Frau Bürgermeisterin oder auch die Frau Vizebürgermeisterin auch gerne dazu kommen möchte, glaube ich, wird das kein Problem sein, aber wie gesagt, in erster Linie würde ich da die Frau Stadträtin Schönbacher als verantwortlich sehen. Und bezüglich noch den letzten Absatz im Abänderungsantrag, es gibt natürlich diese Problematiken in der Vergangenheit immer wieder mal, dass offensichtlich Hunde dazu benutzt wurden, dass man irgendwie halt ja mehr Geld bekommen kann oder so. Würde ich jetzt aber bei vielen Menschen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten mit ihren Hunden auch so nicht unbedingt sehen. Ich kenne nämlich einige von diesen Leuten, auch obdachlose Menschen, die einmal im Monat zu unserer Tierfutter-Ausgabe zum Lennymarkt kommen und das sind durchaus Menschen, die sich sehr gut um ihre Tiere kümmern, trotz aller Probleme, die sie selbst haben und wo man trotzdem die innige Verbindung auch merkt, die Hunde zu den Leuten haben. Und, dass vielleicht Hunde schlecht behandelt werden oder so, das gibt es in allen gesellschaftlichen Schichten, das ist vielleicht für Menschen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, dann ersichtlicher und dann wird auch die Polizei einschreiten, wenn da Verstöße sind und so weiter, wenn sie sich eben nicht an die Leinenpflicht halten oder wenn mit dem Tier nicht gut umgegangen wird. Im Gegensatz dazu, sieht man es bei den eigenen vier Wänden nicht. Und da haben wir letztens Bilder gesehen, wie teilweise Jäger mit ihrem Jagdhunden umgehen. Also das halte ich für nicht zielführend. Da jetzt spezifisch eine soziale Gruppe herauszugreifen und denen vorzuwerfen, sie werden sich nicht an die Regeln halten oder die Hunde

nicht gut behandeln oder so. Und ja, aus diesem Grund bitte ich um die Zustimmung zu meinem ursprünglichen Antrag. Dankeschön.

***Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, KFG, NEOS) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mehrheitlich (gegen ÖVP) angenommen.***

***Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (15.10 Uhr).***

## **9.2 Schaffung eines Liegenschafts- und Flächenmanagements für die Grazer Innenstadt (GR<sup>in</sup> CO Daniela Gmeinbauer, ÖVP)**

**GR<sup>in</sup> CO Gmeinbauer:**

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer:innen beziehungsweise Zuseher via Livestream. Wir bemühen uns stetig in der Innenstadt um eine funktionierende Innenstadtwirtschaft. Das gehört zu den schwierigsten Herausforderungen von Gemeindeverwaltungen im Allgemeinen und den jeweiligen Liegenschafts- und Wirtschaftsressorts im Besonderen. Aktuell steht der Stationärhandel, als wichtiger Eckpfeiler einer funktionierenden Innenstadtwirtschaft, jedoch vor transformativen Herausforderungen. So verändert die digitale Transformation, und das haben alle von uns schon inzwischen mitbekommen, als wichtiger Eckpfeiler einer...Entschuldigung, also verändert die digitale Transformation ganze Handelsparten. Umsätze im Bereich des Online-Handel steigen rasant und lassen neue, innovative Geschäftsmodelle entstehen, die auch die Erwartungen von Kundinnen und Kunden nachhaltig verändern werden. Auch neue Standards bezüglich

Produktveränderungen, Services und Transparenz sind damit verbunden. Neben diesen transformativen Herausforderungen haben Innenstädte im Vergleich zu ihrem Mitbewerber:innen auch noch mit infrastrukturellen Nachteilen zu kämpfen. Shopping-Center verfügen etwa über ein breites Angebot, unabhängig von Witterungsbedingungen, weiters über Aufbewahrungsmöglichkeiten für getätigte Einkäufe, bieten Kinderbetreuungsplätze an, während des Einkaufens, und eine Vielzahl an kostenlosen Parkplätzen. Online-Plattformen wiederum bieten einen viel rascheren Überblick über das gesamte Produktangebot an, sowie kostenfreie Retouren. Die Grazer Innenstadt und ihre stationären Handelsbetriebe sind mit all diesen Herausforderungen bisher erfolgreich zurechtgekommen. Auf die Frequenz in unserer Innenstadt ist so hoch wie noch nie. Dazu gab es erst kürzlich eine Marktstudie dazu. Um jedoch, und da geht es in unserem dringlichen Antrag, über die nächsten Jahre und Jahrzehnte bestmögliche Rahmenbedingungen für eine attraktive Innenstadt mit lebendigem Handel bieten zu können, gilt es stetig Überlegungen für eine weitere Verbesserung der städtischen Unterstützungsmöglichkeiten anzustrengen und schwieriger werdenden Standortgegebenheiten auszugleichen. Eine wichtige Maßnahme neben den bereits vorhandenen, bestehenden Bemühungen der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung, insbesondere in Form von Förderungen wie langfristigen Geschäftsbelebungen und Pop-Up-Förderungen, sowie den betreuenden und initiiierenden Aufgaben des City Managements, bestünde darin, eine neue, zusätzliche Stelle mit entsprechenden Ressourcen in der für die Immobilien zuständigen Abteilung einzurichten. Die Grundidee des Citymanagements besteht darin, als eine Art Centermanagement für die Innenstadt zu agieren, wie es eben auch die Einkaufszentren in und um Graz initiiert haben. Die neu zu schaffende Stelle würde dagegen mit der strategischen Steuerung und Entwicklung von wichtigen Flächen und Leerständen in der Innenstadt betraut werden, also mit Tätigkeiten, deren zugrundeliegende Expertisen bereits in der Immobilienabteilung angesiedelt sind und mit zusätzlichen Ressourcen synergetisch gut genutzt werden könnten. Die Aufgaben

eines solchen Liegenschafts- und Flächenmanagement für die Innenstadt könnten etwa in der Steuerung beziehungsweise Optimierung des Branchenmixes durch Umsetzungsvereinbarungen mit Liegenschaftseigentümer:innen und Vermieter:innen, der Schaffung von Angeboten für Aufbewahrungsstellen für getätigte Einkäufe, gemeinsame Aktionen von Kaufleuten oder auch der Anmietung von wichtigen Geschäftsflächen samt derer Untervermietung an gewünschte Branchen, die wir gerne angesiedelt wissen, liegen. Vor einer allfälligen Umsetzung dieser Überlegungen, bedarf es jedoch einer fachkundigen Prüfung des Finanz- und Immobilienressorts, welche konzentriert liegenschafts- und finanzrechtliche Aspekte und Möglichkeiten rund um eine solche neue Stelle prüft. Daher dafür ich für meine Fraktion folgenden

**dringlichen Antrag**

einbringen. Finanz-, Personal- und Immobilienstadtrat Manfred Eber wird gemäß Motivenbericht beauftragt zusammen mit den geschäftsordnungsmässig zuständigen Stellen die Umsetz- und Finanzierbarkeit einer neuen Stelle im Immobilienressort mit entsprechenden Ressourcen im Sinne eines Liegenschafts- und Flächenmanagements für das „Einkaufszentrum Innenstadt“ zu prüfen und bis September 2024 dem Gemeinderat darüber zu berichten. Wirtschaftsstadtrat Günther Rieger ist mit den zuständigen Stellen im Wirtschaftsressort in wirtschaftlicher Hinsicht miteinzubeziehen. Ich bitte um Annahme.

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*Das stetige Bemühen um eine funktionierende Innenstadtwirtschaft (Gastronomie, Handel, Dienstleistungen) gehört zu den schwierigsten Herausforderungen von*

*Gemeindeverwaltungen im Allgemeinen und den jeweiligen Liegenschafts- und Wirtschaftsressorts im Besonderen.*

*Aktuell steht der Stationärhandel als wichtiger Eckpfeiler einer funktionierenden Innenstadtwirtschaft jedoch vor transformativen Herausforderungen: So verändert die digitale Transformation ganze Handelssparten. Umsätze im Bereich des Online-Handels steigen rasant und lassen neue, innovative Geschäftsmodelle entstehen, die auch die Erwartungen von Kund:innen nachhaltig verändern werden. Auch neue Standards bezüglich Produktverfügbarkeit, Service und Transparenz sind damit verbunden. Neben diesen transformativen Herausforderungen haben Innenstädte im Vergleich zu ihren Mitbewerber:innen auch noch mit infrastrukturellen Nachteilen zu kämpfen: Shoppingcenter verfügen etwa über ein breites Angebot unabhängig von Witterungsbedingungen, weiters über Aufbewahrungsmöglichkeiten für Einkäufe, Kinderbetreuungsplätze und eine größere Anzahl von kostenlosen Parkplätzen. Online-Einkaufsplattformen wiederum bieten einen viel rascheren Überblick über das gesamte Produktangebot sowie kostenfreie Retouren.*

*Die Grazer Innenstadt und ihre stationären Handelsbetriebe sind mit all diesen Herausforderungen bisher erfolgreich zurechtgekommen, auch die Frequenz in der City ist so hoch wie nie – siehe die jüngsten Berichte über einschlägige Marktstudien. Um jedoch auch für die nächsten Jahre und Jahrzehnte bestmögliche Rahmenbedingungen für eine attraktive Innenstadt mit lebendigem Handel bieten zu können, gilt es stetige Überlegungen für eine weitere Verbesserung der städtischen Unterstützungsmöglichkeiten anzustrengen und schwieriger werdende Standortgegebenheiten auszugleichen.*

*Eine wichtige Maßnahme neben den bereits zahlreich bestehenden Bemühungen der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung, insb. in Form von Förderungen zur langfristigen Geschäftsbelebung und Pop-up-Förderungen, sowie den betreuenden und initiierenden Aufgaben des Citymanagements bestünde darin eine neue, zusätzliche Stelle mit entsprechenden Ressourcen in der für Immobilien zuständigen*

*Abteilung einzurichten. Die Grundidee des Citymanagements besteht darin als eine Art Centermanagement für die Innenstadt zu agieren. Die neu zu schaffende Stelle würde dagegen mit der strategischen Steuerung und Entwicklung von wichtigen Flächen und Leerständen in der Innenstadt betraut werden – also mit Tätigkeiten, deren zugrundeliegende Expertisen bereits in der Immobilienabteilung angesiedelt sind und mit zusätzlichen Ressourcen synergetisch gut genutzt werden könnten. Die Aufgaben eines solchen Liegenschafts- und Flächenmanagements für die Innenstadt könnten etwa in der Steuerung bzw. Optimierung des Branchenmixes durch Umsetzungsvereinbarungen mit Liegenschaftseigentümer:innen/Vermieter:innen, der Schaffung von Angeboten für Aufbewahrungsstellen für getätigte Einkäufe/gemeinsame Aktionen von Kaufleuten oder auch der Anmietung von wichtigen Geschäftsflächen samt deren Untervermietung an gewünschte Branchen liegen.*

*Vor einer allfälligen Umsetzung dieser Überlegungen bedarf es jedoch einer fachkundigen Prüfung des Finanz- und Immobilienressorts, welche konzentriert liegenschafts- und finanzrechtliche Aspekte und Möglichkeiten rund um eine solche neue Stelle prüft. Entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen wären im Anschluss bereitzustellen. Erste Konzeptideen, wie die Grazer Innenstadt durch ein geschicktes Liegenschafts- und Verwaltungsmanagement noch besser gesteuert und belebt werden könnte, liegen bereits vor und sollten im Sinne der Aufrechterhaltung einer Innenstadt mit toller Aufenthaltsqualität und einem guten Branchenmix weiterverfolgt werden.*

*Daher stelle ich im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*Finanz, Personal- und Immobilienstadtrat Manfred Eber wird gemäß Motivenbericht beauftragt, zusammen mit den geschäftsordnungsmäßig zuständigen Stellen die*

*Umsetz- und Finanzierbarkeit einer neuen Stelle im Immobilienressort mit entsprechenden Ressourcen im Sinne eines Liegenschafts- und Flächenmanagements für das „Einkaufszentrum Innenstadt“ zu prüfen und bis September 2024 dem Gemeinderat darüber zu berichten. Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler ist mit den zuständigen Stellen im Wirtschaftsressort in wirtschaftsfachlicher Hinsicht miteinzubeziehen.*

**Vorsitzwechsel – StR Krotzer übernimmt den Vorsitz (15.15 Uhr).**

**StR Eber:**

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf dazu einiges, oder ein paar Punkte vielleicht dazu ansprechen. Also zunächst einmal hat es schon die Daniela Gmeinbauer in ihrem Antrag, beziehungsweise war es heute ja schon Thema ein bisschen in der Fragestunde. Es ist natürlich so, dass der stationäre Handel unter unterschiedlichen Faktoren unter Druck kommt. Internet, Bestellungen ist das eine. Das andere ist natürlich, du hast es angeführt in dem Antrag. Wir haben eine sehr gute Frequenz in der Innenstadt, aber die Leute stehen natürlich bei den Ausgaben auf der Bremse, weil natürlich durch die Rekordinflation der letzten Zeit und aufgrund der eingedrückten Wirtschaftsaussichten hier weniger Kaufkraft einfach tatsächlich vorhanden ist. Und das heißt, wir haben ja im letzten Jahr einen Wirtschaftsrückgang von 0,8 % gehabt und auch heuer wird sich das nur sehr mäßig wieder erfangen. Wir haben bereits bestehende Stellen, die also da eine Zuständigkeit haben und die entsprechenden Aufgabengebiete bearbeiten. Das ist zum einen natürlich die A15, Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung, und zum anderen auch das Citymanagement, das bei der Holding Graz angesiedelt ist. Die Abteilung für Immobilien steht natürlich jederzeit unterstützend, beziehungsweise auch beratend zur Verfügung. Es findet auch

eine ständige Abstimmung zwischen unterschiedlichen Abteilungen statt. Es gibt ein sogenanntes Standortsicherung-Jourfix, das alle zwei bis drei Monate stattfindet, wo die Abteilung für Wirtschaft dabei ist, die Stadtbaudirektion, die Stadtplanung, die Verkehrsplanung, Straßenamt, Bau- und Anlagenbehörde und selbstverständlich auch die Abteilung für Immobilien. Hinweisen möchte ich kurz auch noch auf eines: da, wo wir Möglichkeiten haben, unterstützen wir auch gerne. Das war etwa im Rathaus der Fall, also wo wir die Schaufensterflächen zur Verfügung gestellt haben, als Zwischennutzung sozusagen, was auch sehr gut angenommen und angekommen ist für lokale Wirtschaftstreibende und wir haben auch auf Anregung des Stadtrates Günther Riegler vor, dass wir diese kleine Geschäftsfläche in der Herrengasse, die sich aber noch im Rathaus befindet, nach einer entsprechenden Adaption, einige Sachen müssen saniert werden, dass wir auch die, für eine Zwischennutzung, für einige Monate zumindest, zur Verfügung stellen. Es ist aber vielleicht, und vielleicht habe ich den Antrag falsch verstanden, vielleicht zielt der nämlich auf etwas ganz anderes, weil wir ja eine klare Geschäftseinteilung mit klaren Zuständigkeiten haben und vielleicht möchte ja, war dann unsere Überlegung auch, die ÖVP quasi einen Antrag auf eine Änderung der Geschäftseinteilung damit einbringen und aus welchen Gründen auch immer, sozusagen, nicht mehr für diese wirtschaftlichen Fragen verantwortlich sein. Sollte das so sein, bitte jederzeit melden. Wir können uns dann gerne zusammensetzen und bemühen eine neue Geschäftseinteilung da zu machen. Zuallerletzt. Ich bin schon mit der Zeit am Ende. Das Wirtschaftsbudget wurde ja sehr oft als zu niedrig angesehen. Tatsache ist, dass auch im Rechnungsabschluss 2023 wieder deutlich über 400.000 Euro quasi übrigbleiben und aufs Sparbuch wandern. Und ich glaube, ich habe schon gesagt, die Wirtschaftsabteilung hat hier ein Allzeithoch bei ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, also dabei kann es auch nicht liegen und von daher können wir diesem Antrag nicht die Zustimmung erteilen. Danke.

***Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (15.20 Uhr).***

**GR KO Dreisiebner:**

Ja, sehr geehrte Antragstellerin, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal, werte Zuseher:innen draußen an den Endgeräten oder auch oben auf der Galerie. Der Kollege Stadtrat Eber hat eigentlich sehr viel davon ausgeführt, was wichtig erscheint in der Sache. Ich möchte vielleicht noch, nachdem ja heute auch in der Kleinen Zeitung, praktisch im Doppelpass, der Stadtrat Riegler sich gemeldet hat, offenbar zu diesem Antrag, möchte ich noch kurz auf dieses Modell cest majest in Paris eingehen, dass ja offenbar das Vorbild dafür ist. Das ist ja auch interessant, wenn man denn auch die budgetären Möglichkeiten hat, sich das leisten zu können und wenn man in der Gesamtkonzeption, so wie Paris das tut, Kern-Paris 1,2 Millionen, nur ganz wenige Quadratkilometer groß. Das ist der Bereich, wo das gilt und nicht Groß-Paris, also nicht die Metropolregion mit 10 Millionen. Dass man insbesondere die Metzgerbetriebe, die offenbar so quasi als Nucleus für eine nachbarschaftliche Entwicklung in einer 15-Minuten-Stadt mit sehr wenigen Mobilitätsbewegungen, die ja das Ziel der Stadtregierung in Paris sind, umrahmt und des Weiteren aus gesetzlichen Gründen, den Buchhandel und Verlage insbesondere fördern. Das ist eine tolle Geschichte. Nur ist für mich die Frage, wie können wir das budgetär oder könnten wir das budgetär darstellen? Das sehe ich im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt Graz nicht. Das hätte ich auch vor ein paar Jahren nicht gesehen. Also auch als du lieber Günther Rieger, noch finanzzuständiger Stadtrat warst und so leid es mir tut, das werden wir so nicht derheben können. Aber ich weiß, dass die Abteilung für Wirtschaft und Tourismus, die der Kollege Eber eh schon erwähnt hat, federführend, ganz bestimmt in einem guten Austausch mit den, doch überschaubar wenigen, Immobilieneigentümern in der Innenstadt ist und ich glaube, dass man auf diesem Weg vielleicht auch ein bisschen protegieren kann und unterstützen kann, zusammen mit dem Citymanagement, dass es vielleicht ein bisschen einen Mietenvorteil für Start-Ups, für regionale und

lokale Unternehmer:innen, beziehungsweise bei der Auswahl der Unternehmerinnen und Unternehmer gibt. Und schließlich denke ich mir, man sollte Verantwortung dort belassen, wo sie hingehört, Abteilung für Wirtschaft und Tourismus und wie es der Kollege Eber schon gesagt hat, die Zusammenschau, die Zusammenarbeit der Abteilungen funktioniert bestens, wenn man das in der Politik auch noch schaffen, dann wäre es vielleicht etwas, wo man dann weiterkommen. Lieber Günther, mach das mit deiner Abteilung, mit Andrea Keimel, der Citymanagerin et cetera, et cetera. Du wirst einiges bewegen können. Danke.

**StR Eber:**

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Stadtrat Günther Riegler hätte sich zu Wort gemeldet, darf aber nicht, weil er von der antragstellenden Fraktion ist. Wenn sonst keine Wortmeldungen mehr vorliegen, möchte die Antragstellerin ein Schlusswort?

**GR<sup>in</sup> KO Gmeinbauer:**

Das würde ich gerne noch nutzen, vielen Dank. Lieber Herr Stadtrat Eber, du hast vielleicht doch was falsch verstanden, ja. Unser Wirtschaftsstadtrat möchte nicht seine Wirtschaftsagenten abgeben, im Gegenteil, er hat eigentlich übergreifend weitere Stadtsenatsreferenten eingeladen mit ihrer Verantwortung für die zukünftige Entwicklung in dieser Stadt zu sorgen und damit wollten wir mit diesem Antrag abzielen und sonst gar nichts. Und da hättest du als Vertreter in der Immobilienabteilung sehr wohl unterstützen können. Und wenn der Kollege Dreisiebner sagt „Verantwortung“, ich glaube die Stadt Graz, egal auf welcher Ebene, mit welchen Agenden, geht uns alle was an, ja. Auch wenn es Stadtsenatsreferenten gibt, mit einer Zuteilung, wo sie hauptsächlich Verantwortung tragen, sollte nicht nur

diese Straße ihre Tätigkeit bestimmen, sondern auch das, was am Weg dorthin zum Ziel liegt. Und da lade ich alle Stadträtinnen und Stadträte ein, dass man sich Gedanken macht, wie sich diese Stadt wirtschaftlich in der Zukunft entwickeln wird. Und wenn du sagst, lieber Karl Dreisiebner, dass man da ein Budget braucht, ja, kann ich dir nur Recht geben. Und das ist auch Absicht dieses Antrages, dass man Ressourcen und Budget frei macht, damit man auch in Anlehnung, und man muss nicht nur Paris zum Vorbild nehmen. Es gibt auch in Wien dahingehend ein sehr erfolgreiches Management und man kann sich überall das Beste raus klauben, um das, für die zweitgrößte Landeshauptstadt in Österreich, anzuwenden. Und man sagt ja den Kindern schon, wenn man es nicht versucht hat, weiß man nicht, ob man es kann. Und auch in diesem Sinne würde ich das gerne als Schlusssatz da lassen. Aber wir werden einen weiteren Anlauf nehmen und es kann ja sein, dass man vielleicht eine bessere Zeit erwischen, dass man schaut, dass diese Innenstadt weiterhin blüht. Dankeschön.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, NEOS) abgelehnt.***

**9.3 Ausbau der Infrastruktur der E-Mobilität im Sinne des Nationalen Energie- und Klimaplanes 2021 - 2030  
(GR<sup>in</sup> Cornelia LEBAN-IBRAKOVIC, MBA, ÖVP)**

**GR<sup>in</sup> Leban-Ibrakovic:**

Sehr geehrte Damen und Herren in der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieser Antrag ist für mich deswegen so wichtig, weil ich mich nicht nur schon seit geraumer Zeit, sprich seitdem ich im Gemeinderat bin, dafür einsetze, dieses Thema einfach einmal breit zu diskutieren und auch mit einzuplanen, sondern weil es meiner Meinung nach drei entscheidende und eigentlich vier, aber sagen wir drei entscheidende Faktoren beinhaltet, die, denke ich, für uns alle oder, bei denen wir uns

alle einig sind. Das ist einerseits, er steht für Klimaschutz, das heißt, um auch unsere Klimaziele zu erreichen, er steht für die Menschen, das heißt für Barrierefreiheit, für mehr Lebensqualität und er steht auch für eine Stärkung der Wirtschaft, das heißt Stärkung des Wirtschaftsstandortes, damit das auch gut funktioniert. Und das vierte Gebot, dass wir hier im Gemeinderat immer sehr gerne bemühen, ist das Gebot der Sparsamkeit spricht, dass man gewisse Dinge schon jetzt miteinplant, wenn man weiß, dass sie eventuell oder höchstwahrscheinlich in der Zukunft eintreffen werden. Und ich hoffe, da sind wir uns parteiübergreifend eigentlich einmal einig und deswegen ist es mir sehr wichtig, diesen Antrag einzubringen. Ich habe auch einen umfassenden Antrag zur E Mobilität bereits im Dezember 2022 eingebracht, wo ich dann auch gleich die Antwort zitieren werde, die mich nicht sehr zufrieden gestellt hat, Ich habe auch eine Frage an den Stadtrat Eber gestellt, deren Antwort mich auch nicht zufrieden gestellt hat. Ich habe dann noch einmal so zwischen Tür und Angel mit einem Mitglied der Koalitionspartei gesprochen, wo ich auch die bei diesem Thema nachgefragt habe. Diese Antwort hat mich auch nicht zufrieden gestellt und deswegen sozusagen noch einmal jetzt auch dieser Antrag mit einem konkret herausgepickten Thema. Ich möchte euch jetzt nicht mit den Statistiken langweilen, die sind im Motiventext auch gut mit Link hinterlegt, warum eben es wichtig ist, E Mobilität zu mindestens einmal breit zu diskutieren, beziehungsweise auch emissionsfreie Fortbewegung. Im innerstädtischen Bereich sind wir uns wahrscheinlich auch alle einig, dass wir uns ja möglichst emissionsfrei bewegen möchten. Sei es jetzt, ob man Radfahren, Fußgänger sind oder im ÖV, aber eben auch, und da ist jetzt mein Antrag, im Taxi-Bereich, weil das wird, egal ob wir jetzt ideologisch sozusagen übereinstimmen wie die Verkehrswende ausschauen wird, konkret sind wir uns einig, dass ja die Innenstadt und auch alle Bezirke möglichst barrierefrei von auch mobil eingeschränkten Personen erreichbar sein soll, beziehungsweise auch Veranstaltungsorte, wie jetzt im konkreten Fall zum Beispiel der Kongress, auch weiterhin gut besucht werden kann. Es sind unzählige Themen damit verbunden. Das sage ich auch gleich. Das heißt, man könnte das sehr,

sehr lange diskutieren, egal ob das jetzt Anrainer betrifft oder eben den öffentlichen Verkehr, wie ja auch die Frage vom Gemeinderatskollegen Pointner heute schon abgezielt hat. Man kann natürlich auch viel in anderen Bereichen schon tun, aber es gibt einen nationalen Energie- und Klimaplan 2021 bis 2030, der eben bereits sehr konkrete Maßnahmen, sagen wir einmal festsetzt. Der wird gerade noch verhandelt. Es soll die Beschlussfassung im Juni 2024 erfolgen, aber dort ist eben zu lesen, dass ab 2025, und das ist eben schon sehr, sehr nah, deswegen auch dringlich, nur mehr E-betriebene Taxis oder emissionsfreie betriebene Fahrzeuge als Taxis zugelassen werden sollen. Und ich habe da ein bisschen nachgeforscht, es ist dieses Projekt eTaxi Austria und auf dieser Website ist auch ein Statement der Stadt Graz zu lesen. Das heißt, da steht „mit diesem Projekt gelingt es uns in Graz und Wien eine Vorreiterrolle in Österreich einzunehmen und einen Teil der Mobilität, besonders den kilometerlastigen Taxiverkehr, lokal, emissionsfrei und nutzerfreundlich zu gestalten.“ Kommt aus dem Büro von der Frau Bürgermeisterin und ist sozusagen meiner Meinung nach ein Bekenntnis, dass man diesen Bereich auch schon zugestimmt hat. Wien geht auch schon mit gutem Beispiel voran. Wien hat bereits jetzt im Herbst acht Standorte mit 50 E-betriebenen Taxis und geht da sozusagen schon ein bisschen seiner Zeit voraus. In Graz vermisse ich dieses Thema vollkommen. Also in jedem Plan, wo ich da auch nachgefragt habe, egal ob das jetzt in Budgetplanungen sind, in Verkehrskonzepten, es ist mir dieses Thema nicht ausreichend behandelt, und zwar auch nicht konkret genug und umfangreich. Und ich habe diesen umfangreichen Antrag bereits 2022 gestellt, und da würde ich gerne auch kurz die Antwort vorlesen Und zwar, kam dann so ein kleiner Text zurück wo steht das um, unter anderem, die Motiventext angesprochene Fragestellung zu erarbeiten und entsprechenden Lösungen zu finden, wurde 2019 für die Entwicklung geeignete Rahmenbedingungen zur Forcierung der Elektromobilität in Graz und die Erarbeitung konkreter Maßnahmen ein Kernarbeitsteam (KAT) gegründet um einen Masterplan Elektromobilität bis zum Jahr 2030 zu erstellen. Schlussendlich, und da ist noch ein bisschen ein Text und dann steht sozusagen, dass dieses KAT-

Papier, das ich leider nicht einsehen konnte, in den Mobilitätsplan 2040 eingearbeitet wird. Ich glaube, dass aufgrund dieser konkreten Fragestellung zu den E Taxis 2040 einmal sehr lang ist und da eigentlich konkret ein Handlungsbedarf besteht. Außerdem würde ich es schön finden, wenn man dieses KAT-Papier, der anscheinend seit 2019 schon fertig ist, dass man das auch dem Ausschuss vorlegt und auch in dieser Gemeinderatsperiode uns Gemeinderatsmitgliedern zur Verfügung stellt, weil anscheinend hat es ja bereits eine Planung gegeben, die man, und deswegen glaube ich, dass es besonders dringlich ist, jetzt in den Großbaustellen mitnehmen könnte und zwar, dass ist jetzt auch meine konkrete Forderung, dass man zumindestens jetzt auch bei den Großbaustellen, was jetzt meiner Meinung nach bei einigen Teilen, also bei denen, die ich nachgefragt habe, nicht passiert ist, dass man eben diese Elektromobilität und vor allem die Taxistandplätze mit plant, weil die Taxistandplätze haben eben eine Besonderheit, sie müssen barrierefrei laden können und da sind eben Induktionsplatten dafür geeignet, ist übrigens ein österreichisches Unternehmen, das letztes Jahr für Furore gesorgt hat, Easelink, das man da auch sozusagen gut heranziehen könnte und wo eben dann Taxis mit Induktion und barrierefrei laden können. Und deswegen stelle ich jetzt im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

**dringlichen Antrag,**

Frau Vizebürgermeisterin Mag.<sup>a</sup> Judith Schwentner wird aufgefordert im eigenen Wirkungsbereich der Stadt die Forcierung des Ausbaus der Lademöglichkeiten für Taxis und damit ein autorisiertes Laden an allen Taxistandplätzen, sowie eine Aufrüstung der Standplätze im Sinne des nationalen Energie- und Klimaplanes 2021 bis 2030 zu prüfen. Und zweitens Frau Vizebürgermeisterin Mag.<sup>a</sup> Judith Schwentner, sowie die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden aufgefordert bei jedem städtischen Umbau, Tiefbau in der Planungsphase zu prüfen, ob Ladeplätze errichtet werden können, beziehungsweise zumindest eine Leerverrohrung mitverlegt werden könnte.

Die Auflage eines Ausbauplanes für Ladeinfrastruktur wäre hilfreich und wünschenswert. Dankeschön.

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*Mit der mobilen Verkehrswende und der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen werden Städte vor neue Herausforderungen gestellt.*

*Das EU Parlament hat am 8.6.2022 beschlossen, dass ab 2035 keine durch Verbrennungsmotoren betriebene Autos mehr verkauft werden sollen. Somit wurde eine Verkehrswende eingeleitet, die sich nicht nur im Individualverkehr, sondern auch im öffentlichen Verkehr abzeichnen wird.*

*Vor allem ist es Aufgabe einer modernen Stadt, im Zuge einer Großoffensive im Öffentlichen Verkehr die Infrastruktur der alternativen Antriebssysteme zu analysieren, zu berücksichtigen und miteinzuplanen. Bestehende und zukünftige Park & Rides sind auch nur dann attraktiv, wenn in der Infrastruktur Lademöglichkeiten und andere alternative Antriebssystem berücksichtigt werden.*

*Elektrobetriebene Autos sowie E- Fahrräder und E-Scooter sind heute im Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Mit dieser Veränderung der Mobilität gilt es auch als Stadt Graz den neuen Anforderungen der Bürger:innen der Stadt, aber auch der Besucher:innen von Graz zu entsprechen.*

*Genug Möglichkeiten, um sein E-Fahrzeug zu laden, ein übersichtliches Leitsystem, um die Lademöglichkeiten aufzufinden, sowie eine transparente Kennzeichnung der zu erwartenden Ladekosten sind dafür eine Notwendigkeit.*

*Um die Wichtigkeit der Berücksichtigung von alternativen Antriebssystemen und im Besonderen elektrisch betriebenen Fahrzeugen zu unterstreichen, lohnt sich ein Blick in*

*die Statistiken, die zeigen, dass bereits 16,4% der Neuzulassungen E-Autos sind - <https://www.beoe.at/statistik/>.*

*Als besonders dringlich sticht ein Thema heraus, das abseits von verschiedenen Meinungen zur Zukunft der Mobilität im Individualverkehr und Öffentlichen Verkehr zu berücksichtigen gilt:*

*Der von der Bundesregierung geplante Nationale Energie- und Klimaplan 2021 - 2030 setzt fest, dass ab Oktober 2025 nur mehr E-Taxis neu zugelassen werden sollen.*

*Auf der Seite des Klima- & Energiefonds ist zu lesen: „Gemeinsam mit der Stadt Wien, der Stadt Graz, ÖAMTC, Hyundai, Porsche Inter Auto / VW und weiteren Kooperationen unterstützt das eTaxi Austria-Projekt den Umstieg für die Wiener und Grazer Taxiflotten bis Mitte 2025 durch Lademöglichkeiten am Taxistandplatz und attraktive Taxipakete aktiv.“*

*Wien startet bereits mit dem Projekt „e-Taxi“ mit 8 Standplätzen und 50 E-betriebenen Fahrzeugen.*

*In Graz fehlt durch die ideologisch geprägte Umsetzung von Verkehrsstrukturen dieses Thema der E-Taxis komplett, obwohl alle Bezirke und insbesondere die Innenstadt durch ca. 600 in Betrieb befindliche Taxis für die Bürger:innen der Stadt Graz gut und leicht erreichbar sein müssen.*

*Dies ist für alle Menschen mit mobilen Einschränkungen, für ältere Menschen sowie für Veranstaltungsorte (wie z.B. den Grazer Congress im Herzen der Stadt) besonders wichtig.*

*Das Laden von E-Taxis hat jedoch eine Herausforderung, die durch eine herkömmliche Ladesäule nicht gedeckt werden kann. An den Ladeplätzen muss die Barrierefreiheit gegeben sein und herabhängende Ladekabel dürfen nicht zur Stolper-falle werden.*

*Deswegen ist eine gesonderte Planung für Taxistandplätze enorm wichtig, die vor allem bei den zur Zeit großen Baustellen in der Innenstadt noch dringend durchgeführt werden muss.*

*Bereits im letzten Jahr sorgte z.B. ein Österreichisches Unternehmen international für Furore, das mit seinen Ladeplatten „Easelink“ ein bequemes barrierefreies Laden im öffentlichen Raum ermöglicht – induktives Laden ist ein Weg, um Barrierefreiheit zu ermöglichen.*

*Auf meinen umfangreichen Antrag zur E-Mobilität und Alternativen Antriebssystemen vom Dezember 2022 bekam ich folgende kurze Kernaussage:*

*„...Um, unter anderem, die im Motiventext angesprochenen Fragestellungen zu erarbeiten, und entsprechende Lösungen zu finden, wurde 2019 für die Entwicklung geeigneter Rahmenbedingungen zur Forcierung der Elektromobilität in Graz und die Erarbeitung konkreter Maßnahmen ein Kernarbeitsteam (KAT) gegründet, um einen Masterplan Elektromobilität bis zum Jahr 2030 zu erstellen. Im KAT-Prozess erfolgte ein offener Erfahrungsaustausch in themenspezifischen Arbeitsgruppen.*

*Ziel des KAT Prozesses war es, ein Strategiepapier zur Förderung der Elektromobilität in Graz zu entwickeln.*

*Das Strategiepapier wurde gegen Ende der letzten Gemeinderatsperiode fertiggestellt und allen betroffenen politischen Entscheidungsträger:innen vorgestellt, aber schlussendlich nicht mehr zur Beschlussfassung in den Gemeinderat eingebracht.*

*Nachdem sich alternative Antriebssysteme schon alleine technologisch sehr rasch und disruptiv verändern, geht man nun dazu über, dieses wichtige Thema in den gerade in Erstellung befindlichen Mobilitätsplan Graz 2040 zu integrieren.“*

*Der Hinweis, dass die Alternativen Antriebssysteme und die E-Mobilität in den Mobilitätsplan 2040 eingearbeitet werden, scheint mir doch für die im Motiventext angesprochenen Themenfelder, insbesondere für die Umsetzung der E-Taxi-Strategie 2025 und unter Berücksichtigung der gerade aktiven Großbaustellen zu spät!*

*Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den*

**dringlichen Antrag:**

1. *Frau Vizebürgermeisterin Maga. Judith Schwentner wird aufgefordert, im eigenen Wirkungsbereich der Stadt die Forcierung des Ausbaus der Lademöglichkeiten für Taxis und damit ein automatisiertes Laden an allen Taxistandplätzen sowie eine Aufrüstung der Standplätze im Sinne des Nationalen Energie- und Klimaplanes 2021-2030 zu prüfen.*
2. *Frau Vizebürgermeisterin Maga. Judith Schwentner sowie die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden aufgefordert, bei jedem städtischen Umbau (Tiefbau) in der Planungsphase zu prüfen, ob Ladeplätze errichtet bzw. zumindest Leerverrohrungen mitverlegt werden könnten. Die Auflage eines Ausbauplanes für Ladeinfrastruktur wäre hilfreich und wünschenswert.*

**StR Eber:**

Danke. Wie Sie sehen, ist die Frau Vizebürgermeisterin schon wieder da, aber um Ihre Stimme noch etwas zu schonen, die etwas angeschlagen ist, werde ich weiterhin den Vorsitz behalten und ersuche um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Bitte, Kollege Winter.

**GR Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin. Also zum Thema Sparsamkeit, da müssen wir uns noch einmal unterhalten, gemeinsam. Also wenn ich das richtig vernommen habe, wäre es sinnvoll diese Forderungen, also diese Investitionen jetzt zu tätigen, wenn eventuell, um es wörtlich zu zitieren, diese Entwicklung hinsichtlich der E Mobilität so eintritt und die sich breitflächig durchsetzt. Also es ist eigentlich so, wie wenn ich hergehe, mein Hobby ist jetzt nicht Golf spielen, aber ich kaufe mir eine Golfausrüstung, weil ich möglicherweise in zehn Jahren Golf spielen werde. Von Sparsamkeit wären wir in dem Bereich mit Sicherheit sehr, sehr

weit entfernt. Damit sich so eine Investition aber tatsächlich auszahlt, müssen gewisse Prämissen gegeben sein, die eben jetzt noch mit einem Fragezeichen versehen sind. Prämisse eins, dass sich dieses Verbrenner-Aus mit 2035, das von der EU beschlossen worden ist, tatsächlich auch halten lässt. Eine Entscheidung, die mit sehr, sehr vielen Fragezeichen versehen ist und eigentlich schon längst am wanken ist. Das zweite, dass sich eben die E-Mobilität tatsächlich breitflächig durchsetzt. Wir wissen, es gibt gegenwärtig global rund 28 Millionen E-Fahrzeuge. Die Ressourcen, die wir global für E-Fahrzeuge besitzen, bewegt sich im Bereich von maximal 300 Millionen und 300 Millionen Fahrzeuge sind im globalen Ausmaß eine Luxus-Segment-Variante, die für den Klimaschutz in Wirklichkeit nichts Positives bewirken würde. Ganz im Gegenteil. Wir hätten eine Verschärfung von verschiedenen Rohstoffzufuhren, wir hätten eine zusätzliche Abhängigkeit von gewissen Ländern, in erster Linie China, wo die meisten dieser Rohstoffe für E-Mobilität überhaupt herkommen und wo sie gewonnen werden. Und natürlich auch das große Fragezeichen, ob sich eine Energieautarkie Europas überhaupt bewerkstelligen lassen würde, weil nur dann würde E-Mobilität überhaupt einen Sinn ergeben. Und ich empfehle Ihnen ein sehr interessantes Interview zu lesen vom Professor Georg Brasseur, der TU-Graz, erschienen im Standard, im letzten Jänner. Er ist sehr, sehr skeptisch. Er sagt ganz klar, E-Autos werden schnell wieder verschwinden. Warum? Weil es für den Klimaschutz sehr wenig Sinn ergibt, weil wir die Energieautarkie in Europa nicht erreichen werden. Und ich zitiere am Ende meiner Ausführungen aus einem Interview, „Europa war nicht Energieautarkie und wird es auch in Zukunft nicht sein.“ Und er bringt dann die Rahmenbedingungen auch hoch, die notwendig wären, damit wir energieautark wären in Europa. Wir müssten die Photovoltaikflächen um das 110-fache erhöhen. Das würde ein Staatsgebiet der Größe Rumäniens bedeuten, dass wir mit Photovoltaikanlagen zupflastern müssen und wir müssen die Anzahl der Windräder um das 36-fache erhöhen, damit wir energieautark werden. Allein aufgrund von diesen beiden Fakten, die hier dargelegt werden, wird es weniger geben, dass sich die E-Mobilität sinnhaft durchsetzen lässt. In weiterer Folge,

ja, der Herr Klubobmann Dreisiebner ist immer wieder nervös. Aber er kann sich ja noch zu Wort melden, ist ja kein Problem. Fakt ist, unter diesen Rahmenbedingungen wird es wenig Sinn ergeben. Daher wird auch der Antrag als Investition, die wir hier aufwenden müssen, von Seiten der Stadt Graz wenig Sinn ergeben.

**GR<sup>in</sup> KO Schlüsselberger:**

Liebe Stadtregierung, liebe Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ja, jetzt kann ich mal wieder ein bisschen ausholen von meinem Technikerin-Herz schwelgen (3:31), weil das genau mein Milieu ist. Vorweg, bevor ich auf den dringlichen Antrag eingehe, nur ein kleiner sidestep zum Kollegen Winter, der über die Energieautarkie in Europa schwadroniert. Allein von der Logik, wie er es gebracht hat, beißt sich ein wenig die Katze in den Schwanz, weil wir werden nicht energieautark sein, wenn man einen Verbrenner fahren, die man so lange fahren bis wir energieautark sind, also die Vermischung dieser Energie-Thematik das funktioniert nicht. Sei es darum, das können wir gerne ein anderes Mal diskutieren. Ich habe mir den dringlichen Antrag sehr gut durchgelesen, weil es wirklich, wirklich ein spannendes Thema ist, an dem ich auch beruflich schon lange arbeite und danke, dass das immer wieder auf das Tableau kommt, weil die Zukunft von Elektromobilität sehe ich nicht so wie der Kollege Winter. Das liegt vielleicht daran, dass ich mich beruflich auch damit beschäftige. Auf jeden Fall haben wir das jetzt, dass die Idee gut ist. Der Weg dorthin ist jetzt ein bisschen zu direkt gewählt, weil die Realität das leider nicht hergibt. Ich möchte es kurz erklären. Laden im öffentlichen Raum diskutiere ich seit Jahren, weil wir alle Interesse daran haben. Wir als Energiewirtschaft haben Interesse daran, die mitzugestalten, weil natürlich die Energiewirtschaftler dann auch damit beschäftigt sind. Wenn ich wo laden möchte, brauche ich einen Parkplatz, okay, den gibt es im öffentlichen Raum. Dann brauche ich dort einen Energieanschlusspunkt. Ja, denn gibt es auch. Aber ich muss dann einmal grundsätzlich beim Netzbetreiber, und das ist halt der, der das Netz in

dem Bereich hat, wo der Parkplatz steht. Eine Energie reservieren im Netz, dass ich da überhaupt was errichten kann. So, jetzt kommt es darauf an, wird dort überhaupt irgendwann ein Punkt kommen? Wenn ja, muss ich eine Ausschreibung machen, weil jeder Ladepunkt braucht Backend-System, damit man das verrechnen kann. Sei es drum wer da ladet, sobald es im öffentlichen Raum steht, sobald es zugänglich ist, braucht man eine Backendbetreiber dahinter. So dafür brauche ich Ausschreibung, weil ich kann mir nicht einfach im öffentlichen Raum ein Backend aussuchen, wie ich mir gerade denke. Dann geht es schon weiter. Dann kann ich in der Ausschreibung gar nicht garantieren, ob der jemals zum Ladepunkt kommt, weil ich reserviere es ja nur vor, ja, gut, richtig wichtig. Aber die Realität ist da ganz, ganz zäh und deswegen ist es für mich ganz schwierig, das so mitzugeben, weil diese pauschal-Verrohrungen irgendwo vermutlich zu 90% wenn nicht 95% nicht treffsicher sein werden. Ich glaube, es ist wichtig und ohne jetzt tief ins Ressort rein zu schauen, glaube ich, dass unsere Vizebürgermeisterin sich dessen sehr, sehr bewusst ist und das sehr forciert und Elektromobilität genau das ist, was eigentlich die Zukunft in dem Bereich sein soll. Deswegen ganz, ganz wichtig und richtig, allerdings jetzt einfach für die Realität in der Form so ganz schwierig umsetzbar, weil man sich halt in gesetzlichen Rahmenbedingungen bewegt, die man auch mit Ideologie nicht viel verlassen kann. Wenn es gehen würde, ich würde es täglich tun und leider funktioniert es nicht wieder. Und Easlink in allen Ehren, ich kenne das Unternehmen seit 2017, ist ein super spannendes System. Aber allein wenn man schaut, wie viele Autos dafür bereit sind, man muss die Automobilindustrie dafür gewinnen. Wer die Energiewirtschaft schon mal versucht da zu gewinnen. Das ist noch easy im Vergleich zur Automobilindustrie. Also da ist doch ganz, ganz viel Offenes, wo ich sage, leider so kann es wahrscheinlich nicht funktionieren und deswegen tue ich mir, auch wenn ich das wirklich inhaltlich teile, total schwer mit dem Antrag mitzugehen, leider.

**GR<sup>in</sup> Leban-Ibrakovic:**

Vielen Dank für die Wortmeldungen. Ja, so was Ähnliches habe ich mir leider schon gedacht und ich habe auch bewusst eigentlich nicht Ideologie in den Mund genommen, weil ich das an sich nicht mag, aber ich muss tatsächlich sagen, für mich ist das ein wichtiges Thema, das zumindestens breit geprüft werden soll. Und nicht mehr und weniger steht da drinnen. Für mich ist Ideologie etwas, was verschiedenste Lebensrealitäten ausschließt und nur in eine quasi Richtung denkt. Und ich wünsche mir, dass eben in Graz vor allem auch in den Bereichen, die uns alle betreffen und da ist Verkehr einfach ganz, ganz wesentlich, da ein bisschen der Blick geöffnet wird und zumindestens eine Prüfung und ein Bericht vorliegt, weil das vermisste ich eben. Und da möchte ich jetzt auch kurz einhaken. Ich möchte diese Debatte, oder wollte diese Debatte vermeiden, weil ich glaube es ist auch der Gemeinderat jetzt hier nicht der richtige Zeitpunkt, eine technische Debatte sozusagen vom Zaun zu lösen, weil das muss in einer anderen Form stattfinden. De facto ist es so, dass wir uns gemeinsam zu Klimazielen committet haben und ich die Aufgabe als Kommune sehe, diese sehr wohl mitzutragen. Und in Bezug auf Sparsamkeit möchte ich schon noch einmal einwenden, ich habe mir auch erkundigt, was so eine Leerverrohrung kostet. Das ist wirklich sparsam in gewissen Bereichen mitzuverlegen. Also, dass man da jetzt sagt, das wäre jetzt ein großer, investiver Aufwand, also das möchte ich da auch einmal verneinen. Als positives Beispiel und deswegen glaube ich schon, dass die innenstädtische Mobilität ganz klar in diese Richtung geht, möchte ich auch die Post erwähnen, die ja sehr, sehr viele Fahrzeuge, auch schwere Fahrzeuge, bereits umgestellt hat und das ist für die Anrainer ein totaler Gewinn. Selbst wenn wir jetzt die Energiedebatte sozusagen mal außen vorlassen, ist es eine Steigerung der Lebensqualität im innerstädtischen-, in Kurzstreckenbereich. Die Ladeplatte, da habe ich auch andere Informationen. Diese Ladeplatte ist Auto-unabhängig, die wird nämlich an der Unterseite montiert. Sprich, da brauchen wir keine Hersteller dazuzugewinnen, sondern das kann man individuell entscheiden. Bezüglich Anrainer und Ladetätigkeit, da kriegen wir ganz, ganz viele

Rückmeldungen, weil viele Anrainer, Bürgerinnen und Bürger bereits E-Autos haben und jetzt in der Stadt das rückgebaut wird. Das heißt wir arbeiten eigentlich gegen den Fortschritt oder gegen die allgemeine Tendenz. Und da kriegen wir ganz viele Rückmeldungen, dass das wirklich eigentlich unzumutbar ist. Manche verlegen dann sogar ihr Ladekabel über den Gehsteig, also auch ein Carsharing zum Beispiel. Unternehmen hat keine andere Möglichkeit bekommen, obwohl der Gehsteig vor dem Haus aufgedeckt wurde. Das heißt sie haben jetzt sozusagen eine Barriere eigentlich legen müssen, die für Rollstuhlfahrer:innen zum Beispiel sehr schwierig ist zu überwinden um überhaupt laden zu können. Und Carsharing ist auch, glaube ich, etwas, was wir dennoch in einem Konsens hier beschließen oder immer wieder beschließen. Also das heißt, es gibt da ganz, ganz viele Dinge, die glaube ich, einfach einmal breit diskutiert und eingebracht werden sollten und deswegen tut es mir sehr leid, das ihr da nicht mitgehen könnt, weil ich glaube, das ist ein sehr freundlicher Antrag, sagen wir es einmal so, der auch viele Chancen geboten hätte. Vielen Dank.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, NEOS) abgelehnt.***

#### **9.4 Antisemitismusbeauftragte als Maßnahme gegen explosive Zunahme antisemitischer Vorfälle (GR Tristan Ammerer, Grüne)**

**GR Ammerer:**

Danke Herr Vorsitzender, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher:innen auf der Galerie und im Livestream. Mein Antrag behandelt folgendes. Seit dem 07. Oktober 2023 sehen wir uns mit einer, wie es im neu herausgekommen Antisemitismusbericht der Antisemitismusbildungsstelle der IKG heißt, noch nie dagewesenen Explosion

antisemitischer Vorfälle konfrontiert. Man hätte gemeint, dass nach dem schrecklichen Gräueltat des 07. Oktobers Solidaritätsbekundungen mit Juden und Jüdinnen überwiegen. Dem war aber nur in den ersten Tagen der Fall. Und selbst am Tag des Anschlages selbst haben Antisemitist:innen Freudentänze vor dem Bundeskanzleramt abscheulicherweise auf dem Denkmal für Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus getanzt, Freudentänze veranstaltet. Und damit war die Stoßrichtung, in der es weiterging eingeschlagen. Die Zeremonienhalle am Jüdischen Friedhof in Wien wurde niedergebrannt und mit Hakenkreuzen beschmiert. Das, nur eines der furchtbarsten Beispiele antisemitischer Vorfälle der letzten Monate. Österreich steht da nicht alleine da. Das ist ein Trend, der weltweit zu beobachten ist und dem wir uns mit aller Kraft und Entschiedenheit entgegensetzen müssen. Ich war etwa eineinhalb Monate nach diesem furchtbaren 07. Oktober für die Stadt Graz in Dortmund beim European Summit Against Antisemitism und habe nicht nur mit den Überlebenden des Massakers von Nova-Festivals gesprochen, sondern mit Vertretern und Vertreterinnen jüdischer Gemeinden aus ganz Europa. Und sie können sich alle vorstellen, wie mitnehmend es war, diesen Unterschied zu erleben, zum Gipfel ein Jahr zuvor. Weil im Jahr 2022 hatten wir alle den Eindruck, es geht an vielen Stellen nicht gut mit der Bekämpfung gegen Antisemitismus, aber es gibt Grund zu vorsichtigem Optimismus. Dieser vorsichtige Optimismus ist hinweggefegt. Wir wissen jetzt, dass wir mit einer Zunahme und einer, wie Oskar Deutsch gesagt hat, Explosion antisemitischer Datenkarten, wie wir sie in der zweiten Republik noch nicht gesehen haben. Was ich in Dortmund auch gelernt habe und von Vertretern jüdischer Gemeinden weltweit sehr gelobt wird, ist das System der Antisemitismusbeauftragten wie in Deutschland vorgelebt, wo es von einem Bundesbeauftragten über Länderbeauftragte bis hin zu Beauftragten in einzelnen Städten, partei- und weisungsfrei agierende Beauftragte gibt, die sich dem Kampf gegen den Antisemitismus widmen. Ein solches System besteht in dieser Form in Österreich nicht. Allerdings muss auch vorgehoben werden, dass unsere Bundesregierung umfangreiche Maßnahmenpakete geschnürt hat, unter

anderem eine nationale Strategie gegen Antisemitismus, es eine Stabsstelle im Ministerium gibt und hier ernsthafte Bemühungen, allerdings keines, solches, also ineinandergreifendes System wie in Deutschland, wo man eben von Stadt bis Land bis in den Bund zuständige Stellen hat. An dieser Stelle möchte ich mich auch von Herzen beim Kurt Hohensinner bedanken, der sehr, sehr konstruktiv sich bei mir gemeldet hat und mich auf ein paar Punkte in meinem Antrag aufmerksam gemacht hat, anhand dessen Rückmeldung ich den auch präzisieren konnte und nicht in der exakt selben Form jetzt da einbringe, wie er gestern ausgeschickt wurde, sondern in leicht abgeänderter Form. Es geht nämlich, wir haben eine Stabsstelle, die sich der Bekämpfung vom Antisemitismus österreichweit widmet, im Bund allerdings die Strategien und die Umsetzung in die Bundesländer hinein, da hapert es teilweise noch und gerade in der Steiermark wissen wir, dass wir Dreh- und Angelpunkt manch österreichweit agierenden antisemitischen Bewegung sind. An der Stelle möchte ich auch gleichzeitig ankündigen und mich auch bedanken für den Zusatzantrag, der gestellt wird von der Frau Dr. Unger, den ich sehr gut finde und dem wir auch unsere Zustimmung erteilen werden. Aber mehr dazu in der inhaltlichen Debatte uns ich bitte und hoffe auf breite Zustimmung. Danke.

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Vergangene Woche wurde der Antisemitismusbericht der Antisemitismusedestelle der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) präsentiert. Dieser zeigt eine "noch nie dagewesene Explosion an antisemitischen Vorfällen" in Österreich. Diese explosive Zunahme trat mit der Zäsur des 7. Oktober 2023 ein, ähnliches wird aus anderen Ländern berichtet. Alleine von Oktober bis Dezember 2023 kam es zu mehr Vorfällen als im gesamten Jahr 2022.*

*Dem Bericht der IKG ist weiters zu entnehmen, dass nach wie vor die meisten antisemitischen Vorfälle dem rechtsextremen Bereich zuzuordnen sind, wiewohl auch zu bemerken ist, dass Vorfälle im migrantischen und linken Bereich zugenommen*

*haben. Dies zeigt wieder einmal, dass Antisemitismus eine gesellschaftliche Querschnittsmaterie ist und quer durch alle Bevölkerungsschichten auftritt.*

*Genau so muss er auch behandelt und bekämpft werden.*

*Präventionsmaßnahmen müssen zweifelsohne dringend ausgebaut werden. Was aber tun mit jenem Antisemitismus, der bereits manifest ist und somit für präventive Maßnahmen nicht mehr greifbar? Die Antwort muss sein, dass dieser bekämpft werden muss.*

*Leider machen es sich jedoch manche Parteien und Gruppierungen sehr bequem, in dem sie den Antisemitismus stet bei den Anderen verorten. Dies leben rechte Parteien gerne vor, wenn sie ausschließlich über den sogenannten "importierten" Antisemitismus reden, obwohl der Antisemitismusbericht wieder einmal klar gezeigt hat, dass rechte Motive nach wie vor den größten Anteil antisemitischer Vorfälle ausmachen. Doch auch im linken Bereich neigt man immer wieder dazu, das Kehren vor der eigenen Haustür zu vernachlässigen. Die Bundesrepublik Deutschland lebt ein, von jüdischen Verbänden weltweit anerkanntes System vor, nämlich jenes der Antisemitismusbeauftragten. Angefangen vom Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, über jene der Länder bis hin zu denen der Städte wurde ein staatliches Netzwerk von partei-, und weisungsfrei agierenden Stellen geschaffen, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus einerseits, sowie der Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Antisemitismus andererseits widmen. Dieses System wurde auch ausdrücklich von der Organisation "Combat Antisemitism Movement" im Abschlussdokument des European Mayors Summit against Antisemitism, an dem auch die Stadt Graz teilnahm, empfohlen um dem Kampf gegen Antisemitismus Priorität einzuräumen.*

*In Österreich gibt es dank der aktuellen Bundesregierung einen Nationalen Aktionsplan gegen Antisemitismus, mit dem sich Österreich dem Kampf gegen Antisemitismus verschreibt. Der Kampf gegen Antisemitismus ist in Österreich Sache des Bundeskanzleramts, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Bisher schlägt sich der*

*nationale Aktionsplan gegen Antisemitismus jedoch wenig in den Bundesländern nieder, was gerade in der Steiermark schmerzlich zu vermissen ist.*

*Angesichts der erschreckenden Zunahme antisemitischer Vorfälle wäre es gerade jetzt an der Zeit, ein System wie jenes der Antisemitismusbeauftragten auch in Österreich einzuführen.*

*Deshalb stelle ich folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Die Bundesregierung wird am Petitionsweg ersucht im Sinne des Motiventextes einen Antisemitismusbeauftragten als koordinierende Stelle für die Bekämpfung von Antisemitismus insbesondere in den Bundesländern einzurichten und umgehend die notwendigen Schritte zu setzen, um ein System, ähnlich jenem der Bundesrepublik Deutschland, zu etablieren.*

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR<sup>in</sup> **Unger:** (Zusatzantrag)

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Antragsteller. Das Thema des Antisemitismus beschäftigt uns in diesem Haus ja immer wieder. Ich bin sehr froh, dass dieser Vorschlag gekommen ist. Aufgrund der Datenlage, die uns hier allen bekannt sein dürfte in Österreich, aber eben auch in Graz, ergibt sich, dass wir Handlungsbedarf haben. Dieser Handlungsbedarf besteht schon länger. Der Antisemitismus ist ein Phänomen, das man auf verschiedenen Ebenen betrachten muss und das sich auch geändert hat in den letzten Jahrzehnten. Dem muss man Rechnung tragen, sowohl in der Beobachtung als auch in der Selbstreflexion, das richtig jetzt an uns als Parteien als natürlich auch im Hinblick darauf, wie diese Phänomene in Einrichtungen wie Schulen,

auf der Straße, bei Demonstrationen in verschiedensten beruflichen Zusammenhängen gehandhabt werden. Der Kollege Ammerer hat schon darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung seit mehreren Jahren diese Verantwortung verstärkt wahrnimmt und entsprechende Maßnahmen gesetzt hat. Es hat eben auch erst den zweiten Umsetzungsbericht gegeben, dieser nationalen Strategie gegen Antisemitismus und von den insgesamt 38 Maßnahmen sind mittlerweile bereits 26 umgesetzt, was ein sehr großer Prozentsatz ist und auch noch einmal die Dringlichkeit hervorstreicht. Außerdem ist eben jetzt ein digitaler Aktionsplan gerade gemeinsam von Caroline Edtstadler und Oskar Deutsch medial präsentiert worden. Auch ein ganz wichtiges Phänomen, weil sich sehr viel von diesem Konflikt auch ins Netz verlagert hat. Und wir müssen auch der Tatsache Rechnung tragen, dass wir nicht nur über eine Form von Antisemitismus reden können. Es geht darum, dass wir Dinge, die an den extremen Rändern rechts und links stattfinden, mit großer Sorge, aber auch mit einer großen Kritikfähigkeit betrachten müssen. Da sind wir auch als politische Parteien gefragt. Deswegen dürfen wir auch diese Debatte, glaube ich nicht so führen, dass man gewisse Dinge ausklammern. Ich habe das auch in dem Motivenbericht meines Zusatzantrages entsprechend formuliert, denn das würde zu einer Relativierung, auch zu einer Polarisierung beitragen, und das ist nicht im Sinne der Sache, weil Antisemitismus ist ein Thema, das bei uns keinen Platz haben darf. Darüber müssen wir uns verständigen. Das ist ganz wichtig. Das hat bei keinen Demonstrationen Platz, das hat keinen Platz in einer Solidarität, im Bezug jetzt auf politische Konflikte, dieses Thema kann bei uns so nicht gehandhabt werden und deswegen ist es auch ganz wichtig, dass wir auf der kommunalen Ebene was tun, da haben wir auch einiges zu tun. Wir sind da alle, vielleicht einerseits historisch betrachtet, aber andererseits auch in Bezug auf unsere aktuellen Bezugnahmen, nicht unbedingt, sagen wir so, dass man noch einen gewissen Erklärungsbedarf oder Verbesserungsbedarf haben. Ich darf an die Debatten anlässlich des Massakers der Hamas erinnern. Wenn wir die Hamas als Bürgerkriegspartei bezeichnen, dann ist das etwas, wir wissen alle, Sprache drückt etwas aus. Diese Dinge

dürfen wir nicht machen. Es darf keine Anbiederung an gewisse Organisationen geben, die sich einfach des Antisemitismus schuldig machen. Das gilt für uns alle. Aber wir wissen, es gibt gewisse Nähe von einzelnen Parteien, wo das offensichtlich nicht so genau genommen wird. Ich darf deswegen folgenden

### **Antrag**

stellen, weil wir im Bereich der Schulen und auch im Bereich von Demonstrationen und so weiter, immer wieder einen Bedarf haben. Der Gemeinderat wolle beschließen, die zuständigen Stellen mögen prüfen, wie jüdische Mitbürger:innen in Graz unterstützt werden können. Unter anderem in dem eine Meldestelle oder eine Ombudsstelle erhoben wird. Und weiteres möge die Stadt Graz prüfen, ob eine ausreichende finanzielle Bedeckung für Projekte von Schulen, die konkret antisemitistische Tendenzen aufzeigen und bekämpfen, als Unterstützung für Lehrer und Lehrerinnen besteht. Bitte im Sinne auch der Pädagogen und Pädagoginnen um breite Zustimmung.

#### ***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*In Österreich ist der steigende Antisemitismus ein drängendes und höchst ernstzunehmendes Problem. An den extremen rechten und linken Rändern des politischen Spektrums wird die Diskussion bedauerlicherweise höchst einseitig geführt.*

*Sozialisation, ideologische Ausrichtung und viele andere Faktoren werden dort teilweise nicht ausreichend in der Diskussion berücksichtigt und kritisiert. Das trägt zu Relativierung, Polarisierung und Gefahrenpotential bei.*

*Die Bundesregierung hat in ihrer Verantwortung und im Bewusstsein, dass Antisemitismus keinesfalls geduldet werden darf und jüdische MitbürgerInnen geschützt werden müssen, in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um antisemitisches*

*Gedankengut und antisemitische Handlungen zu unterbinden. Erst unlängst wurde ein umfassendes Maßnahmenpaket geschnürt.*

*Zugleich erfordert die zunehmend bedenkliche Situation in Schulen und auf den Straßen, wo im Zuge von Demonstrationen unverhohlen antisemitisch agiert wird, auch auf kommunaler Ebene eine klare Haltung und Handlungsbereitschaft.*

*Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs zum angeführten Dringlichen Antrag folgenden*

**Zusatzantrag:**

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die zuständigen Stellen mögen prüfen, wie jüdische MitbürgerInnen in Graz unterstützt werden können, u.a. indem eine Meldestelle bzw. eine Ombudsstelle erwogen wird.*

*Weiters möge die Stadt Graz Projekte für Schulen, die konkret antisemitische Tendenzen aufzeigen und bekämpfen, als Unterstützung für LehrerInnen finanziell ausreichend bedecken.*

**GR Pointner:** (Zusatzantrag)

Sehr geehrte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Antragsteller. Sehr schöner dringlicher Antrag. Es ist schon herausgestellt worden, was im Zentrum bleiben muss. Es ist die Bestialität des Angriffs der Terrororganisation Hamas gegen jüdisches Leben. Wir haben uns am 13. Oktober 2023, Sie haben sich da auf eine Erklärung geeinigt, der wir uns angeschlossen haben. Es war nach meiner Meinung eine sehr mühsame Einigung, die viel schneller hätte passieren müssen, statt, dass man sich da sechs Tage Zeit lässt, nach dem 07. Oktober. Aber es war eine Erklärung. Weiters wurde dargestellt, dass es seither nicht nur im Nahen Osten, aber auch bei uns in Europa, in Österreich und auch in Graz, wie mit einem drastischen

Wiedererstarben des Antisemitismus konfrontiert sind. Aber schon vorher gab es Vorfälle in den vergangenen Jahren, die uns NEOS den Anlass gegeben haben, im Jahr 2021 die damalige ÖVP-FPÖ Stadtregierung aufzufordern zu einer Intensivierung der Maßnahmen gegen den Antisemitismus zu betreiben. Damals haben wir einen dringlichen Antrag gemacht. Der wurde abgelehnt, gegen die Stimmen von KPÖ, Grünen, SPÖ und NEOS. Seit der vergangenen Wahl hat sich das etwas gedreht, das ganze politische Bild, aber die KPÖ, Grünen und SPÖ haben Regierungsverantwortung, nur wenig Ehrgeiz in Graz bei der Bekämpfung von Antisemitismus an den Tag gelegt. Wieder einen schriftlichen Antrag eingebracht, zur Antisemitismus-Bekämpfung nach Wiener Vorbild, im April vergangenen Jahres. Der ist bisher unkommentiert liegen geblieben. Klarheit darüber brachte der letzte Oktober, als auf unsere Anfrage Bürgermeisterin Elke Kahr eine aktive Begegnung von Antisemitismus in der Stadt abgelehnt hat, es blieb die Frage offen für uns, warum die Grünen wiederum als Koalitionspartner auch keine Initiative in diese Richtung unterstützen. Aber angesichts der Zahl ist es einfach wichtig, dem Antisemitismus entgegenzuwirken. Und der Erklärung der Stadt Graz vom 13. Oktober, endlich auch konkrete Maßnahmen in Graz folgen zu lassen. Die Verantwortung rein auf die Ebene des Bundes zu suchen und damit die eigene Verantwortung abzulehnen im eigenen Wirkungskreis, das ist für uns NEOS tatsächlich eine Form von Kindsweglegung und deshalb stelle ich namens der NEOS folgenden

**Zusatzantrag,**

die Stadt Graz soll ehest möglich im Grazer Magistrat eine ständige Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus nach Wiener Vorbild einrichten. Ich bitte um breite Zustimmung.

**Originaltext des Zusatzantrages:**

*Der Überfall der Hamas auf Israel mit der wahllosen Ermordung von Kindern, Frauen und Männern stellt ein Ausmaß der Gewalt dar, dem gegenüber man nicht schweigen kann. Dieser Überfall war und ist weiterhin auf das Schärfste zu verurteilen. Dem Staat Israel und seiner durch den bestialischen Terror der Hamas traumatisierten Bevölkerung ist unsere volle Solidarität zuzusichern. Zudem muss die Hamas als das bezeichnet werden, was sie ist: eine antisemitische, menschenverachtende und antidemokratische Terrororganisation, die für das Leid der Israelis und ihrer eigenen Bevölkerung gleichermaßen und einzig und allein verantwortlich ist.*

*Vonseiten der Grazer Stadtregierung wurde dazu am 13. Oktober 2023 auch eine [Erklärung zur Situation in Israel und Gaza](#) von KPÖ, ÖVP, GRÜNE und KFG (einstimmig) im Grazer Stadtsenat beschlossen. Dieser Erklärung schlossen wir NEOS uns an, denn sie stellte ein dringend notwendiges Zeichen gegen den abscheulichen Terror der Hamas und ihrer Gräueltaten dar. Damals hatte man sich mühsam auf eine Erklärung geeinigt, die auch allzu spät erst veröffentlicht wurde.*

*Aber nicht nur im Nahen Osten, sondern auch bei uns in Europa, in Österreich und auch in Graz sind wir mit einem Wiedererstarken des Antisemitismus konfrontiert. Besonders die dokumentierten Vorfälle der vergangenen Jahre geben uns NEOS schon lange Anlass zur Sorge, weshalb wir bereits im Jahr 2021 von der damals regierende ÖVP/FPÖ-Stadtregierung eine [Intensivierung der Maßnahmen gegen den Antisemitismus](#) forderten. Damals wurde unser dringlicher Antrag noch gegen die Stimmen von KPÖ, Grüne, SPÖ und NEOS abgelehnt.*

*Ganz anders sind die politischen Vorzeichen seit der vergangenen Wahl, doch leider mussten wir feststellen, dass auch KPÖ, Grüne und SPÖ in Regierungsverantwortung wenig Ehrgeiz bei der Bekämpfung von Antisemitismus an den Tag legen: Ein wiederum von uns NEOS eingebrachter schriftlicher Antrag zur [Antisemitismus-Bekämpfung nach Wiener Vorbild](#) aus dem April des vergangenen Jahres wurde von der Stadtregierung unkommentiert liegen gelassen. Warum? Das offenbarte sich letzten Oktober, als*

*Bürgermeisterin Elke Kahr (KPÖ) für uns völlig unerwartet und unverständlich eine aktive Begegnung von Antisemitismus ablehnte. Offen blieb die Frage, warum die GRÜNEN als Koalitionspartner keine Initiative in diese Richtung unterstützen.*

*Doch gerade jetzt, wenn neuerliche [Zahlen](#) ein Wiedererstarken des Antisemitismus in Österreich konstatieren, ist es höchst an der Zeit, diesem entgegenzuwirken und die in der Erklärung der Stadt Graz zur Situation in Israel und Gaza festgehaltenen Solidarisierung mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung mit konkreten Maßnahmen zu untermauern.*

*Die Verantwortung rein auf der Ebene des Bundes zu suchen und damit seine eigene Verantwortung im eigenen Wirkungsbereich zu übergehen, sehen wir NEOS allerdings als Kindsweglegung. Deshalb stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß §21 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den*

**Zusatzantrag:**

*Der dringliche Antrag von Gemeinderat Tristan Ammerer betreffend*

*“Antisemitismusbeauftragte als Maßnahme gegen explosive Zunahme antisemitischer Vorfälle” soll wie folgt mit zusätzlichem Punkt ergänzt werden:*

***“Bürgermeisterin Elke Kahr wird aufgefordert, eine ständige Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus nach Wiener Vorbild im Magistrat einzurichten.”***

**KO GR Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrter Gemeinderat, lieber Antragsteller. Vorweg, wir haben die Dringlichkeit schon mitgetragen, wir werden natürlich auch inhaltlich mitgehen und was ich dir vorweg außer Streit stellen kann, ist natürlich die Tatsache, dass dir jeder glaube ich in diesem Raum und jeder der zusieht, ein ehrliches Engagement in dieser Causa wirklich nicht nur abnimmt, sondern das auch wirklich

weiterträgt. Das tu ich hier auch. Jetzt muss ich mir aber doch ein bisschen deinen Antrag vornehmen, oder zumindest eine Passage daraus nehmen, weil die eröffnet, glaube ich ein breites Diskussionsfeld. Wenn du schreibst, „allzu oft, bleibt es den jüdischen Organisationen selbst überlassen, sich gegen antisemitische Bedrohungen zu wehren“, dann stimmt das, dann hast du vollkommen recht. Denn es waren ja auch jene von dir angesprochenen jüdischen Organisationen, die sich letztes Jahr selbst zu Wehr setzen mussten, indem sie die Grazer Bürgermeisterin von den Gedenkveranstaltungen eingeladen haben, weil sie eben ein Zeichen setzen mussten. Man kann jetzt einmal sich die Frage stellen, warum wurde die Grazer Bürgermeisterin eingeladen und was ist eigentlich Antisemitismus? Ja, dann kommt ja meistens, schaut man da natürlich auf die rechte Seite, Du hast das nicht unerwähnt gelassen, dass es auf der linken Seite massive Probleme gibt. Ich möchte mich zuerst einmal diesem linken Eck sozusagen widmen, wo wir auch ein bisschen ein Problem haben. Und da geht es mir einmal darum, dass man die Dinge auch einmal anschaulich darstellt. Wir haben eine bundesweite Berichterstattung gehabt, wie die Grazer Bürgermeisterin eingeladen worden ist. Warum ist sie den eingeladen worden, die aufgrund einer Position der KPÖ gegenüber Israel, die über viele, viele Jahre sehr bedenklich war. Da gibt es Aussagen, da gibt es Stellungnahmen, da gibt es Aktionen für Bewegungen. Wenn man sich die Frage stellen muss, warum macht man so etwas, dann kann man sich das,...kommt bald, bitte nicht vorgreifen. Ich hoff, ich schaffe es in der Zeit, man darf sicher ein bisschen überziehen. Wir haben zum Beispiel dann bei der Diskussion eine Gemeinderätin der KPÖ, die sagt das ist ein Bürgerkrieg. Ja, da gibt es eine Auseinandersetzung, ein Bürgerkrieg, da kämpfen sozusagen zwei legitime Partner irgendwie gegeneinander. Das ist mitnichten der Fall, ja, das ist ein Angriff eines Terrorregimes und man spielt das herunter. Jetzt muss man sich die Frage stellen, ja, was hat die KPÖ davon? Oder wer sind die Treiber der KPÖ in dieser ganzen, seit Jahren bestehenden, antiisraelischen Haltung und da gibt es dann immer wieder, es tauchen immer wieder die gleichen Personen auf, die auch Sie, Frau Bürgermeisterin

und Sie Herr Krotzer, ihr vehement verteidigen. In diesem Zusammenhang nämlich ist die antiimperialistische Koordination zu nennen. Jetzt würde jeder sagen, was ist das? Ja, wer ist das? Ich komme zu den Nachweisen. Wer ist dieses AIK? Dieses AIK, ja, das ist im entferntesten Sinne, Sie können sich das vorstellen wie ein Reisebüro. Das organisiert in unregelmäßigen Zeitabständen Reisen ja, unter anderem die letzte Reise, die war ausgebucht und gut besucht in den Donbass, ja. Da hat es den Kurt Luttenberger gegeben, der da dabei war, Werner Murgg und eben auch den Wilhelm Langthaler, der auch in enger Verbindung mit der KPÖ steht. Der hat diese Reisen nach Donbass organisiert und der fällt schon seit Jahren immer wieder mit sehr, sehr, sehr, sehr bedenklichen Positionen auf. Nämlich nach den Anschlägen im vergangenen Herbst, hat das Profil schön ausgearbeitet: „Der Mann hinter den Demos, Wilhelm Langthaler, die krude Welt eines linken Hamas.“ Das ist der mit dem Herr Luttenberger und der Herr Murgg in Donbass urlauben waren. Korrigieren Sie mich, wenn es nicht so war, aber ich habe da unzählige Zeitungsberichte gefunden, die das bestätigen. Diese Reisegruppe, die dann eben in Donbass unterwegs war, da hat sich schon sozusagen zweifelhaft geäußert hat, der Werner Murgg auch im belarussischen Fernsehen. Die steht im Zusammenhang mit diesem Wilhelm Langthaler, der dann auch die Videos von Werner Murgg auf Youtube verbreitet. Ich kann das „best of“ gerne da liegen lassen, da können Sie sich das besser durchschauen. Ich möchte gar nicht seine Aussagen vorlesen. Ich lese die Antworten des Profil-Reporters vor. Das Profil sagt auf eine Erwiderung vom Herrn Langthaler: „Dieser Vergleich ist eine unfassbare Verharmlosung des NS-Terrors“, sagt das Profil, sagt der Journalist im Interview. „Seit dem Nationalsozialismus wurden noch nie so viele Juden an einem Tag getötet wie durch die Terrorbande aus Gaza.“ Dann sagt der Herr Willhelm Langthaler drauf, mit einem durchschlagenden Argument: „Ich finde umgekehrt, dass der Westen den Zionismus verharmlost.“ Mehr möchte ich diesem Haus ersparen. Jetzt ist diese Reisegruppe eben im Donbass...Natürlich, aber ich glaube das Plenum hängt mir so an den Lippen, jetzt werden wir noch ein bisschen weiter ausführen, sonst kurz bei

Handzeichen. Jetzt gibt es diese Reisegruppe im Donbass bestehend aus dem Herrn Murgg, aus dem Herrn Luttenberger, aus anderen Personen, die in der Vergangenheit schon aktiv waren, die haben auch Briefe veröffentlicht und wissen Sie, wer auf diesen Briefen unterschrieben hat? Wie man auch vor vielen, vielen Jahren dem Vorwurf ausgesetzt war vom Dokumentationsarchiv des Österreicher Widerstandes, dass da eben Antisemitismus im linken Gewand betrieben wird. Wer hat da einen Brief unterschrieben, dass dem nicht so ist? Ja, Sie Herr Stadtrat Eber, die jetzige Bürgermeisterin und natürlich auch der Ernst Kaltenegger. Sie haben gemeinsam einen Brief geschrieben um die Vorwürfe des Dokumentationsarchivs sozusagen zu entkräften. Jetzt muss man sich natürlich bei dieser ganzen Thematik die Frage stellen, warum tun Sie das? Ja. Ich hoffe, da gibt es dann später noch eine Antwort. Ich möchte mich jetzt aber auch nicht ganz am linken Auge fokussiere und dem Kollegen Ammerer das linke Auge öffnen, er ist ja am rechten Auge sowieso nicht blind. Und auch da hätte ich mir von der KPÖ-Bürgermeisterin etwas mehr Mut gewünscht, wenn in diesem Haus nämlich nicht in ihrer eigenen Partei zweifelhafte Dinge passieren, sondern wenn es dann einen Gemeinderat gibt, wo die Kleine Zeitung schreibt, bei diesem Gemeinderat findet man das „best of“ sozusagen aus einer, Gott sei Dank, lange vergessenen Zeit, die Umfrage im Unterricht. Ja, da gibt es dann, Sie können sich diesen kleinen Zeitungsartikel durchlesen, der spricht durchaus Bände, ja. Und dann gibt es jemanden, der sich dazu geäußert hat. Sie, Herr Kollege Ammerer, vollkommen richtig. Ich habe mich geäußert und die Bürgermeisterin der zweitgrößten Stadt sagt zu diesem Skandal, den die Kleine Zeitung aufmacht, den das Profil aufmacht, lapidar naja laufende Ermittlungen kann man nicht oder will sie nicht kommentieren. Zuerst habe ich gedacht, das sagt der Stefan Hermann, oder das sagt irgendein anderer, ja, nein, das sagt die Frau Bürgermeisterin. Anstatt dass man einfach sagt, laufend Ermittlungen kann ich nicht kommentieren, aber wenn das so stimmt, wie es die Kleine Zeitung dargelegt hat, dann ist das wirklich verheerend. Aber ich befürchte und das ist wirklich eine selbstverschuldete, böartige Unterstellung meinerseits, man wollte sich halt

nicht klar gegen diese Literatur positionieren, nicht klar gegen diese Israel-Kritik positionieren, diese Judenfeindlichkeit positionieren, weil man sonst irgendwie diese Sympathien von der AIK, und dergleichen verliert. Und das ist das Problem, das wir haben. Und abschließend, warum ich das heute alles ausführe? Wir werden jede Initiative unterstützen, lieber Kollege Ammerer, die Sie da einbringen. Aber ich würde wirklich einmal appellieren, dass Sie in der eigenen Koalition ja einmal sagen: Hay, lieber Kurt Luttenberger, wie ist das gewesen? Ja, was denkst du darüber? Was ist mit diesem Antiimperialismus? Das wäre einmal schön, wenn du in der eigenen Koalition da Druck machen würdest, dir da einmal das anschauen würdest, was da passiert. Ich meine, ich weiß nicht, vielleicht taucht der Herr Luttenberger dort nicht auf, auch im Gemeinderat ist er ja auch der steinerne Gast seit eineinhalb Jahren, das letzte Mal hat er gesagt, er sich einen Kaffee holen. Das war die letzte prägnante Wortmeldung, die übergeblieben ist. Wie war der Kaffee, könnte man jetzt fragen, aber ich möchte jetzt keine Scherze reisen, weil das Thema ist wirklich ernst. In diesem Sinne volle Unterstützung. Wir glauben daran, dass du etwas ändern willst, aber dann fangen wir bitte in diesem Haus an. Wo ich dargelegt habe, dass wir schon in diesem Haus ein richtiges Problem haben. Vielen Dank.

**GR Zirngast:**

Geschätzter Herr Vorsitzender, geschätzte Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich werde versuchen die Zeit wieder einzuholen, die man da gerade vorher überzogen haben. Ich mache es ganz kurz. Wir lehnen jede Form von Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus ab. Und es ist unsere Verpflichtung, ständige Verpflichtung als Stadt, aber auch als politisch verantwortliche Personen, gegen Vorurteile, Hass, Verschwörungstheorien jeder Art aufzutreten. Wir werden dem Antrag genauso zustimmen wie dem Zusatzantrag von der Kollegin Unger und bin nur ein bisschen erstaunt, dass eben ein so wichtiges Thema, das ernsthaft behandelt

werden sollte, dann genutzt wird für alle möglichen politischen Seitenhiebe, die ich mir jetzt die Kommentierung davon erspare. Es gibt in der Stadt Graz sehr wohl, in der Steiermark, wichtige Einrichtungen, die sich mit diesen Themen beschäftigen, Standort Menschenrechtsbeirat, Arge Jugend gegen Gewalt und viele andere Initiativen auch an Schulen zum Beispiel, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen und wir müssen da weiter daran arbeiten, dass das so bleibt und dass wir das Angebot, wo notwendig, ausweiten. Und eben genau in diesen Bereichen der Gesellschaft, wo man am meisten Möglichkeiten haben, gegen diese Vorurteile und gegen den Hass zu arbeiten, anzusetzen und das sozusagen früh möglich zu unterbinden. Weil unser Ziel sollte sein, in unserer Gesellschaft ein solidarisches Miteinander aller Menschen zu schaffen. Ein Klima der Völkerverständigung, des Friedens, das es uns ermöglicht, dass wir in dieser Stadt und darüber hinaus, gut zusammenleben. Da haben wir viel zu tun. Das ist richtig und ich würde sagen, danke für die Anträge, danke für die Initiativen, wir werden das heute vermutlich beschließen mehrheitlich und dann gehen wir es vor allem an und arbeiten daran, dass es dann tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird.

**GR Brandstätter:**

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Stadtregierung, hoher Gemeinderat. Zunächst einmal wurde von meiner Fraktion schon erwähnt, aber mir ist es wichtig, das noch einmal zu sagen, danke Tristan für den Antrag, Alexis Pascuttini hat es auch schon ausgeführt. Keiner zweifelt an deinem, auch an dem Engagement deiner Partei für dieses Thema. Und es ist wichtig, dass wir gegen jegliche Form von Antisemitismus auftreten. Wenn Herr Kollege Zirngast es hier als politische Seitenhiebe abtut, dass in diesem Gemeinderat legitimerweise einfach problematische Dinge thematisiert werden, dann muss ich Ihnen sagen, es wäre wichtig, auf diese Dinge auch politisch einzugehen, weil sie eben nicht einfach nur Seitenhiebe sind, sondern sie sind in dem Kontext des ansteigenden Antisemitismus ein strukturelles Problem in der Nähe Ihrer

Partei und dieses strukturelle Problem heißt Antisemitismus. Und es ist in der Nähe Ihrer Partei. Und jeder KPÖ-Gemeinderat, der kein Antisemit ist, möchte ich fragen, wieso ist man noch immer in der Nähe der antiimperialistischen Koordination? Eine antiimperialistische Koordination, die ganz klar vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Antisemitismus im linken Gewand vorgeworfen wurde. Das ist die Organisation, mit der Sie gemeinsam Reisen veranstalten. Menschen aus Ihrer Fraktion, die noch immer nicht ausgeschlossen wurden, die noch immer hier sitzen, die jetzt vielleicht zum zehnten Jahrestag wieder in die Volksrepublik nach dem fünften Jahrestag noch einmal reisen wollen. Ich frage mich, wie kann das sein? Wie kann das sein, dass Sie solche Menschen in Ihrer Fraktion belassen und dass sie hier nicht handeln? Die antiimperialistische Koordination ist nicht nur Antisemitismus im linken Gewand, sie verteidigen die antiimperialistische Koordination. Es gibt ein Papier auf der Website der antiimperialistischen Koordination wo Bürgermeisterin Kahr, Stadtrat Eber und Klubdirektor Wisiak damals unterzeichnet haben, dass dieser Antisemitismus im linken gewandt, der vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes hier vorgeworfen wurde, falsch wäre. Und da frage ich mich, wie kann das sein, wie können sie all diese Dinge einfach so wegwischen und zu tun, als wäre das alles kein Thema, als gebe es diese politische Problematik und diese strukturellen Probleme nicht und dann empört tun, wenn jemand diese Machenschaften, die übrigens alle im Internet abrufbar sind, aufdeckt. Ich kann sie Ihnen alle zur Verfügung stellen. Ich habe sie alle aufgearbeitet, mit Links versehen, direkt zur antiimperialistischen Koordination. Selbst nachdem das alles thematisiert wurde, hat man es noch nicht gelöscht, man steht anscheinend dazu. Und Ihre Freunde, mit denen Sie gerne auf Reisen gehen, stehen auch nach wie vor dazu. Distanzieren Sie sich doch, anstatt einfach nur über politische Seitenhiebe zu reden. Sagen Sie doch ganz klar, wir wollen nichts mehr mit der antiimperialistischen Koordination zu tun haben. Wir werden keine Reisen mehr mit denen machen. Warum sagen sie es nicht? Weil sie sich offensichtlich nicht dazu durchringen können. Oder

wer hier kann mir garantieren, dass sicher niemand aus der KPÖ zum zehnten Jahrestag in den Donbass fahren wird. Vielen Dank.

**StR Krotzer:**

Ja, also, ich will jetzt da gar nicht detailliert kommentieren, weil manche Vorwürfe nicht nur am Thema vorbeigehen, sondern eigentlich es extrem zynisch ist in Anbetracht dessen, was die tagtägliche Realität, die Menschen in Israel und in Palästina erleben müssen, dass man das zum Anlass nimmt, hier solche Attacken zu reiten. Das ist etwas, was Sie aus parteipolitischer Strategie machen können. Unsere Strategie ist es nicht. Ich erlaube mir nur den Hinweis, der moralische Scheinheiligschein steht einer Partei, die beispielsweise Niederösterreich mit dem Herrn Landbauer in Koalition ist, dessen Liederbuchtexte Sie gerne noch einmal nachlesen können, nicht unbedingt so gut. Ich bleibe insofern beim Kollegen Pascuttini und seiner Formulierung, wir bleiben hier bei dem, was hier im Haus ist. Und damit komme ich zum eigentlichen Thema. Und weshalb ich mich als Integrationsstadtrat auch dazu melden darf. Wir haben hier im Haus am 10. Jänner einen Runden Tisch veranstaltet, eingeladen über das Integrationsreferat zu den Grazer Schulworkshops und dem Nahostkonflikt und haben dort den Verein Granatapfel, der sicher ja vielen bekannt ist, Heros Steiermark, gegen Unterdrückung im Namen der Ehre, den Autor Omar Khir Alanam, die RosaLila PantherInnen und eben das Integrationsreferat mit dabeigehabt. Dann haben wir uns eben über das Thema unterhalten. Wie geht es Grazer Jugendlichen? Wie geht es Grazer Schulkindern mit der sehr, sehr angespannten Situation rund um den Terroranschlag der Hamas? Und da erlaube ich mir nur eine kurze Fußnote. Das, was der Herr Langthaler in Wien sagt, das hat einmal mit dem, was die KPÖ Graz und was nachzulesen ist, überhaupt nichts zu tun. Bitte, wenn ihr uns kritisieren wollt, nehmen Sie Texte auf KPÖ-Graz.at und unsere Erklärungen dazu, die sind ganz eindeutig und es mag...nein, ich erspare mir das jetzt.

Aber bitte unsere Texte lesen und uns danach beurteilen, was wir sagen und was wir tun. Und nicht anhand von irgendwelchen Leuten in Wien. Und damit darf ich sagen, oder darf ich ein bisschen aus dem erzählen, worüber wir hier uns unterhalten haben mit den Projekten, die eben diese Schulworkshops für das Integrationsreferat der Stadt Graz abhalten. Es wurde eben festgehalten, dass es einen sehr großen Diskussionsbedarf gibt, auch im Rahmen dieser Workshops zu den Themen Gewaltprävention, friedliches Zusammenleben sowie Prävention von Rassismus und Antisemitismus, eben diesen Workshops, die vom Integrationsreferat der Stadt Graz unterstützt werden und die wir über die Jahre auch sehr deutlich ausgebaut haben. Wir haben uns darauf verständigt und ich darf zitieren, „In Graz können und wollen wir uns darauf verständigen, dass diese unterschiedlichen Perspektiven einfließen sollen, um gerade junge Menschen nicht aus Diskussionen, den Diskurs und der Meinungsbildung ausgeschlossen werden. Die Emotionen und die Trauer um die Opfer auf beiden Seiten der Konfliktlinien sollen wesentlicher Bestandteil des Diskurses sein, um Verständnis, Versöhnung und ein friedliches Zusammenleben zu fördern. Eine Mehrperspektivität und ein offenes Gesprächsklima soll einseitigen Parteienamen, weiteren Zuspitzungen und einem Schwarz-Weiß-Denken entgegenwirken. Auf Grundlage dieser Überzeugung soll auch mittels der Schulworkshops ein Bewusstsein unter Grazer Jugendlichen gestärkt werden, das sich klar gegen Antisemitismus, gegen Rassismus sowie gegen Krieg, Terror und Gewalt wendet. Zu diesem Bewusstsein zählt für uns auch das friedliche Zusammenleben von Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslimen, Christinnen und Christen, Menschen ohne religiöses Bekenntnis oder Zugehörigen anderer Religionsgruppen zu fördern und zu stärken.“ Wir haben uns in dem Zusammenhang auch unterhalten über das Wissen und den Bewusstseinsstand zur Shoah an Grazer Schulen und der Grazer Jugendlichen und haben feststellen können, bei einer Reihe von Jugendlichen ist wenig Wissen über das Judentum im Allgemeinen und die Shoah so in Besonderen vorhanden. Zugleich bestehen wenig konkrete Kontaktpunkte zum jüdischen Leben in Graz. Das Bewusstsein über antisemitische

Traditionslinien in Europa und die negative Singularität der Ermordung von Millionen Menschen jüdischen Glaubens in der Shoah ist für uns eine wesentliche Perspektive auf den Nahostkonflikt. Die Vermittlung jüdischer Geschichte ist darum ein wichtiger Bestandteil in der Vermittlung in unserer Stadt, die auch antisemitischen Vorstellungen entgegenwirken sollen, die mitunter auch hier zu Lande konsumierten Medienkanälen aus Herkunftsländern verbreitet werden. Wir haben uns sozusagen, also wir diejenigen, die es in der Detailliertheit interessiert, können gerne hier dann auch noch einmal nachfragen. Aber ich darf noch einmal festhalten, zu welchem Schluss wir gemeinsam gekommen sind. Menschen sehnen sich nach klaren, vereinfachten Haltungen, der jahrzehntelanger Nahostkonflikt ist aber zu vielschichtig für ein einseitiges Lager denken. Es sollten verschiedene Perspektiven zugelassen werden, vor allem auch der Schmerz von jeder einzelnen Person anerkannt werden. Wichtig sind dabei Haltelinien, die sich klar gegen Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen der kollektiven Abwertung von Menschengruppen wenden und in diesem Sinne wollen und werden wir auch, dass die Workshops an den Schulen und damit eben auch den gegenseitigen Dialog schützen, ausbauen und weiter stärken. Dankeschön.

**KO GR Pascuttini:**

Ist ja bei Stadtrat Krotzer sehr schade, dass Sie da bei dem AIK völlig ausweichen und dass Sie da nichts dazu sagen. Also wären da jetzt Kollegen meiner Fraktion angesprochen worden, dann hätten die sich selbst gerechtfertigt oder hätte ich etwas gesagt, wenn es nicht der Wahrheit entspricht, aber gut. Das lassen wir so stehen. Ich möchte jetzt ein bisschen die Emotionen rausnehmen. Ich glaube, da haben sich jetzt wirklich, wir können dir Recht geben, ein bisschen die Emotionen aufgeschaukelt. Deswegen könnten wir ja diesen Diskussionspunkt bevor der Antragsteller noch das Schlusswort haben wird, könnten wir mit etwas Lustigem aufhören. In diesem Zusammenhang, ja, weil wenn Sie immer sagen, das war vor vielen, vielen Jahren mit

diesem AIK, da waren wir alle noch jünger und haben Dummheiten gemacht, könnte man sich doch einfach, Sie haben ja alle Wikipedia, dann finden Sie diesen sympathischen Herren und es gibt ein eigenes Kapitel dazu Vorwurf des Antisemitismus. Er ist nämlich ein sehr, sehr großer Antisemit. Da würde ich mir zumindest eine Antwort erwarten. Wie kann es sein, dass man diese Person auf Facebook liked. Es liken nur zwei Personen weltweit den Herrn, also er ist scheinbar nicht einmal sehr beliebt in der Volksrepublik Luhansk. Dankeschön.

**StR Eber:**

Danke, Herr Klubobmann. Sie finden vielleicht noch einige weitere Personen, Organisationen. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, doch Herr Gemeinderat Pointner, bitte.

**GR Pointner:**

Ob unser Zusatzantrag behandelt wird, hat der Herr Kollege Zirngast nicht angesprochen. Ich nehme an nein, nur der Zusatzantrag der ÖVP. Also das Statement ist, wir haben also vorhandene Strukturen, die sich dem Thema widmen. Das heißt, unserem Zusatzantrag wird also nicht zugestimmt. Gut, Sie haben den Menschenrechtsbeirat genannt, das scheint wohl diese Struktur zu sein. Dann darf ich Sie noch was fragen und Sie bitten dann herauszukommen. Ich hätte eine ganz konkrete Frage. Seit dem 07.10.2023 welches Statement, welche Aktion, welche Maßnahme wurde vom Menschenrechtsbeirat, in Bezug ganz konkret auf Antisemitismus, getroffen?

**GR Ammerer:**

Also nur kurz, vom Menschenrechtsbeirat, gibt es eine klipp und klare Stellungnahme zum 07. Oktober. Lesen Sie halt nach, machen Sie die Hausaufgaben. Ich bin am Wort. Kollege Pointner. Antisemiten sind immer die anderen, schreibe ich in meinem Antrag, ist das mühsame und erschütternde Fazit jeder politischen Debatte und danke den Kollegen, die das so deutlich illustriert haben. Warum ich einen parteiunabhängigen Antisemitismusbeauftragten und eine solche Struktur fordere? Das größte Massaker an Juden und Jüdinnen seit der Shoah ist manchen in diesem Raum anscheinend nicht mehr wert, als dass sie es dazu nutzen, politische Rechnungen zu begleichen innerhalb dieses Hauses. Mich widert das an. Danke, dass ihr da so deutlich gezeigt habt, warum es eine parteiunabhängige Stelle dafür braucht. Antisemitismus, der nach wie vor zum großen Teil aus dem rechtsextremen Bereich kommt, aber auch links und im migrantischen Bereich erheblich gestiegen ist. Alles zum Adressieren. Und Kollegin Unger, Sie haben schon Recht, das betrifft auch die politischen Ränder, aber ich muss insofern widersprechen, als dass es eine gesellschaftliche Querschnittsmaterie ist und der Antisemitismus auch sehr stark aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Sonst würde er ja uns nicht überall begegnen. Diese Querschnittsmaterie muss überall angegriffen werden. Es braucht Beauftragte die den Nutzen, nicht nur ihn bei den anderen politischen Gegnern zu suchen und nicht bei sich selbst oder nur dort, wo es opportun ist, sondern überall. Wir sind gegen jeden Antisemitismus. Mit diesem Antrag zeigt auch die Koalition, dass sie gegen jeden Antisemitismus ist. Dass man ihn ja auch nicht ignorieren kann. Jetzt kann man über Luhansk reden. Jetzt kann man über den Donbass reden und über eine Diskussion, die wir zur Genüge letztes Jahr geführt haben. Alles nur nicht über den Antisemitismus und den eigentlichen Antragstext zum Reden, finde es einigermaßen erschütternd und enttäuschend und sehr traurig, nachdem ich so einen tollen, und jetzt bist du auch persönlich da, Kurt ich habe mich vorher bei dir bedankt für die wirklich sehr konstruktive Zuarbeit bei diesem Antrag, der mich dazu veranlasst hat, auch einige Punkte abzuändern. Warum hätten wir es

nicht dabei belassen können? Diese Fingerzeigerei beim Thema Antisemitismus ist mir unerträglich. Wollen wir uns nicht alle gemeinsam darauf committen, dass er ja überall bekämpft gehört. Ich meine, dass unsere Mitbürger:innen jüdischen Glaubens uns das wert sein müssen, dass unsere geschichtliche Verantwortung uns das wert sein muss und dass es ein Thema ist, dass man einfach wirklich gesamtheitlich und ganzheitlich angehen müssen. Im Übrigen ist mir beim Vortrag meines Antrages ein Lapsus unterlaufen. Ich habe vergessen, den eigentlichen Antragstext zu verlesen. Das werde ich es zum Abschluss machen und dann bitte ich um breite Zustimmung. Ich

**beantrage auf dringlichem Wege,**

die Bundesregierung wird am Petitionsweg ersucht, im Sinne des Motiventextes einen Antisemitismusbeauftragten als koordinierende Stelle für die Bekämpfung von Antisemitismus insbesondere in den Bundesländern einzurichten und umgehend die notwendigen Schritte zu setzen, um ein System ähnlich jenem der Bundesrepublik Deutschland zu etablieren. Ich bitte um breite Annahme.

***Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag (ÖVP) wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag (NEOS) wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, NEOS) abgelehnt.***

## **9.5 Förderung wissenschaftlicher Arbeiten von Studierenden (GR<sup>in</sup> Anna Slama, Grüne)**

GR<sup>in</sup> Slama:

*Ein Teil der Rede fehlt auf dem Streamdiver.*

...darum geht es jetzt bei uns gar nicht so oft. Das liegt daran, dass grundsätzlich in Graz die Kooperation von der Stadt auch von den Abteilungen der Stadt und den Universitäten eigentlich ganz gut funktioniert. Leute, könnt ihr euch zumindest hinsetzen oder zumindest rausgehen zum Reden. Danke da drüben, die mir sehr brav zuhören, freut mich sehr, dankeschön. Ein bisschen Aufmerksamkeit bekommen, freut mich. Grundsätzlich funktioniert nämlich die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Graz und unseren Universitäten recht gut. Also ich glaube, das kann auch bestätigt werden das Amt für Kultur und Wissenschaft arbeitet da ganz gut mit der UNI zusammen, auch die restlichen Abteilungen schauen eigentlich, dass ein guter Wissensaustausch stattfindet. Es gibt ja nur leider einmal ein ungenutztes Potenzial, wo wir noch ansetzen können. Und zwar das ist, viele von euch wissen es wahrscheinlich, ich komme aus der Studierendenvertretung ursprünglich und genau da ist es, weil einzelne Studierende, die als Einzelperson um eine Förderung ansuchen, tun sich damit sehr, sehr schwer. Wir als Stadt fördern nämlich grundsätzlich wissenschaftliche Publikationen, also Masterarbeiten, Dissertationen, Diplomarbeiten et cetera. Das wird aber erstens in unserem online-Auftritt kaum erwähnt. Ihr habt die netten Links auch auf meinem Antrag, falls ihr euch das selbst anschauen wollt. Es gibt auf der Kultur-Graz-Seite einen Satz, der dich darauf hinweist und auf der tatsächlichen Seite der Wissenschafts- und Kulturförderung wird es gar nicht erwähnt, dass man jetzt für eigene Abschlussarbeiten, zum Beispiel eine Förderung beantragen kann. Da wäre aber genau das Wichtige, weil wir unglaublich viele Studierende haben und wir haben unglaublich viele Studierende, die Arbeiten schreiben, die unserer Stadt sehr, sehr viel bringen. Die wissen jetzt nur nicht genau wann, für was, wie kriege ich da eine Förderung und genau darum geht es. Die sollen das einfach klar erkennen können. Die

sollen wissen, was sind die Punkte, die für uns sehr, sehr spannend sind. Was sind auch die Schwerpunkte, die wir gerne hätten als Stadt und wie können sie dafür am besten gefördert werden? Deswegen, es geht hier gar nicht um die strukturelle Arbeit der Universitätsinstitute mit der Stadt Graz, die, noch einmal ein Lob, funktioniert super, aber das Ansuchen einfach als Einzelstudierende. Und ich glaube, wir können da auch wirklich schön ein bisschen die Themen auch steuern, in dem wir uns Schwerpunkte setzen, wo wir sagen, dazu bräuchten wir eigentlich mehr wissen. Ich habe mir da zwei meiner Steckenpferde rausgesucht, und zwar das Grüne Aushängeschild Nummer 1, den urbanen Klimaschutz, der uns natürlich am Graz-Beispiel sehr viel bringt, wie wir schon bemerkt haben und wir genügend Universitäten haben, die sich eigentlich grundsätzlich mit diesem Thema beschäftigen. Viele Studierende kommen da gar nicht auf die Idee, dass sie das direkt in Graz machen können, dass sie direkt in Graz etwas untersuchen können und so etwas für die Allgemeinheit beitragen. Und das zweite Thema ist jetzt noch ein bisschen spezifischer - die Stadtsoziologie. Für alle, die nicht Soziologie studiert haben, das ist grundsätzlich das Thema, wie eine Stadt, wie die Struktur in einer Stadt, das Zusammenleben in ganz vielen gesellschaftspolitischen Bereichen mitgestaltet. Das heißt, was ein Bebauungsplan an einem bestimmten Ort, was die Architektur von einem bestimmten Haus mit der Umgebung macht, mit den Menschen, die dort wohnen und genau dazu haben wir derzeit leider noch ein bisschen zu wenig Wissen und haben aber ganz, ganz viele Studierende, die, glaube ich, sich unglaublich freuen würden, wenn sie da, vor allem in ihrer Stadt, gleich einmal was mitbewegen können und was mitgestalten wollen. Deswegen, Günter, du bekommst mal wieder einen netten Auftrag von mir. Stadtrat Riegel wird ersucht in Abstimmung mit den Universitäten und Fachhochschulen in Graz eine Schwerpunktsetzung für die Förderung wissenschaftlicher Publikationen zu erarbeiten. Diese soll jedenfalls die Themen urbaner Klimaschutz und Stadtsoziologie beinhalten und dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft bis Juni 2024 vorgestellt werden. Und Punkt zwei die zuständigen Stellen werden beauftragt, die Website der Kultur- und

Wissenschaftsförderung dahingehend zu überarbeiten, dass Fördermöglichkeiten für wissenschaftliche Publikationen ersichtlich sind und die förderbaren Schwerpunkte explizit angeführt wurden. Keine Sorge, wir brauchen dazu nicht einmal eine Änderung der Förderrichtlinien, die geben das nämlich sogar jetzt schon und damit bitte ich um eure Zustimmung.

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Graz ist Universitätsstadt. Mit vier Universitäten und zwei Fachhochschulen bietet Graz einen breiten Wissensschatz, der auch in vielen Kooperationen mit der Stadt genutzt wird. Der Austausch zwischen den Universitäten als Ganzes wird von vielen Abteilungen der Stadt Graz gut unterhalten und gemeinsame Forschungsprojekte werden regelmäßig umgesetzt; auch unterstützt durch die Wissenschaftsförderung des städtischen Kulturamtes.*

*Als Stadt Graz fördern wir auch wissenschaftliche Publikationen von Einzelpersonen, ein wichtiger Schritt, um das Wissen der Grazer Universitäten auch für die Stadt selbst und ihre Entwicklung zu nutzen. Allerdings wird diese Möglichkeit wenig bekannt gemacht. So findet sie nur am Rande am Kulturserver des Kulturamtes (Förderungen Wissenschaft und Forschung)<sup>1</sup> und nicht auf den Förderinformationen der Website der Stadt Graz (Kultur/Wissenschaftsförderung)<sup>2</sup> Erwähnung.*

*Für Studierende, die als Einzelperson ansuchen wollen, ist so nicht ersichtlich, wie und wofür sie eine Förderung für ihre wissenschaftlichen Arbeiten bekommen könnten. Doch genau hier liegt noch viel ungenutztes Potenzial. Die Förderrichtlinie der Stadt Graz ermöglicht es, Schwerpunktsetzungen für die jeweiligen inhaltlichen/thematischen Bereiche vorzunehmen, ohne die Richtlinie selbst ändern zu müssen. Mit dem richtigen Fokus, klar kommunizierten Schwerpunkten und klaren Vorgaben des Prozederes könnten es gelingen, die wissenschaftlichen Ressourcen und das Know-How der Grazer Universitäten noch besser für die Stadt Graz und ihre Vorhaben und Herausforderungen nutzbar zu machen. Auf diese Weise können wir Forschungsinteressen in fruchtbare*

*Bereiche lenken, die uns als Stadt einen großen Mehrwert bringen. Gleichzeitig können wir Studierende auf ihrem wissenschaftlichen Weg finanziell aber auch hinsichtlich einer praxisrelevanten Themenauswahl und dem Aufbau von Netzwerken für ihre spätere berufliche Laufbahn unterstützen.*

*Ein gerade für Städte immens wichtiger Bereich sind die Themen Klimaschutz und Klimawandelanpassung, verbunden mit einer Vielzahl von Nachhaltigkeitsthemen, die von unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachrichtungen bearbeitet werden und uns wertvolle Wissensunterstützung auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt bieten können.*

*Ein anderer Bereich ist die Stadtsoziologie. Städte sind Orte des sozialen Wandels, globale wirtschaftliche und soziale Veränderungen werden besonders in Städten sichtbar und stellen Stadtpolitik und Stadtverwaltung vor immer neue*

*Herausforderungen. Stadtsoziologie beschäftigt sich mit der Wirksamkeit des Raumes auf menschliche Gruppen, soziale Schichten und die Gesellschaft. Sie beleuchtet und untersucht Verbindungen zwischen städtischen Strukturen, Entwicklungsprozessen sowie Kultur, Wirtschaft, Politik und dem gesellschaftlichen Leben.*

*Wissenschaftliche Arbeiten dieser Art bringen Graz wichtige Inputs für weitere Entwicklungsschritte und das sollten auch die Studierenden schnellstmöglich erfahren! Daher stelle ich seitens der Grünen- ALG folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*1. Stadtrat Riegler wird ersucht, in Abstimmung mit den Universitäten und Fachhochschulen in Graz eine Schwerpunktsetzung für die Förderung wissenschaftlicher Publikationen zu erarbeiten. Diese soll jedenfalls die Themen urbaner Klimaschutz und Stadtsoziologie beinhalten und dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft bis Juni 2024 vorgestellt werden.*

2. *Die zuständigen Stellen werden beauftragt, die Website der Kultur/Wissenschaftsförderung dahingehend zu überarbeiten, dass Fördermöglichkeiten für wissenschaftliche Publikationen ersichtlich sind und die förderbaren Themenschwerpunkte explizit angeführt werden.*

**StR Riegler:**

Geschätzte Kollegin Slama, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat. Ich habe Ihnen da drei Beispiele mitgebracht, die aus dem letzten Jahr sind von wissenschaftlichen Abschlussarbeiten, die von uns gefördert wurden. Da wird dann auch jedes Mal dankend darauf verwiesen. Das ist zum Beispiel eine Arbeit, Besteuerung als Grundlage für Demokratie und Rechtsstaat. Ganz eine wichtige Arbeit, kann ich dann vielleicht sogar dem Manfred Eber zum Lesen leihen. Oder eine besonders eindrucksvolle Arbeit ist von Michael Schmidt, „Die Ästhetik Karl Leonhard Reinholds Transzendentalphilosophische Geschmackskritik vor Kant“. Also diese Arbeit wurde als Abschlussarbeit von uns gefördert und da, dass wird Ihnen vielleicht auch gefallen von Transkulturelle Literatur und Filmdidaktik, ebenfalls eine Abschlussarbeit, die vom Kulturamt Wissenschaftsressort gefördert wurde, insgesamt und das ist vielleicht die erfreulichste Nachricht, wurde kein einziger Förderantrag in den letzten Jahren abgelehnt. Das heißt, es hat also zahlreiche Förderanträge gegeben, konkret waren es im Jahr 2023 14 Einzelpersonen, die beantragt haben und die haben auch eine Förderung bekommen. Das heißt, wenn man jetzt diesem Gesichtspunkt sieht, dass alle Anträge, die hereingekommen sind, auch tatsächlich gefördert wurden, sehe ich offen gestanden, die Dringlichkeit nicht, zumal wir tatsächlich bereits ein solches Förderinstrument haben. Wenn Sie jetzt kritisieren, dass das am Kulturserver nicht gut genug ersichtlich ist, das mag sein. Da räumt das Kulturamt richtigerweise ein, dass wir gerade ein bisschen im Umbau der Website sind. Das heißt, das wird noch ein bisschen transparenter und klarer gemacht werden. Also da brauchen wir jetzt auch nicht

unbedingt einen Dringlichen, aber geschenkt, wenn sie den dringlichen gern beschließen wollen. Ist ja meistens so, dass das, was die Grünen oder die Kommunisten hier in diesem Saal beantragen, wird einmal grundsätzlich beschlossen, auch wenn es zehn gute Gründe gibt, warum es eigentlich nicht notwendig ist. Wenn das Ähnliche, oder Gleiche von meiner Warte oder von unserer Fraktion kommt, wird es abgelehnt. Das ist nämlich ganz lustig. Kleiner Nachsatz zum Dringlichen von vorhin zum Flächenmanagement. Ist nämlich lustigerweise, dass genau die Frau Würz-Stalder in einer der letzten Gemeinderatssitzungen einen Dringlichen gestellt hat, wo sie beauftragt hat, wir sollen für die Reininghaus-Sockelzone eine Verwertungsagentur konzipieren und entsprechende Mittel bereitstellen und wenn ich dann genau dasselbe mit meiner Fraktion zwei Sitzungen später beantrage, findet ihr nicht einmal die Mühe wert, das als dringlich zu beurteilen. Damit müsst ihr eh gerade kommen oder durchkommen, wie das eigentlich zusammenpasst, dass sie auf der einen Seite solche Anträge stellen. Also, ich bin mir ganz sicher, wenn ich jetzt bei der nächsten Gemeinderatssitzung einen dringlichen Antrag einbringen würde zur Wissenschaftsförderung, würden Sie ihn wahrscheinlich aus irgendwelchen Gründen dann ablehnen. Also ja, die Website kann man sicher verbessern, aber dazu braucht es wahrscheinlich jetzt keines dringlichen Antrags. Abschließend vielleicht noch. Man muss dann auch immer bedenken, welche Kosten sollen denn überhaupt gefördert werden und da wiederum sind es natürlich Publikationskosten. Die Treffen vor allem Dissertanten und Dissertationen, während üblicherweise Masterarbeiten und Bachelorarbeiten sollten bis nie in Verlagen publiziert werden, aber wenn doch bitte melden, jederzeit gerne. Können gerne bei uns beantragt werden und werden auch gefördert werden. Insofern muss ich Ihnen leider sagen die Dringlichkeiten nicht gegeben sind.

***Dringlichkeit wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, KFG, Lohr) angenommen.***

**GR Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin. Vielleicht doch ein wenig anschließend an die Wortmeldung vom Stadtrat Riegler. Jetzt ist die Situation so, dass es möglicherweise etwas nicht in dieser Variante leicht ersichtlich ist, dass Förderungen existieren, wenn aber Studierende ein Interesse daran besitzen, hier auch Nachfragen, hier nachtelefonieren, ist es durchaus so wie ausgeführt, dass de facto nahezu jedes Ansuchen auch genehmigt wird und eine Förderung gegeben ist. Der zweite große Kritikpunkt also insofern ist, anschließend an diese Worte, ist der Inhalt etwas obsolet in unseren Augen. Der zweite Kritikpunkt und der spiegelt sich eigentlich in der Wortmeldung in deinen Ausführungen wieder und zwar da ist der Satz gefallen, wenn wir das einführen, dann können wir bis zu einem gewissen Grad die Themen steuern, welche gefördert werden sollen und welche nicht gefördert werden soll. Und ich glaube, genau das ist eben der durchaus falsche Ansatz, dass man hergeht und eine politische Richtung, no na ned, wir sind ein politisches Gremium, hier festlegen möchte, welche Themen wir fördern, welche Themen wir in keinsten Weise fördern und welche möglicherweise eine Förderung bekommen. Das heißt, Wissenschaft sollte dann doch in den unterschiedlichen Bereichen die Breite besitzen, dass wir uns nicht nur gewisse Themenfelder, die wir politisch als wichtig erachten, in den Fokus rücken und andere, die wir aber vielleicht unberechtigterweise, politisch weniger wichtig einstufen, aber in der Realität sehr wohl sehr wichtig sind, ausblenden und hier die Förderungen nicht in dem Maße gewähren möchten, nicht in dem Maße die Förderung zusagen und dementsprechend eine Einengung von den Themen anstreben. Das ist eigentlich der Punkt, der mir am meisten hochstoßt, wenn man politisch Themen auswählt und andere ausblenden möchte, die gefördert werden sollen oder eben nicht gefördert werden sollen.

GR<sup>in</sup> Unger:

Ich möchte ein bisschen ins selbe Horn stoßen. Erstens einmal glaube ich, ist es wichtig zu sehen, welche Fördermöglichkeiten die zielgerichtet sind, es im Universitären- oder in dem Wissenschaftsbereich gibt. Es gibt ein Wegener Center, das gefördert wird, ähnliche andere Institutionen, wo auch entsprechend publiziert wird und auch wissenschaftliche Arbeiten betreut werden. Also eine thematische Einengung halte ich auch für schlecht. Vor allem aus dem Grund, weil ich denke, es würde uns vielleicht das eine oder andere auch entgehen, weil wir haben alle vielleicht nur ein gewisses Spektrum im Kopf und aus dem Grund würde ich dringend davor warnen, dass wir in einem Bereich, der sich eigentlich der Wissenschaft allgemein verpflichtet fühlt und das auch in diesem Sinn mit einer großen Sorgfaltspflicht im Kulturamt bearbeitet wird, plötzlich auf ein oder zwei Themengebiete zu fokussieren, die man vielleicht aus einer gewissen Perspektive besonders relevant findet. Diese Dinge sind nicht ausgeschlossen, sie auf diese Art zu fokussieren halte ich für schlecht. Deswegen wäre ich hier dagegen, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist, ist glaube ich von Herrn Stadtrat Riegler schon ausführlich begründet worden. Es gibt die Möglichkeit, es gibt ein wirklich sehr niederschwellig zugängliches, von großem Servicecharakter getragenes Kulturamt. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dort stehen wirklich bestens zur Verfügung. Also ich glaube, dass hier kein Handlungsbedarf besteht, und das glaube ich, alle die sich für diese Themenfelder interessieren, auch ausreichend mit Service versorgt werden und glaube ich auf offene Ohren stoßen mit ihren Anliegen. Insofern kein Handlungsbedarf, weil alles aus meiner Sicht bestens ist. Weil ich noch ein bisschen Zeit habe, möchte ich nur sagen, dass man vielleicht ein bisschen mit äußeren Rahmen auch wahren können. Jetzt ist es gerade ein bisschen ruhig, aber ich möchte die Gelegenheit trotzdem nutzen. Das gegenseitige Zuhören finde ich, ist manchmal wirklich anstrengend. Das möchte ich, weil ich gerade ein bisschen Zeit habe, einmal wirklich anmerken. Die Aufmerksamkeit, was auch sonst so alles Mögliche zwischendurch getan wird und vielleicht auch wie wir uns hier präsentieren,

wenn wir reden. Wir sind auch in der Öffentlichkeit und wir sind im Gemeinderat. Ich möchte das einmal als dringendes Anliegen hier lassen. Danke.

**GR<sup>in</sup> Slama:**

Ja, also ganz erst einmal, ja, ich hätte schon gerne, dass der Antrag angenommen wird, sonst würde ich ihn nicht stellen. Also soweit einmal das. Aber worum es hier geht, ist nicht, dass wir irgendwas komplett neu erfinden. Es geht darum, dass Menschen, die danach suchen, sofort fündig werden und wir nicht bestimmen, wir fördern nur in diesen Bereichen, sondern dass wir den Leuten einen Anhaltspunkt geben. Das ist zum Beispiel für uns sehr relevant. Ich kann zuerst zur Studierendenvertretung ein bisschen erzählen. Da gibt es ganz, ganz viele Fragen, das erste Mal mit, ich könnte dort was schreiben, ich könnte daraus schreiben, was nehme ich denn da? Und da ist es eigentlich sehr angenehm, wenn man sich ein bisschen an irgendwas festhalten kann. Ich habe auch nie gesagt, dass es beschränkt ist auf diese zwei Themen. Und genau weil ich auch der Meinung bin, dass das nicht politisch motiviert sein sollte, wer möchte da ja welche Themen drin haben, soll das eben nicht durch politische Vertreter:innen passieren, sondern in Kooperation mit Universitäten und Fachhochschulen. Das heißt mit dem Wissen, dass dort schon existiert, was sind häufige Bereiche, in denen Arbeiten geschrieben werden, was sind Bereiche, wo sich die Leute allein ein bisschen schwertun und die Unterstützung der Stadt auch bräuchten und da geht es jetzt nicht nur um diese Fördermöglichkeiten, da geht es ja auch teilweise um diese Informationsgewinnung durch die Stadt. Das heißt, worum es hier geht und ehrlicherweise, sozusagen, gibt es keinen Handlungsbedarf, aber bei vier Universitäten und zwei Fachhochschulen gab es 14 Anträge in einem Jahr. Das ist nicht viel und es gebe so viel mehr und ich glaube, das könnten wir schaffen, dass diese 14 sich locker mal verdoppeln, wenn man es leichter finden kann und wenn man weiß, was sind Themen an denen ich mich ein bisschen anhalten kann. Nichts daran sagt,

dass andere Dinge nicht gefördert werden können. Aber wir haben jetzt schon eine Einschränkung in den Themen und wie ist im grundsätzlichen Förderhandbuch der Stadt Graz schon festgelegt. Also diese Förderrichtlinien, diese Einschränkung haben wir schon. Es geht jetzt nur darum, die ersichtlich zu machen und den Studierenden zu zeigen, wir sehen euch genauso als Ressource wie ihr unsere Ressource seht und wir brauchen euer Wissen genauso wie ihr unseres braucht. Und das ist nicht nur eine Wertschätzung gegenseitig, es ist genauso einfach eine Möglichkeit Studierende auch schneller an die Stadt Graz zu binden, ihnen mehr zu zeigen, was die Stadt Graz alles zeigen kann und ihnen die Möglichkeit geben, das selbst mitzubestimmen. Und es geht hier auch nicht um institutionelle Zusammenarbeit. Das habe ich, glaube ich, früher sehr gut schon gezeigt. Es geht wirklich um sehr viele Einzelpersonen. Wenn man sich anschaut, wie viele Doktorand:innen wir haben, wie viele Master-Absolvent:innen wir haben, das sind sehr viele, die müssten die Bewerbungsmöglichkeiten halt einmal finden, weil bis jetzt sind es zwei Seiten mit einem Satz, was nebenbei erwähnt wird. Aber ich finde es sehr schön, dass aus der eigenen Fraktion kam, die Etikette muss gewahrt werden, und dann wird mir reingesprochen in der nächsten Wortmeldung. Damit war es mit meiner Redezeit. Dankeschön.

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, KFG, Lohr) angenommen.***

#### **9.6 Klubförderrichtlinie NEU (GR KO Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

**GR KO Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, zu meinem dringlichen Antrag gibt es Vieles zu sagen. Sie haben das alle mitbekommen, dass wir schon seit längerer Zeit versuchen, eine wirkliche Klubförderrichtlinie zu implementieren. Es gibt ja für die Gelder die Clubs und

Fraktionen erhalten, ja ein Regelwerk von vor vielen Jahren und das in vielerlei Hinsicht einige Lücken aufweist, beziehungsweise als Regelwerk kann man das nicht nennen, wenn einfach vorgeschrieben wird, dass Klubs für die politische Arbeit Gelder ausbezahlt bekommen. Das bringt einige Probleme mit sich. Können Sie sich vorstellen und man versucht Malversationen der Vorgänger aufzuarbeiten. Dann bringt es schon einiges in Problemen mit sich, wenn das Regelwerk auf Grundlage dessen die Gelder ausbezahlt werden, so lückenhaft beziehungsweise nicht vorhanden sind. Ich habe mich gefreut, dass diese Koalition das angehen möchte, in eine wirkliche Klubförderrichtlinie zu implementieren. Es geht eben hin um viel Geld. Nur was man kritisch anmerken kann, ist, dass in den letzten Jahren also die Klubförderung zu kürzen, was wir auch mitgetragen haben in dieser Frage, nur auf welcher Grundlage zahlen wir eigentlich aus, hat sich bis dato leider sehr, sehr wenig getan. Wir haben uns jetzt auch in den letzten Wochen ein bisschen erkundigt, haben einmal nachgeforscht, woran liegt es, woran hackt es, dass diese Klubförderrichtlinie so gar nicht in die Gänge kommt und da wird hier immer wieder dieser mit dem Land Steiermark ausgetragener Konflikt eben vorgeschoben. Ja, sind in diesem großen Transparenzpaket, ist da alles verfassungskonform oder ist da manches verfassungswidrig? Und ich befürchte einfach, dass das jetzt auf Jahre hinweg der Status Quo bleiben wird. Ja, wir haben ungeklärte Punkte. Was darf der Rechnungshof prüfen, was will er prüfen, was will er nicht prüfen, in welche Richtung geht es? Das ist alles, trotz des Engagement vom Vorsitzenden Pointner im Kontrollausschuss, ein sehr, sehr mühsamer Prozess, dann irgendwann das Land Steiermark auch ins Boot zu holen. Deswegen habe wir uns das ein bisschen rechtlich angeschaut und würden gerne die Klubförderrichtlinie aus dem ganzen Transparenzpaket raus lösen, dass man sagt, gut, okay, die Klubförderrichtlinie, die man ja unbestrittener Weise in Graz verabschieden kann, löst man raus. Und der Stadtrechnungshof, der schon jetzt Förderungen prüft, prüft auch diese Klubförderrichtlinie. Ich sehe wenig, was dagegen spricht, das so zu machen, weil dann hätte man etwas und eine Richtlinie in derer Hinsicht ist ja etwas lebendiges, das sollte

ja in den nächsten Jahren dann immer wieder adaptiert und verbessert werden. Der wird jetzt sicher nicht den perfekten Wurf landen. Zukünftige Änderungen sollen möglich sein, aber wir brauchen einmal ein bisschen mehr als diese „politische Klubs kriegen Geld für die Arbeit und machts was damit“. Das ist die Rechtlinie im Moment und auch was die Prüfung der Finanzen betrifft, durch zwei Wirtschaftsprüfer, die man bezahlt, naja, das hat in der Vergangenheit schon nicht so gut funktioniert und funktioniert teilweise im Großen nicht. Wenn man sich die Kommerzbank Burgenland vors Auge ruft oder noch größer Wirecard. In diesem Sinne darf ich nachstehenden

### **Antrag**

den Gemeinderat zur Abstimmung bringen, 20 Sekunden. Der Gemeinderat wolle beschließen, die Arbeit am Entwurf der Richtlinie zur Förderung der Grazer Gemeinderatsklubs wird mit allen Klubs und Fraktionen ehestmöglich wieder aufgenommen und sind alle Klubs und Fraktionen über zwischenzeitlich weitergeführte Gespräche und Neuerungen zu informieren und auf den aktuellen Zustand zu bringen. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, ehestmöglich einen im Grazer Gemeinderat Beschlussentwurf auszuarbeiten und ist das erarbeitete Dokument in bisher im Arbeitsausschuss vertretenden Beteiligten umgehend nach Fertigstellung zur Verfügung zu stellen. Die beteiligten Klubs und Fraktionen mögen sich auf den ersten Arbeitstermin spätestens April 2024 verständigen. Die im Grazer Gemeinderat vertretenden Klubs, Fraktionen und Einzelmandatäre haben die Verwendung die aufgrund der Klubförderrichtlinie erhaltenen Mittel für jedes Jahr, beginnend mit dem zu prüfenden Jahr 2024, nach dem Vorbild von NEOS und KFG, bis zum 31.03. des Folgejahres im Internet allgemein abrufbar offenzulegen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Im vergangenen Jahr wurden zur Ausarbeitung einer neuen, genaueren und „strengerer“ Richtlinie zur Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Klubs mehrere Arbeitssitzungen abgehalten.*

*Vom anfänglichen Esprit ist wenig übergeblieben, und ist die neue Klubförderrichtlinie allen Anschein nach ein Opfer des mit dem Land Steiermark ausgefochtenen Konflikts hinsichtlich des „Transparenzpakets“ geworden.*

*Auf Grund unserer Einschätzung, die von den zuständigen Abteilungen auch geteilt wird, spricht aus jetziger Sicht nichts gegen ein Inkrafttreten der beinahe fertiggestellten neuen Richtlinie in der bisher – durchaus im Konsens aller Beteiligten – ausgearbeiteten Form.*

*Um es noch klarer zu formulieren: Ziel muss es sein, die neue Klubförderrichtlinie endlich in Kraft treten zu lassen, diese also aus dem „Transparenzpaket“ herauszulösen, denn aktuell ist nicht absehbar, wann die vom Land Steiermark behauptete Verfassungswidrigkeit der im Transparenzpaket enthaltenen Punkte beseitigt werden wird.*

*Die durch diesen Entwurf der neuen Klubförderrichtlinie geschaffene Transparenz darf nicht an Befindlichkeiten einzelner „Stakeholder“ scheitern, sondern sind es wir alle den Steuerzahlern schuldig, schnellstmöglich auf die in der jüngsten Vergangenheit bekanntgewordenen Malversationen mit der Einführung eines neuen, umfassenden Regelwerks zu antworten.*

*Daher ist es notwendig, die Richtlinie so aus- bzw. umzugestalten, dass keine Änderungen auf Landesebene notwendig sind, ist es doch gemäß § 45 (2) Zi 25 die*

*Festsetzung von Richtlinien für Subventionen dem Grazer Gemeinderat als beschließendes Organ die Schaffung einer solchen Richtlinie vorbehalten. Der Vollständigkeit halber sei zur Erinnerung erwähnt: Auch die aktuelle Richtlinie fußt auf diesem Paragraphen.*

*§2 Zi1 der bisher gültigen Richtlinie gibt folgendes vor:*

*Finanzierung der Klubarbeit bzw der Arbeit der politischen Mandatäre*

*Die jährlich ebenfalls in der FIPOS „Förderung der politischen Arbeit“ vorgesehenen*

*Mittel zur Finanzierung der Klubarbeit bzw der Arbeit der politischen Mandatäre sind zur Erfüllung ihrer*

*Aufgaben einschließlich der Öffentlichkeitsarbeit unbeschadet der*

*Zurverfügungstellung des erforderlichen Personal- und Sachaufwandes zu gewähren.*

*Der ausgearbeitete Entwurf der „neuen“ Richtlinie sieht eine wesentliche Änderung der möglichen Auf- und Ausgabenfelder vor und schafft somit unmittelbar Transparenz und genauere Definitionen und Zuordnungen einzelner Ausgaben. Mit dem Stadtrechnungshof gibt es noch dazu eine prüfende Stelle, die bereits jetzt Förderungen prüfen kann.*

*Daraus ergeben sich zwei wiederum positive Effekte: Zum einen obliegt die Prüfung einer neutralen Einrichtung (und nicht bezahlten Wirtschaftsprüfern) und zum anderen kann die Summe X der Klubförderung, die derzeit an Wirtschaftsprüfer für die jährliche Prüfung fließt, für politische Arbeit verwendet werden – angesichts der stetigen, von uns auch mitgetragenen Reduzierung der Klubförderung ein nicht unerheblicher Aspekt.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***dringlichen Antrag:***

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz*

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

- Die Arbeit am Entwurf der Richtlinie zur Förderung der Grazer Gemeinderatsklubs wird mit allen Klubs und Fraktionen ehestmöglich wieder aufgenommen und sind alle Klubs und Fraktionen über zwischenzeitlich weitergeführte Gespräche und Neuerungen zu informieren und auf den aktuellsten Stand zu bringen.*
- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, ehestmöglich einen im Grazer Gemeinderat beschlussfähigen Entwurf auszuarbeiten und ist das erarbeitete Dokument den bisher im „Arbeitsausschuss“ vertretenen Beteiligten umgehend nach Fertigstellung zur Verfügung zu stellen.*
- Die beteiligten Klubs und Fraktionen mögen sich auf einen ersten Arbeitstermin spätestens im April 2024 verständigen.*
- Die im Grazer Gemeinderat vertretenen Klubs, Fraktionen und Einzelmandatare haben die Verwendung der aufgrund der Klubförderungsrichtlinie erhaltenen Mittel für jedes Jahr (beginnend mit dem zu prüfenden Jahr 2024) nach dem Vorbild von NEOS und KFG, bis zum 31.03. des Folgejahres im Internet allgemein abrufbar offenzulegen.*

GR<sup>in</sup> KO **Schlüsselberger:**

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, lieber Antragsteller. Ich glaube wir alle haben ein bisschen geschmunzelt, ich darf mich auch damit beschäftigen sowie viele Mandatarinnen und Mandatare und wir versuchen das ja überfraktionell, als breite Mehrheit aufzusetzen. Und genau da fängt das an, weil das braucht Zeit. Zeit, die man sich nehmen sollte, bevor man ein Schnellschuss macht. Zeit, die es braucht, weil man kann nicht jedes Monat ein Stück weiterbasteln und dann weiter machen. Ich glaube, das ist nicht im Sinne des Grundgedankens. Und diese Zeit jetzt mit April zu datieren, gefällt mir persönlich recht gut. Ähnliches haben wir vorige Woche telefonisch besprochen. Fakt ist grundsätzlich, glaube ich, ich weiß es nicht, ob ich für alle sprechen darf. Aber glaube ich jetzt nicht, dass in den Raum so viele Menschen sind, die mit ihren Klubfördermitteln, Missbräuchliches anstellen. Also die Offenlegung ist ja nichts Neues. Alle Klubs veröffentlichen es. Manchmal ist die Granularität ein bisschen feiner, ob wer wissen will was das Brötchen jetzt beim Brötchen-Express kostet oder nicht. Also ich glaube, das ist jetzt auch nicht so das Thema, aber alle Offenlegungen zeigen, dass die Klubfördermittel nicht widerbräuchlich von keinem Klub verwendet worden sind. Also von keinem Klub, der noch da heute vertreten ist, muss ich sagen. Weil was man damit machen kann, hat uns ja eine Fraktion im Gemeinderat gezeigt. Entschuldigung, ein Klub im Gemeinderat. Natürlich, da hast du komplett recht. Also für alle, die die Diskussion nicht mitbekommen haben. Wir haben es jetzt diskutiert, ab wann es eine Fraktion ist, ab wann es ein Klub ist. Sei's drum. Es beschäftigt sich eine politische Partei noch mit ihrer Vergangenheit. Ich würde jetzt auch nicht die Sippenhaftung ganz ablegen, weil ein bisschen Sippenhaftung, auch wennst gern die Verantwortung auf eine Person ablegen würdest, lange Rede kurzer Sinn. Wir sind eh dran, wir machen es, wir machen bilaterale Gespräche, wir machen es in Diskussionsrunden. Jeder Klub muss intern natürlich auch noch diskutieren. Es ist halt Demokratie, das braucht halt Zeit, die nehmen wir uns. April war sowieso angepeilt, also ist es sowieso obsolet. Ich glaube wir geben uns auch die Zeit, sind für den breiten

Diskussionsprozess zu haben. Für einen politischen Schnellschuss in Form von einem dringlichen Antrag, allerdings nicht. Dankeschön.

**GR KO Pascuttini:**

Liebe Frau Klubobfrau, jetzt warst du nicht ganz fair zu mir. Beziehungsweise muss ich dir vorhalten, dass du die Kleine Zeitung nicht sehr genau liest. Weil am 21.02.2024 habe ich in der Kleinen Zeitung bereits gesagt, dass wir das im März machen werden. „Daher sollten die Fraktionen im Gemeinderat, zumindest vorerst, eine Selbstverpflichtung, auf freiwilliger Basis schließen, um das umzusetzen“, so Pascuttini, der entsprechenden dringlichen Antrag für die März-Gemeinderatssitzung vorbereitet. Die NEOS machen das bereits seit Anbeginn vorbildlich. Also musst du das zurücknehmen, dass ich da irgendwie die Inhalte unseres Gesprächs von vergangener Woche like, sondern ich habe es bereits im Februar transparent angekündigt. Muss man jetzt ganz offen dazu sagen und wenn du sagst, wir wollen nicht hudeln, ich habe ja nicht gesagt, dass wir jetzt eine Richtlinie hier und jetzt beschließen sollen, sondern wir sollen einmal in die Gänge kommen und meines Erachtens, bitte korrigiere mich, hat euer Klubdirektor bereits eine fertige, aus meiner Sicht gute Richtlinie an alle verschickt. Das war letztes Jahr im Juni. Was ist jetzt dreivierteltes Jahr passiert? Kein Schnellschuss, okay, du warst nicht in Verantwortung. Sage ich natürlich auch. Führ ich natürlich auch aus, was ist jetzt passiert? Und warum nimmt man diese Richtlinie nicht einmal her und sagt okay, wenn man jetzt sagt, man möchte den Punkt eins nicht, man möchte den Punkt zwei nicht, man möchte den Punkt drei nicht, ja, warum will man dann den Punkt vier nicht? Um sich einmal selbst sozusagen zu geißeln, den Menschen da draußen zu zeigen, hay, es passt ja eh alles da herinnen. Warum nicht? Das ist die Frage, die ich in den Raum stellen muss. Und jetzt gibt es die Gespräche, jetzt geht es mit der Richtlinie weiter gut, okay. Dann soll das so sein. Dann bin ich zufrieden, wenn das jetzt im April passiert, aber mir fehlt auch schon ein bisschen der Glaube daran,

nachdem letztes Jahr im Juni die fertige, oder die fast fertige Richtlinie verschickt worden ist, wir zusammengesessen sind, wir alles diskutiert haben und dann über Umwege kommt immer das Argument, ja aber das Land Steiermark lässt uns nicht. Ja klar, das Riesentransparenzpaket mag mit Verfassungswidrigkeit behaftet sein oder nicht. Das steht mir nicht zu, das zu prüfen oder abschließend zu beurteilen. Aber man kann einmal das rausnehmen und etwas in diese Richtung machen. Ganz verstehe ich die Argumentation nicht. Da zu sagen, wir machen das einfach nicht, aber gut soll so sein. Man wird sich darüber ein Bild machen können. Würde selbst ein Antrag stellen, ich hoffe das geht, auf getrennte Abstimmung, dann kann man wirklich nicht alles in einem abstimmen, sondern die Punkte einzeln. Und vielleicht findet sich dann der eine oder andere Klub oder die eine oder andere Fraktion, Fraktion immer zwei, Klubs drei Personen, weiß die Stadt Klagenfurt auch nicht, macht euch nichts draus. Vielleicht findet sich jetzt auch der eine oder andere Klub oder eine Fraktion, die dann den Antrag mitstimmt. Ich bitte um Zustimmung.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich (gegen KFG, NEOS) abgelehnt.***

#### **9.7 Bürgerbeteiligung und Aufwertung der Bezirksdemokratie (GR KO Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

**GR KO Pascuttini:**

Jetzt muss ich noch einmal den Antrag zur Bürgerbeteiligung und Aufwertung der Bezirksdemokratie, weil eigentlich der Kollege Winter das Einbringen hätte sollen aber da ist uns ein Fehler unterlaufen, wir haben meinen Namen oben gelassen. Dann machen wir das halt auch über diesen Weg. Wir haben ja heute schon ein bisschen diskutiert, beziehungsweise in den vergangenen Tagen haben wir ja auch schon mitbekommen, wie es um die Bürgerbeteiligung und Bezirksdemokratie in diesem

Hause, in dieser Stadt steht. Die Grüne Vizebürgermeisterin Judith Schwentner möchte Fahrradspielplätze umsetzen, die mögen ja an manchen Orten ganz gut geeignet sein, aber alles in allem braucht es davor eine Einbindung der Personen, die dort wohnen. Jetzt ist natürlich die Situation, dass in der Fischeraustraße und auch im Bezirk Jakomini Fahrradspielplätze geplant gewesen wären. In einem Bezirk wollte man was umsetzen, gegen den Willen des Bezirksrates. Im anderen Bezirk hat man den Bezirksrat und die Anrainer gar nicht eingebunden. Das finde ich, das ist das klassische Drüberfahren, dass sie früher Schwarz-Blau vorgeworfen haben, jetzt machen sie es selbst. Wenn man sich dann anschaut, was in der Fahrradstraße Marburger Straße passiert. Da kann man täglich hingehen, denn man kann ein lustiges Spiel machen, wenn man jemanden mitnimmt. Man kann zählen, wie viele Fahrradfahrer fahren durch pro Minute oder wie viele fahren nicht durch. Es fährt kaum jemand durch. Die fahren alle durch die Schleichwege in der Umgebung. Ja, wenn man sich anschaut, die Schulstraßen - die nächste Thematik. Da erleben wir dann in Wetzelsdorf vor gar nicht allzu langer Zeit, dass dort der Bezirksrat ja was umsetzen möchte, was mit der Bevölkerung nicht abgesprochen ist, wo es dann einen Riesenauflauf gibt, wo dann alles ganz anders kommt, als der Bezirksrat beschlossen hat oder der Bezirksrat wollte oder die einzelnen Bezirksräte wollten, kurzum man erlebt in der ganzen Stadt Probleme mit der Bürgerbeteiligung und natürlich auch die fehlende Einbindung der Bezirksräte. Ich komme zum zweiten Teil dieses Antrages. Aufweitung der Bezirksdemokratie, das ist auch etwas, wo die Kollegin Schlüsselberger sicher wieder sagen würde, na bitte kein Schnellschuss, das muss gut überlegt sein. Ja, wir müssen da viele, viele Jahre überlegen. Ja, wir haben die Situation, dass wir letztes Jahr im Sommer gute Vorschläge eingereicht haben. Wir haben dann erlebt, dass diese Vorschläge auch entgegengenommen wurden und dann haben wir erlebt dass es Vorschläge in der Zeitung gab, dass man überlegt, diese Bezirksratsinstitution überhaupt abzuschaffen, dass man den zweiten Bezirksversteher abschaffen will. Da stelle ich mir schon die Frage, was ist jetzt mit der Aufwertung der Bezirksdemokratie?

Beide Institutionen, dienen eigentlich der Bevölkerung, sowohl die Bezirksdemokratie als auch die Bürgerbeteiligung Jetzt ist für mich die Frage, warum möchte man bei beiden Institutionen möglichst die Ketten anlegen, möglichst wenig davon. Man will wenig Bezirksdemokratie, da fahren wir drüber und wenn die Bezirksdemokratie etwas macht, dann macht man das Gegenteil. Bei der Bürgerbeteiligung ist es so, wenn man einen Bürgerbeteiligungsprozess startet, dann ist das kein echter Bürgerbeteiligungsprozess, aber ich bin mir sicher, das eine oder andere Mal werden Sie das dann auch selbst zu hören bekommen, beziehungsweise werden das die nächsten Wahlen zeigen, wie dieser Stil des Drüberfahrens, das sind ja schon fast die KPÖ-Botschaften, die ich von der Homepage wiedergeben kann, aus der Vorperiode. Wie dieser Stil dann ankommen wird, bei denen dies betrifft. In diesem Sinne bitte ich Sie wirklich, dass Sie jetzt zumindest bei diesem Antrag nicht sagen „Eine gute Idee von einer anderen Partei, aber da stimmen wir dagegen, weil es ist nicht meine Partei“, dass Sie bitte bei diesem Antrag sagen, gut, gute Idee, da stimmen wir zu. Ich stelle den

**Antrag,**

der Gemeinderat wolle beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert dem Gemeinderat in der Sitzung vom 25. April 2024 einen Zwischenbericht über den aktuellen Stand der Ausarbeitungen zum Themenkomplex: „Aufwertung der Bezirksdemokratie“ vorzulegen und einen Zeitplan zu präsentieren, bis wann die, in dieser Periode gestartete „Reform der Bezirksdemokratie“ abgeschlossen sein wird. Der Gemeinderat bekennt sich zu einem Ausbau der Bürgerbeteiligungsprozesse und soll bei Projekten des eigenen Wirkungsbereiches, deren öffentliches Interesse und deren Auswirkungen überwiegend im jeweiligen Bezirk liegen, zukünftig wieder verstärkt den Wünschen und Forderungen der ansässigen Bezirksbevölkerung nachgekommen werden und ist die Bezirksbevölkerung zukünftig wieder schon in den Anfangsstadien dieser Projekte in die Umsetzung dieser

miteinzubinden. Bürgerbeteiligungsprozesse sollen künftig vermehrt auf Ebene des Bezirksrates umgesetzt werden und wird ein derartiger Ausbau der Bürgerbeteiligungsprozesse samt Kompetenzerweiterung des Bezirksrates dahingehend, eigene Bürgerbeteiligungsprozesse zu starten, bei der aktuell stattfindenden Überarbeitung der Geschäftsordnung des Bezirksrates mitberücksichtigt. Ich bitte um Ihre Zustimmung. Danke.

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Sehr geehrte Frau Bürgermeister!*

*Sowohl die Grünen, als auch die KPÖ, schreiben sich seit jeher die Einbindung der Bevölkerung, also ernsthafte und nachhaltige Bürgerbeteiligung, auf ihre politischen Fahnen.*

*Bei vielen politisch motivierten dieser linken, aus KPÖ, SPÖ und Grünen bestehende Koalition, aber vor allem bei den Projekten der Grazer Grünen, wurden zwar Beteiligungsprozesse und eine medial gut verwertbare Anzahl an Informationsveranstaltungen zum Schein durchgeführt. Markant ist das am Beispiel der Begegnungszone Zinzendorfsgasse zu sehen, denn dort wurden die Wünsche der langjährigen Bewohner größtenteils ignoriert und wegargumentiert.*

*Die Liste der Projekte lässt sich mit Beispielen wie der Fahrradstraße Marburger Straße, diversen Schulstraßen etc., beliebig lang weiterführen. Ein Paradebeispiel hierfür ist die Schulstraße Loewegasse, bei der der vermeintlich begonnene Bürgerbeteiligungsprozess beim bzw im Bezirksrat (!) endete. Denn obwohl im Wetzelsdorfer Bezirksrat sowohl Grüne Bezirksräte als auch KPÖ-Bezirksräte vertreten sind, wurde mit den betroffenen Bewohnern vor Offenlegung der bis dato fertigen Pläne kein Wort gewechselt.*

*Das gleiche Bild stellt sich in der Fischeraustraße dar: Die Schaffung eines Fahrradspielplatzes in der Fischeraustraße wurde ohne Bürgerbeteiligung (!), aber auch ohne Bezirksrat (!!)* versucht umzusetzen. Trotz möglicherweise drohenden signifikanten Änderungen für die dortigen Bewohner wurden diese nicht eingebunden.

*Zwischenfazit: Aktuell spielen in den wenigsten Fällen die von den Grünen, aber auch den restlichen Protagonisten der linken Stadtkoalition, initiierten Projekte tatsächlich den Willen der Bevölkerung wider, und stellen diese Projekte auch keine Verbesserung des aktuellen status quo dar.*

*Bedenkt man die – angeblichen – Eckpfeiler der politischen Arbeit der Grünen, nämlich Natur- und Klimaschutz, Solidarität in der Gesellschaft, Nachhaltigkeit in der Wirtschaft, Fairteilen von Arbeit und Einkommen, Demokratie und Mitbestimmung (Quelle Website der Grünen), und auch ruft man sich die Bemühungen der KPÖ für mehr Bürgerbeteiligung vor der Machtübernahme im Jahr 2021 in Erinnerung, so muss man sich heute über die rücksichtslose Umsetzung von vor Ideologie tiefenden Projekten dieser Stadtkoalition verwundert und erschrocken zeigen.*

*Als Beispiel hierfür können die Umbenennungen von Kleinststraße mit 7-21 Hausnummern angeführt werden. Eine von uns durchgeführte Unterschriftenaktion in allen betroffenen Gassen legte den eindeutigen Wunsch nach Erhalt des Status Quo offen – die Umbenennungen erfolgten trotzdem gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.*

*Trotz der vielen Worte der Kritik haben wir natürlich auch Verständnis dafür, dass umfassende und echt Bürgerbeteiligungsprozesse natürlich Ressourcen erfordern, die im gewünschten Ausmaß nicht vorhanden sind. Und auch nehmen wir immer wieder den Wunsch und Willen zur Veränderung und Verbesserung der Situation hin zu einem „Mehr“ an Bürgerbeteiligung wahr.*

*Ein Instrument für dieses „Mehr“ an Bürgerbeteiligungen stellt natürlich die Bezirksdemokratie und die auch von dieser Stadtkoalition versprochene AUFWERTUNG dieser Bezirksdemokratie dar. Die Bezirksfunktionäre dienen schon jetzt trotz ihrer mehr als beschränkten Kompetenzen und Möglichkeiten als Sprachrohr der Bevölkerung und haben bei vielen Vorhaben ein Anhörungsrecht bzw. gibt es auch strenge Informationspflichten.*

*Wenn man die versprochene Aufwertung der Bezirksdemokratie endlich Wirklichkeit werden lässt, könnten Bürgerbeteiligungsprozesse endlich auch auf die Bezirks(rats)ebene ausgeweitet werden. Somit kann die Belastung der Verwaltung durch Bürgerbeteiligungsprozesse zum Teil abgefangen/minimiert werden und Bürger werden direkt von von ihnen gewählten Vertretern informiert bzw. motiviert ihre Meinung kundtun. Die Änderung der Geschäftsordnung dahingehend sollte im Zuge der Gesamtaufwertung keine große Herausforderung sein.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***dringlichen Antrag:***

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz*

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, dem Gemeinderat in der Sitzung vom 25. April 2024 einen Zwischenbericht über den aktuellen Stand der Ausarbeitungen zum Themenkomplex „Aufwertung der Bezirksdemokratie“ vorzulegen und einen Zeitplan zu präsentieren, bis wann die in dieser Periode gestartete „Reform der Bezirksdemokratie“ abgeschlossen sein wird.*

- *Der Gemeinderat bekennt sich zu einem Ausbau der Bürgerbeteiligungsprozesse und soll bei Projekten des eigenen Wirkungsbereiches, deren öffentliches Interesse und deren Auswirkungen überwiegend im jeweiligen Bezirk liegen, zukünftig wieder verstärkt den Wünschen und Forderungen der ansässigen Bezirksbevölkerung nachgekommen werden und ist die Bezirksbevölkerung zukünftig wieder schon in den Anfangsstadien dieser Projekte in die Umsetzung dieser (mit) einzubinden.*
- *Bürgerbeteiligungsprozesse sollen zukünftig vermehrt auf Ebene des Bezirkrates umgesetzt werden und wird ein derartiger Ausbau der Bürgerbeteiligungsprozesse samt Kompetenzerweiterung des Bezirkrates dahingehend, eigene Bürgerbeteiligungsprozesse zu starten, bei der aktuell stattfindenden Überarbeitung der Geschäftsordnung des Bezirkrates mitberücksichtigt.*

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (17.04 Uhr).**

**GR Ulrich:**

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer:innen, lieber Alexis, du hast recht. Es gab letztes Jahr, also in der letzten Legislaturperiode gab es die Beschwerden von der anderen Seite. So wie du und wie einige andere auch im Gemeinderat war auch ich im Bezirksrat und ich kann mich sehr wohl daran erinnern, dass da drübergefahren worden ist und der Bezirksrat nicht immer gehört worden ist. Ich erinnere an die Umgestaltung des Kaiser-Josef-Platzes. Du sagst zu uns, jetzt bitte in die Gänge kommen. Lieber Alexis, ich habe gute Nachrichten für dich. Aufgrund eben eines Beschlusses des Gemeinderates zum Thema „Bezirksdemokratie bewerten und aufwerten“ wurde ein Prozess bezüglich der

Einbringung und Bewertung von Reformvorschlägen im Rahmen des Konvents Bezirksdemokratie entwickelt. Wie du selber sagst, Alexis, vom 21. Juli bis zum 16. Oktober 2023 konnten seitens der Gemeinderatsklubs der Gemeinderatsfraktion der NEOS, der Gemeinderatsmandatare ohne Klubzugehörigkeit, der Bezirksräte, der Dienststellen des Magistrates, der Holding Graz sowie der GBG-Vorschläge zur Stärkung der Grazer Bezirksdemokratie beziehungsweise zu einer Verbesserung der Bezirksdemokratischen Abläufe eingebracht werden. Von dieser Möglichkeit haben tatsächlich zahlreiche Stellen Gebrauch gemacht und es gingen insgesamt 244 Vorschläge ein. Von den 244 Vorschlägen wurden seitens der Präsidialabteilung, also Doppel- und Mehrfachmeldungen aussortiert und die verbliebenen Vorschläge auf ihre juristische Möglichkeit geprüft. Letztendlich nun liegen 86 Vorschläge vor und diese 86 Vorschläge, lieber Alexis, sollen nun in einem Konvent erörtert werden, in dem jede Gemeinderat vertretene Partei, selbstverständlich auch der Gemeinderat Roland Lohr, also von jeder Partei ein Gemeinderatsmitglied sowie drei Personen aus den Bezirksräten entsandt werden. Mit beratender Funktion kommen Vertreterin aus der Verwaltung und der Holding Graz und der GBG dazu. Und weil du vorgeschlagen hast, Schnellschüsse, also Schnellschuss ist es keiner. Aber in die Gänge kommen. Ein erstes Treffen der Parteien-Vertreter:innen wenn die Vorabstimmung gemacht und die weiteren Abläufe präsentiert werden, findet am 08. Mai statt. Die Einladung dafür geht morgen raus. Zusätzlich zu diesen Maßnahmen zu diesem Konvent, der am 08. Mai stattfindet, hat sich diese Stadtregierung auch in anderen Punkten entschlossen, die Bezirksdemokratie zu stärken, in dem, zum Beispiel, ein extra Budget für Bezirkskommunikation installiert wurde. Auch in der BIG hat inzwischen der Bezirksrat eine extra Seite. Jetzt kommen wir zu der Sache. Dein dringlicher Antrag, lieber Alexis, ist dahingehend jetzt nicht mehr dringlich, weil es ja auch nicht sonderlich demokratisch wäre, weil du heißt ja quasi zwei Vorschläge schon drinnen, die wenn wir jetzt beschließen würden, würden wir quasi dem Inhalt des Konvents vorgreifen, also wir würden jetzt im Gemeinderat zwei Sachen beschließen, die eventuell weil von

Konvent ja bestätigt werden, dass sie genauso notwendig werden, oder eben ja auch nicht, oder vielleicht in einer verbesserten Version sogar kommen. Deshalb können wir in dem Fall der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben, weil der Konvent am 08. Mai stattfindet, mit Einladungen an den Korruptionsfreien Gemeinderatsklub. Zum Abschluss möchten wir alle, also ich für uns alle, uns ganz, ganz herzlich beim Dr. Wonisch und beim Mag. Schmalenberg bedanken, die dieses große Thema angegriffen haben und nun uns allen, also nicht präsentieren, sondern mit uns gemeinsam den Konvent nachher zustande kommen lassen. Ich möchte mich recht herzlich bei allen Beteiligten bedanken und ja, freue mich noch auf eine Diskussion. Danke.

**GR Ammerer:**

Sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer:innen, lieber Alexis Pascuttini. Vieles von dem, was ich sagen wollte, hat der Kollege Ulrich schon vorweggenommen. Zwei Dinge bleiben aber trotzdem noch. Du sprichst einerseits von Beteiligungsprozessen, andererseits von Bezirksdemokratie und vermengst es in einer Art und Weise, die ich nicht ganz so stehen lassen möchte. Und zwar deshalb, weil die Bezirksräte eine repräsentativ-demokratische Einheit und kein Beteiligungsinstrument sind, schlicht und ergreifend. Für die Bürger:innenbeteiligungen haben wir ein Referat, das gute Arbeit leistet, und das dafür zuständig ist. Und wir haben uns auch alle im Sinne der Sparsamkeit, darauf committet keine parallelen Strukturen in dieser Stadt aufzubauen, im Gegenteil, wir wollen sie abbauen, so sie vorhanden sind. Und das andere ist, ich habe es mir bei dem vorigen Antrag schon ein bisschen..., ist es heute ein bisschen witzig, weil du forderst in zwei dringlichen Anträgen etwas, das gerade aktuell in Arbeit und in der Umsetzung ist und ich weiß nicht, wie du jetzt dann nachher, die Nachricht, die dir Philipp Ulrich gerade überbracht hat, kommentieren wirst. Ja, ja, ich hoffe, dass du es vielleicht nicht so kommunizierst, dass du sagst, ich habe einen Dringlichen gestellt, jetzt sind sie in die Gänge gekommen. Wir arbeiten

tatsächlich schon die längste Zeit intensiv daran und all diese Vorschläge zu clustern und halt auch juristisch zu bewerten war ein enormer Brocken Arbeit, den Dr. Wonisch übernommen hat, in weiten Teilen Mag. Schmallerberg auch, uns das Zeit gebraucht hat, weil die Präsidiale auch viel anderes zu tun hat. Insofern auch geht da von unserer Fraktion hier der Dank, ich freue mich schon auf den Konvent. Und wenn du jetzt das forderst, was wir ohnehin schon umsetzen, dann freue ich mich, dass du mit dabei bist und dass das dann sehr konstruktiv weiter gehen wird. Ich freue mich auch schon auf den ersten Abstimmungstermin am 08. Mai. Ich gehe davon aus, dass wir uns dort sehen, und ich freue mich schon alle Vorschläge zu diskutieren. Was ich aber nicht stehen lassen möchte, ist die, nicht zum ersten Mal aufgebrachte, falsche Behauptung, wir hätten jemals darüber nachgedacht, die Bezirksräte abzuschaffen. Unser Klubobmann Dreisiebner hat diesen Antrag zur Aufwertung der Bezirksdemokratie überhaupt erst eingebracht und es ist unserer Initiative zu verdanken, dass wir jetzt da überhaupt daran arbeiten. Und ich finde es ein bisschen befremdlich, wenn dann früher als vor einiger Zeit in den Medien und jetzt da halt auch in der Sitzung diese Unterstellung auftaucht. Bleiben wir doch bei dem, wo wir uns alle einig sind und wo wir wissen, dass das stimmt, nämlich dass wir alle an der Aufwertung der Bezirksdemokratie arbeiten und setzen wir das um. Und das wird passieren.

**GR Huber:**

Hohe Stadtregierung, lieber Alexis. Ich glaube, dieser Antrag und beide Themen sind sehr, sehr wichtig für uns, mit unserer Vergangenheit als Bezirkspolitiker in Gösting. Und das ist ja ein schöner Tag. Also zum ersten freue ich mich sehr, lieber Philipp, dass wir einen Konvent haben werden an den wir uns sehr, sehr gerne beteiligen werden, weil ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig, dass wir die Bezirksdemokratie aufwerten und dass wir wirklich ein Instrument schaffen, wo die Bürgerinnen und Bürger auch sagen das hat Sinn und da wenden wir uns mit unseren Anliegen hin, denn ich glaube,

das ist momentan eher nicht so der Fall, denn auch viele Bezirkspolitiker:innen scheitern ja oft an ihren Kompetenzbereich und das ist schön, wenn wir da ein bisschen eine Aufwertung erfahren. Und der Bereich Bürger:innenbeteiligung haben wir heute eh schon angesprochen zum Thema Maiffredygasse, aber auch im anderen Bereich und das ist ein ganz ein wichtiger Punkt. Ich glaube, manchmal wird der mit Bürger:inneninformation vermischt. Ich glaube, das sind zwei getrennte Punkte, die man sich anschauen muss. Wir wünschen uns bei vielen Projekten, ich glaube Manuel Lenartitsch und ich haben schon ein bisschen darüber gesprochen, bei großen Projekten, gescheite Bürgerbeteiligung, weil ich glaube, dass es ganz sinnvoll ist, wenn wir als Politikerinnen und Politikern unsere Arbeit besser erklären und wenn mich die Bürgerinnen und Bürger auch wirklich einbinden in die Arbeit. Von dem ich nichts halte, ist, dass das über den Bezirksrat laufen soll. Weil ich glaube, dass macht das Amt für Bürger:innen und Beteiligung, wenn es wirklich einen Prozess gibt. Sie machen das sehr, sehr gut. Von dem her freue ich mich auf den Konvent und bin gespannt, was da rauskommt.

**GR KO Pascuttini:**

Ja, kurz und bündig, lieber Tristan. Natürlich freue ich mich, wenn etwas weiter geht in dieser Sache. Wie beim vorigen Antrag, auch wenn man etwas in Gang setzt, dann bin ich der, der da dabei ist. So, wir waren bei den Klubförderrichtlinien dabei, wir waren bei der Ausarbeitung für die Bezirksdemokratie-Neu auch dabei. Haben da viele, viele Ideen ja, auch eingebracht und werden uns dann natürlich auch am Prozess beteiligen. Den 08. Mai kann ich allerdings noch nicht zusagen, da werde ich wahrscheinlich einen Vertreter entsenden müssen, leider. Aber da habe ich wahrscheinlich gute Gründe nicht zu kommen. Ich hoffe Sie entschuldigen das. Wenn ich noch etwas ausführen darf. Also zur Bürgerbeteiligung, das wird an ein bisschen runter gespielt, ist jetzt immer so, kommt mir vor, Bürgerbeteiligung oder Bezirksdemokratie, das ist immer

dann besonders wichtig, wenn man gerade nicht am Regierungssessel sitzt. Das zeigen die Beispiele der letzten Tage und Wochen wirklich gut. Ich würde mir einfach wünschen, dass man hier dann nicht rausgeht, und irgendetwas verkündet auf den Druck eines dringlichen Antrags. Ich meine, das Gefühl habe ich schon, ja, weil warum werden letztes Jahr die Ideen gesammelt? Dann heißt es im Dezember, gibt es weitere Informationen. Dann bin ich so freundlich, lieber Phillip und warte bis März. Das ist...halt, ein Moment. Was passiert jetzt mit dem Konvent? Und dann kommst du raus, und das ist natürlich deine Idee, die dahintersteht, aber ich erkenne sehr wohl die Idee, die dahinter steht. Zu sagen, oh sch... jetzt haben wir den Antrag gemacht, verkünden wir halt irgendein Termin in der nächsten Zeit, wo wir bis dahin aber auch fertig sind. Das ist das, was ich raus lese, ja. Weil, es ist schon ein komischer Zufall, dass genau morgen die Einladungen rausgehen, wenn wir heute das im Gemeinderat verhandeln. Und das gleiche ist auch mit der Klubförderrichtlinie. Es wird im Juni etwas ausgeschickt an alle Fraktionen. Über den Sommer heißt es, wir machen es fertig und dann passiert ein halbes Jahr nichts. Aber ich bin dann der Böse, wenn ich sage, was ist jetzt, machen wir was, gebe ein bisschen Druck, dann heißt es von seiten der Dani Schlüsselberger, wir sollen keinen Schnellschuss machen, ja. Auf was wollen wir den warten? Das ist die Frage, die ich mir stelle. Aber ich freue mich, wenn das das Ziel ist, wenn das der Modus ist, den ihr wollt. Ihr fängt was an, tut nicht weiter, ich bringe den dringlichen Antrag ein. Am nächsten, da kommen die Einladungen. Das können wir bei vielen Dingen so machen, dann wird das zukünftig unser Arbeitsmodus sein. Vielen Dank.

***Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, KFG, NEOS) abgelehnt.***

**9.8 Rossini-Projekt! Förderung einer gesundheitsbewussten Ernährung und Stärkung der regionalen Landwirtschaft (GR Mag. Philipp Pointner, NEOS)**

**GR Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen. Das Rossini-Projekt. Warum Rossini? Rossini war einer der besten Oper-Komponisten aller Zeiten, aber auch ein begnadeter Koch. Er war als Gioachino Rossini – Joachim. Er war in der späteren Zeit seines Lebens nicht nur ein begnadeter Komponist, sondern auch Direktor des Musik-Lyzeums in Bologna. Das heißt, eine Musik-Mädchenschule, wo er sicher auch schon gut aufgeköcht hat. Und das verbindet ihn auch mit dem Antonio Vivaldi, den ich als Namensgeber für das Vivaldi-Projekt gewählt habe. Der war nämlich Direktor des Musik Lyzeums in Venedig, wo er ein hervorragender Geiger war, auch ein hervorragender Pädagoge. Das heißt, das Rossini-Projekt ist durchaus ein Pädagogisches, denn es geht um gesunde, ausgewogene Ernährung, basierend auf regionalen Lebensmitteln. Schulen haben eine entscheidende Rolle da, weil es gibt dort oft praxisorientierten Kochunterricht. Das Rossini-Projekt.... Dankeschön, liebe Frau Bürgermeisterin, ich schreie gerne auch noch lauter, aber das wird dann unerträglich. Es gibt Kochunterricht, aber es gibt noch keine Initiative der Stadt um das Ganze mit der Regionalität zu verlinken. Und da ging es um unsere wunderbaren Bauernmärkte. Wo es um die Idee geht, Schulklassen könnten ja auch bewogen werden im Rahmen des Kochunterrichts die Bauernmärkte zu frequentieren und so etwas auch über Regionalität kennen zu lernen, über Nachhaltigkeit, über Saisonalität der Produkte, können was über „wie stellen wir die Ernährungssicherheit in der Region her?“ und so weiter und so fort. Also ein lebendiger Austausch mit dem, was eigentlich in Graz und Umgebung landwirtschaftlich passiert. Dazu könnte man die Graz-Gutscheine verwenden, die an den Bauernmärkten einzulösen werden, oder auch gerne andere Modelle. Daher im

Sinne einer pädagogischen Kulinarik, im Sinne von Gioachino Rossini, eine ernährungsbewusste, musikalische Kulinarik, folgender

**dringlicher Antrag,**

die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie das Rossini-Projekt gemäß Motivenbericht in Graz umgesetzt werden kann und welche budgetären Mittel dafür notwendig werden. Im Gemeinderat ist bis zu seiner Sitzung im Juni 2024 das Ergebnis der Prüfung mitzuteilen. Bitte um kulinarische, pädagogische Annahme.

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Die Vorteile einer gesunden und ausgewogenen Ernährung, die auf regionalen Lebensmitteln basiert, sind in den vergangenen Jahren immer mehr in den Fokus der Ernährungswissenschaft gerückt. Um diese Vorteile den kommenden Generationen vor Augen zu führen, braucht es Maßnahmen, um diese auch in den Schulunterricht zu implementieren.*

*Dass das dringend notwendig ist, wird in der sogenannten Ottawa-Charta verdeutlicht. Darin steht, dass Gesundheitsförderung ein umfassender sozialer Prozess ist, der darauf abzielt, Menschen zu befähigen, selbstbestimmt ihre Gesundheit zu verbessern und ihre Gesundheitspotenziale voll auszuschöpfen (<https://fgoe.org/glossar/gesundheitsfoerderung>).*

*Schulen spielen dabei eine entscheidende Rolle, indem sie durch praxisorientierten Kochunterricht das Bewusstsein für die Vorteile regionaler Produkte schärfen und den Schüler:innen schon früh die Wichtigkeit einer gesunden Ernährung vermitteln können. Vor diesem Hintergrund sollte die Stadt Graz rasch aktiv werden und in ihrem eigenen Handlungsbereich ein Projekt anstoßen, durch das die Grazer Schüler:innen die Chance*

*bekommen, die Bedeutung einer gesunden, ausgewogenen und regional orientierten Ernährung nicht nur theoretisch zu erlernen, sondern auch praktisch zu erleben. Dazu könnten den Grazer Pflichtschulen etwa Graz Gutscheine einmal pro Jahr und Klasse für den Kochunterricht zur Verfügung gestellt werden, die sie auf den Grazer Bauernmärkten einlösen können (<https://www.holding-graz.at/de/grazgutschein-auch-auf-bauernmaerkten-einloesbar/>).*

*Ganz nach dem Motto: Zuerst regionale Produkte einkaufen und dann damit gesunde Speisen kochen! Die dafür notwendigen finanziellen Mittel könnten über ein Sonderbudget für die Abteilung für Bildung und Integration zur Verfügung gestellt werden.*

*Die Vorteile eines solchen Projektes – das in weiterer Folge auch für Klimaschutz- und Umweltpreise eingereicht werden könnte - liegen auf der Hand: Es werden wichtige Themen wie Bodenschutz und Ernährungssicherheit der jungen Generation und damit einer wichtigen Zielgruppe vermittelt und kleinbäuerliche Strukturen und die Direktvermarktung vor Ort wird gestärkt. Zudem wird Bildung damit praxis- und lebensnahe.*

*Für das Projekt namensgebend soll der italienische Komponist und Koch Gioachino Rossini sein, denn Rossini schaffte eine Verbindung von Kunst und Kulinarik, wovon die Bildungspolitik unserer Zeit lernen könnte. So sollte im Rahmen des Rossini-Projektes ein Brückenschlag zwischen Kulinarik und Bildung erfolgen.*

*Namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den*

**dringlichen Antrag:**

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie das Rossini-Projekt gemäß Motivenbericht in Graz umgesetzt werden kann und welche budgetären Mittel dafür notwendig wären.*

*Dem Gemeinderat ist bis zu seiner Sitzung im Juni 2024 das Ergebnis der Prüfung mitzuteilen.*

**GR<sup>in</sup> Potzinger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, die live und in Stream bei uns dabei sind. Lieber Antragsteller Kollege Philipp Pointner, danke für deinen Antrag, den wir gerne unterstützen, ein sinnvolles Projekt. Es stimmt natürlich nicht, dass in der Stadt Graz noch nichts passiert. Es gibt einen regen Austausch zwischen den Bauernmärkten und den Schulen. Ich weiß das von unserem zuständigen Stadtrat Kurt Hohensinner. Es gibt zum Beispiel auch immer in Alt-Grottenhof in der Landwirtschaftlichen Fachschule, die Möglichkeit, das über 1.000 Grazer Schülerinnen und Schüler dort lernen, was aus den naturnahproduzierten Produkten gemacht wird. Die Stationen dort, von der Imkerei bis zur Bäckerei bis zum Gemüse, lernen sie. Aber man kann nie genug tun. Deswegen ein sinnvoller Antrag. Nur, ich stoße mich am Namen Rossini. Du weißt, ich bin auch musikbegeistert. Wir waren ein paar Mal auf Urlaub bei den Rossini-Festspielen und ich kenne dort die Speisekarten, wo Speisen den Namen von Rossini tragen. Die würde ich aber nie bestellen. Die Tournedos allà Rossini und die Cannelloni allà Rossini. Was ist da ein Hauptbestandteil? Gänseleber - dicke Scheiben von Gänseleber von gestopften Gänsen. Das ist nicht unbedingt das, was wir unter regionaler, gesunder Ernährung verstehen. Deshalb von mir ein Alternativvorschlag. Geh hinauf in den dritten Stock, in die Pionier:innengalerie. Eine Pionierin, Katharina Prato, vor 200 Jahren in Graz geboren, sie war die erste Herausgeberin im süddeutschen Raum, eines Kochbuchs mit gesunden Produkten. Warum nennen wir es nicht Prato-Projekt? Das

Projekt ist großartig, aber ich meine, wir könnten da wirklich unserer Katharina Prato noch einmal Respekt zeigen.

**GR<sup>in</sup> KO Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, liebe Zuhörer:innen, auf der Galerie. Sisi, vielen, vielen Dank für deine Wortmeldung. Du sprichst mir aus Seele und Magen sozusagen. Deine Idee ist wunderbar. Soweit wäre ich gar nicht gegangen. Aber danke dafür, das ist tatsächlich, glaube ich, ein guter Alternativvorschlag. Rossini war zwar ein Gourmet, aber es wird über ihn gesagt, dass „Paris“, das ist ein Zitat „bot für Rossini kontinuierliche Gourmet-Freuden, die sich in seiner Leibesfülle widerspiegelten.“ Ich glaube, dass ist pädagogisch nicht unbedingt ein Vorbild für Schülerinnen und Schüler, vor allen Dingen auch nicht in feministischer Hinsicht, weil er seine zweite Frau, nämlich nicht zuletzt deshalb geheiratet hat, weil sie so eine gute Pflegerin war für ihn, der nämlich aufgrund seiner Leibesfülle diverse Krankheiten hatte und eigentlich sich kaum mehr selbst bewegen konnte. Nichtsdestotrotz, die Idee der gesunden Ernährung ist ganz wunderbar. Aber es ist wie gesagt, eigentlich nicht so, dass hier nichts getan wird. Es gibt gerade aktuell die Idee, die bald zur Umsetzung kommen wird, der Essens-Botschafter:innen. Die Idee kommt aus der Küche Graz, dass eben Essens-Botschafter:innen in die Schule gehen können, über Ernährung, Lebensmittel, Herkunft, Nachhaltigkeit zu sprechen, auch Feedback sammeln können. Eben in diesem Rahmen, dieses Projekt, die eben auch die Kinder auf die Bauernmärkte gehen können, Menügestaltungen entwerfen können, mit nicht nur regionalen, sondern auch saisonalen Lebensmitteln. Und die dann auch über Nachhaltigkeit nachdenken. Also auch darüber, dass man möglichst wenig Essen wegwirft. Ich glaube, das ist alles sehr wichtig. Eben zur Gesunderhaltung der Kinder, aber auch natürlich zur Erhaltung der Umwelt, weil damit ja auch gefördert wird, Ideen wie man kochen kann, dass man eben nicht unbedingt im Winter die Erdbeeren aus irgendwoher oder die Tomaten aus

irgendwoher braucht, sondern dass man eben zum Beispiel einmal Krautfleckerl oder so was machen kann. Und insofern unterstützen wir zumindest die Prüfung, ob man so ein Projekt, wenn es denn nicht unbedingt Rossini-Projekt heißen muss auch umsetzen könnte.

**GR Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Danke Phillip, sehr, sehr guter Antrag. Inhaltlich, glaube ich, stimmen wir da alle überein. Die Namensdebatte hat mich dann doch etwas irritiert, dass die Emotionen diesbezüglich so hoch gehen. Und von der Kollegin Braunersreuther, da behauptet wird, aus feministischer Sicht, ist es jetzt möglicherweise bedenklich, dass dieses Projekt nach Rossini benannt wird. Aus feministischer Sicht ist das vielleicht auch ganz interessant, was die Frau Katharina Prato von sich gegeben hat zu ihrem Werk, eben die süddeutsche Küche, das bekannteste Kochbuch von ihr. Mein Hauptzweck war, diese Arbeit als Leitfaden für Anfänger:innen, vorzüglich für angehende Hausfrauen brauchbar zu machen. Also, es lässt sich sowohl für...sie spricht aus ihrer Zeit, wie auch man immer Personen aus ihrer Zeit herausinterpretieren sollte. Es war ganz ein neuer Ansatz von Ihnen, Frau Vizebürgermeisterin, die Offenheit hätte ich auch gerne bei anderen Debatten, auch in Straßenumbenennungen, da haben wir das nie gehört. Fakt ist, aus feministischer Sicht wird es Wurscht sein welchen Namen wir wählen, die Idee dahinter ist gut. Und danke für den Antrag.

**GR Kozina-Voit:**

Lieber alle. Am Namen kann man, glaube ich, noch arbeiten, aber mir geht es eigentlich wirklich um die Dringlichkeit des Antrages und die ist wirklich gegeben. Es war letztens auch in der Zeitung. Jedes dritte Kind bei uns ist inzwischen

übergewichtig, jedes siebte Kind ist stark übergewichtig. Und das sind wirklich bedenkliche Zahlen. Das ist ja jetzt nicht nur ein optisches Thema oder sonst was, sondern das geht mit vielen Krankheiten her, Diabetes und so weiter. Sie leiden dann ihr ganzes Leben unter den entsprechenden Folgewirkungen. Und ich glaube, es ist wirklich wichtig, dass was getan wird. Es freut mich auch, Stadtrat Hohensinner, dass was ich gelesen habe in der Zeitung, es ist eine große Aufklärungskampagne noch vor dem Sommer angekündigt. Sind ja auch dann genau die Themen im Ressort Jugendbildung, Sport, Bauernmärkte. Also das passt auch wunderbar zusammen. Ich habe eben heute auch einen Antrag gestellt, das ist jetzt kein Dringlicher, deswegen kommt der hier nicht vor, aber da vielleicht auch weitere Maßnahmen auszuarbeiten. Er hat ja eine Zuckersteuer auf Bundesebene gefordert. Ich glaube auch das wäre etwas, was in diese Richtung helfen würde. Also dieser dringliche Antrag passt da perfekt hinein. Das ist auch sehr ja, vernetzt gedacht. Das gefällt mir und ich denke, da gibt es einige Fragen zu den Inhalten. Aber es ist gut, wenn man einmal alles prüft, was wirklich der Gesundheit der Kinder und Jugendlichen, der gesunden Ernährung der Kinder und Jugendlichen dient und aufgrund der Zahlen sehen wir den als absolut dringlich.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

**GR<sup>in</sup> Aygan-Romaner:**

Liebe alle. Lieber Phillip, danke für den Antrag. Es hat mich sofort um Jahrzehnte zurückgerufen, als ich selber ein Kind war und meine Lieblingsendung war Paul Bocuse. So mit sieben Jahren habe ich mir sehr gerne Kochsendungen von Paul Bocuse angeschaut, faszinierend gefunden und mich mit anderen Kindern einfach dazu ausgetauscht und ich sehe einfach, dass es immer noch bei Kindern ein ganz großes Thema ist. Was ist Essen, wie kocht man, wie passiert das, was sind die chemischen

Zusammensetzungen, was geschieht am Herd, was geschieht am Feld? Das war zum Beispiel auch am 11. März, war ja die Wahl zur Kinderbürgermeisterin, Kinderbürgermeister und da war ein ganz großes Thema gesunde Ernährung, gute Ernährung, gutes Schulessen. Das heißt das Thema ist immer noch sehr, also auf jeden Fall wichtig auch bei den Kindern. Meine Tochter ist zum Beispiel letzte Woche total aufgeregt, von der Schule heimgekommen. Mama warum ist eigentlich keine Schulstunde wo man sich dann einfach zusammensetzt und einfach mal Sachen kocht? Weil das ist irgendwie so nebenbei an besonderen Tagen, am Ende des Schuljahres oder vor der Semesterferien, Wenn halt gerade kein Unterricht stattfindet, dann macht man halt irgendwelche Salate. Es würde Sie so freuen, wenn man da eben gemeinsam kochen würde. Also insofern, ich finde das eine super Idee von dir Phillip, dass man eben auch mit diesem Projekt reingehen könnte, in die Schulen. Es passiert auch schon sehr viel. Ja, am Namen habe ich mich allerdings auch ein bisschen gestoßen, habe mir gedacht, ok, gibt es das Projekt schon? Dann habe ich geschaut, nein das Rossini-Projekt gibt es nicht. Das ist eine Erfindung von dir, beziehungsweise ein Vorschlag von dir. Und da bin ich total mit Sisi, also ich finde schon, dass wir da einen anderen Namen dafür finden sollten, aber es spricht absolut nichts dagegen, das zu prüfen und mit einem anderen Namen eventuell umzusetzen. Danke sehr.

**GR Pointner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wunderbar freut mich sehr. Die Wortmeldung, was mich sehr erstaunt, ist tatsächlich, dass die von mir durchaus mit einem gewissen Humor intendierte Namensgebung nicht verstanden wurde. Besonders die Argumentation ist dahingehend interessant, weil besonders eben im Bereich der Mode. Im Bereich der Mode sind jetzt also Models, die mehr Körpergewicht haben, wenn man die nicht nimmt und sagt, das ist diskriminierend. Und beim Herrn Rossini, es ist jetzt plötzlich nicht diskriminiert, weil man die ganze Zeit sagen, der Rossini ist

aber dick und isst Gänseleber und so weiter. Interessant. Also ich wollte den Herrn Rossini dort haben, weil er gut kochen kann, weil er ein guter Pädagoge war und weil man ja auch als, ich lege das in die Hände der Pädagog:innen, die mit den Kindern kochen und dann soll es das Bild von Rossini hingeben und sagen, naja, eure Wahl, ob ihr so werden wollt, ungesund essen wollt, wir machen das jetzt anders. Humor ist wirklich nicht verboten und man muss nicht alles so ganz viel ernst nehmen. Und übrigens, der Rossini hat seine besten Opern geschrieben, das waren Opere buffe, also komische Opern. Er war ein Meister des Humors und deshalb ist auch der Name gewählt. Er ist humorvoll gewählt. Bitte Kollegin Potzinger wachen es doch auf, sind doch wieder einmal lustig, nehmen sie nicht alles so ernst. Ja, mag ja sein, jetzt ist halt der Rossini. Hängt euch auf am Namen, in der Sache ist, glaube ich, was Gutes und ich bedanke mich für die Zustimmung.

***Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.9 Areal Rösselmühle – Ensemble von unschätzbarem Wert für eine unverwechselbare Stadtentwicklung nutzen  
(GR<sup>in</sup> Sabine Reininghaus, NEOS)**

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Ja, herzlichen Dank, hoher Gemeinderat, liebe Gäste. Weg vom Rossini und Gänseleber und hin zu einem wunderschönen Ensemble in Graz, und zwar im Bezirk Gries. Seit dem Brand der Rösselmühle, vielleicht können Sie sich noch erinnern, im April letzten Jahres, ist offen, was mit dem Areal in Zukunft geschehen soll. Im September letzten Jahres wurden die beschädigten Gebäude abgetragen, also die beschädigten Gebäudeteile. Ende November wurde dann der Abbruch gestoppt, weil die Eigentümer weitere Brandschäden entdeckt haben. Die Eigentümerfamilie verspricht das Areal als

gemischten Lebensraum entwickeln zu wollen und das im Einklang mit der Bevölkerung der Stadt Graz und dem Bezirk Gries. Da man seit dem Brandereignis irgendwie in Graz Umwidmungen feilscht für dieses Gebiet, hofft man im Grazer Rathaus, so hat es zumindest die Kleine Zeitung berichtet, auch seitens der Eigentümerfamilie um Eva Polsterer, die mit dem gemeinnützigen Wohnbauträger Österreichisches Siedlungswerk, das ist einer der ganz großen Wohnbauträger in Österreich, gemeinsam die RÖMÜ GmbH gegründet haben, um das Areal jetzt endlich weiterzuentwickeln. RÖMÜ GmbH steht, wie Sie sich denken können, für Rösselmühle GmbH. Die ÖSW Wohnbauträger GmbH, eine der wirklich großen wie gesagt war auch mit weiteren Bauträgern an der Errichtung des Stadtteils Reininghaus beteiligt und ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich möchte kein zweites Reininghaus auf diesem Areal. Natürlich kann man da wieder so ein Riesenwohnquartier hinstellen, wie die Eigentümerin das möchte. Allerdings muss man schon sagen, wir reden hier nicht von irgendeinem Grundstück, sondern wir reden hier von einem besonders beeindruckenden städtebaulichen Ensemble, das sich über den Rösselmühl-Park, die Postgarage, die Rösselmühle, den Oeversee-Park, die leerstehende Köstenbaumühle mit ihren brachliegenden Grundstücken bis hin zum City-Park erstreckt. Hier reden wir von einem Gebiet, das von Parkanlagen, es sind drei, umgeben ist und an dessen Mühlengang vier historisch bedeutsame Gebäude stehen. Die denkmalgeschützte Postgarage wurde übrigens 1892 erbaut. War ehemals Artillerie-Reitschule in Graz und später eben die Garage für die Postbusse. Die Rösselmühle selbst, das ist die älteste Mühle in Graz, aber auch in Österreich. Und die, aus dem 15. Jahrhundert stammende Köstenbaumühle sowie die ehemalige Lederstampfe und das Puch-Fahrradwerk an der Kalauer Straße 26. Es ist klar, dass es hier ein großes Medieninteresse gibt, weil natürlich viele Interessen da sind, wenn es um die Entwicklung dieses Areals geht. Die Stadt Graz hofft im Moment auf eine konstruktive Lösung im Dialog mit der Eigentümerin und darauf, dass im Rahmen des Bebauungsplans und privatrechtlicher Verträge ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen Erhalt des Erbes und den

Bedürfnissen der Bevölkerung gefunden werden kann. Dafür müsste oder sollte in einem ersten Schritt gründlich erhoben werden, was im Areal Rösselmühle tatsächlich gebraucht wird. Das heißt, die Bedarfe sind festzustellen. Wir wissen jetzt schon, es braucht dringend ein ergebnisoffenes Stakeholder-Verfahren dafür. Erst danach sollte über städtebauliche Wettbewerbe als Grundlage für eine Umwidmung im Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan nachgedacht werden. Ich bin der Meinung, die Stadt Graz sollte das besondere Areal der Rösselmühle für die Entstehung eines unverwechselbaren Vorzeige-Stadtteils in Graz nutzen und sicherstellen, dass das industriehistorische Ambiente mit ihren historischen Bestandsgebäuden wertschätzend in die Stadtentwicklung integriert wird. Daher stelle ich folgenden

**dringlichen Antrag,**

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, in einem ersten Schritt für das Areal der Rösselmühle einen Bürgerbeteiligungsprozess anzustoßen, der die echten Bedarfe des Stadtteils, seiner Bevölkerung, sowie wichtiger öffentlicher Stakeholder, wie die GGZ, des Oeversee-Gymnasium, das Musikkonservatorium, Vereine und Aktivbürger:innen ermittelt. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, gemeinsam mit den Eigentümer:innen und oben genannten, einen transparenten, ergebnisoffenen „Bottom up“ - Entwicklungsprozess einzuleiten. Dem Gemeinderat ist über den Stand des Entwicklungsprozesses in der Juni-Gemeinderatssitzung ein erster Bericht zu erstatten. Das ist ein derartig schönes Ensemble, eine schöne Gegend und ich bitte wirklich um breite Zustimmung, damit Graz hier etwas wirklich schönes errichten kann. Danke.

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Seit dem Brand der Rösselmühle im April 2023 ist offen, was mit dem Rösselmühle-Areal in Zukunft geschehen soll. Im September letzten Jahres wurden die beschädigten*

*Gebäude abgetragen, Ende November wurde der Abbruch gestoppt, weil weitere Brandschäden entdeckt wurden. Die Eigentümerfamilie verspricht, das Areal „als gemischten Lebensraum“ entwickeln zu wollen, was im Einklang mit der Bevölkerung, der Stadt Graz und dem Bezirk Gries passieren sollte.*

*Da man seit dem Brandereignis um Widmungen feilscht, hofft man im Grazer Rathaus als auch seitens der Eigentümerfamilie um Eva Polsterer, die mit dem Gemeinnützigen Wohnbauträger Österreichisches Siedlungswerk (ÖSW) gemeinsam die RÖMü-GmbH gegründet hat, um das Areal endlich zu entwickeln ([https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6271438/Stadtplanung-gefragt\\_Was-jetzt-aus-dem-Brandopfer-Roesselmuehle-in](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6271438/Stadtplanung-gefragt_Was-jetzt-aus-dem-Brandopfer-Roesselmuehle-in)).*

*Die „ÖSW Wohnbauträger GmbH“, eine der großen Wohnbauträger Österreichs, war auch mit 17 weiteren Bauträgern an der Errichtung des Stadtteiles Reininghaus beteiligt (<https://reininghausgruende.at/fakten-hintergrunde/bautraeger/>).*

*Natürlich könnte man am Areal der Rösselmühle das nächste Wohnquartier hinstellen, wie die Eigentümerin das möchte. Allerdings reden wir hier von einem besonders beeindruckenden, städtebaulichen Ensemble, das sich über den Rösselmühlpark, die Postgarage, die Rösselmühle, den Oeverseepark, die leerstehende Köstenbaummühle ([https://www.grazerbe.at/K%C3%B6stenbaumgasse\\_17](https://www.grazerbe.at/K%C3%B6stenbaumgasse_17)) mit ihren brachliegenden Grundstücken, bis hin zum City-Park erstreckt. Hier reden wir von einem Gebiet, das von Parkanlagen umgeben ist und an dessen Mühlgang vier historisch bedeutsame Gebäude stehen: die denkmalgeschützte Postgarage, die 1892 erbaute, ehemalige Artillerie-Reitschule ([https://www.grazerbe.at/Dreihackengasse\\_42](https://www.grazerbe.at/Dreihackengasse_42)), die später als Garage für Postbusse genutzt wurde, die Rösselmühle als älteste Grazer Mühle, die aus dem 15. Jahrhundert stammende Köstenbaummühle, sowie die ehemalige Lederstampfe und Puch-*

*Fahrradwerkstätte an der Karlauerstraße 26*

*([https://baugeschichte.at/Karlauer\\_Stra%C3%9F%26#C3.84Itere\\_Ansichten](https://baugeschichte.at/Karlauer_Stra%C3%9F%26#C3.84Itere_Ansichten)).*

*Natürlich erklärt sich daraus das große Medien u.- allgemeine Interesse an der künftigen Entwicklung der Rösselmühle und seiner Umgebung*

*([https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/17927310/nach-dem-grossbrand-wies-mit-dem-](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/17927310/nach-dem-grossbrand-wies-mit-dem-roesselmuehle-areal-weitergeht)*

*roesselmuehle-areal-weitergeht <https://www.krone.at/2970817>*

*<https://gat.news/nachrichten/quartiersentwicklung-als-vorzeigeprojekt>*

*<https://gat.news/nachrichten/das-industriedenkmal-roesselmuehle-wie-lange-noch>).*

*Auch das ehrenamtliche „Komitee Projekt Rösselmühle“, ein Verein zur Revitalisierung der Rösselmühle, der sich aus einer Gruppe von ArchitektInnen, AktivbürgerInnen, Kulturschaffenden und Personen aus der Zivilgesellschaft gegründet hat, setzt sich für eine vielfältige Nutzung des Areals ein. Das GGZ bräuchte Raum für betreutes Wohnen, das Oeversee-gymnasium dringend einen Turn- und Multifunktionssaal und Räume für ein Lerncafé, das Musikonservatorium bräuchte dringend einen Proben- und Konzertsaal. Alles dringende Bedarfe, die sich mit einem „üblichen“ Wohnbau kaum realisieren ließen.*

*Die Stadt Graz hofft im Moment auf eine konstruktive Lösung im Dialog mit der Eigentümerin und darauf, dass im Rahmen des Bebauungsplans und privatrechtlicher Verträge ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen Erhalt des Erbes und den Bedürfnissen der Bevölkerung gefunden werden kann.*

*Dafür müsste in einem ersten Schritt gründlich erhoben werden, was im Areal Rösselmühle tatsächlich gebraucht, gewünscht oder etwa abgelehnt wird. Es braucht*

*jetzt dringend ein ergebnisoffenes Stakeholder-Verfahren inklusive Dialogveranstaltungen. Erst danach sollte über einen städtebaulichen Wettbewerb als Grundlage für eine Umwidmung im Flächenwidmungsplan und Bebauungsplanung nachgedacht werden.*

*Die Stadt Graz sollte das besondere Areal der Rösselmühle für die Entstehung eines unverwechselbaren Vorzeige-Stadtteils in Gries nutzen und sicherstellen, dass das industriehistorische Ambiente mit ihren historischen Bestandsgebäuden wertschätzend in die Stadtentwicklung integriert wird. Daher stelle ich gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgenden*

***dringlichen Antrag:***

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, in einem ersten Schritt für das Areal der Rösselmühle einen Bürgerbeteiligungsprozess anzustoßen, der die echten Bedarfe des Stadtteils, seiner Bevölkerung, sowie wichtiger öffentlicher Stakeholder, wie GGZ, Oeverseegymnasium, Musikkonservatorium, Vereine und AktivbürgerInnen ermittelt.*
- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, gemeinsam mit den EigentümerInnen und oben genannten, einen transparenten, ergebnisoffenen „Botom up“ - Entwicklungsprozess einzuleiten.*
- Dem Gemeinderat ist über den Stand des Entwicklungsprozesses in der Juni-Gemeinderatssitzung ein erster Bericht zu erstatten*

**GR<sup>in</sup> Würz-Stalder:**

Ja, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen im Stream, die noch verblieben sind und auch die Anwesenden auf der Galerie. Ja, liebe Sabine, in jedem Fall werden wir der Dringlichkeit zustimmen, denn es ist tatsächlich ein großes Thema mittlerweile schon in der Vorbereitung, in der Planung. Wir haben den Prozess, der ist eigentlich sozusagen schon längst gestartet. Insofern muss man vielleicht ein bisschen was zurechtrücken, auch was in deinen Forderungen dann formuliert ist, was vielleicht nicht ganz so gut passt. Also ich sehe, du schreibst, du möchtest einen transparenten ergebnisoffenbaren Prozess. Der kommt eigentlich, der wird nicht von oben induziert, sondern der kommt von unten. Das ist bereits passiert, die Stadt weiß natürlich, dass da Lösungen gefragt sind, beziehungsweise sie setzt sich auch damit auseinander. Der Stand ist, vielleicht darf ich das sagen, so dass gerade die Vorbereitungen laufen um Angebote einzuholen für eine Planung des Entwicklungsprozesses, als auch gegebenenfalls Entwicklung und Begleitung, Moderation dieses Prozesses. Das heißt, und dabei geht es nicht nur darum, jetzt Bürgerinitiativen oder Bürger:innen einzubinden, es bedarf sozusagen der Notwendigkeit, alle Stakeholder einzubinden und das sollte auch sozusagen von einer unabhängigen Instanz begleitet werden. Nun mich hat ein bisschen was irritiert in deinem Text, das ist vielleicht jetzt, was schon dazu geführt hat, dass man gesagt hat, das passt vielleicht nicht ganz, nämlich nicht zum Zeitpunkt. Es wird erwähnt, dass nach dem Brandereignis erste Überlegungen oder die Frage in den Raum gestellt worden, das ist schon viel länger vor, und wird auch behandelt und es wird natürlich nicht gefeilscht, ja, sondern es braucht eben da einen Prozess, der gut aufgesetzt ist und die Stadt ist dabei genau das zu tun und insofern unterstützen wir die Dringlichkeit. Inhaltlich, ja, da sieht das ein bisschen anders aus, in dem Fall.

**StR Riegler:**

Liebe Frau Reininghaus. Ja, tatsächlich war die Frau Kabelis-Lechner auch bei mir und hat sich sehr gefreut, dass sie bei mir und offenbar auch bei Ihnen, Frau Reininghaus, offene Türen gefunden hat. Was Reininghaus betrifft, was die Rösselmühle betrifft, da ist so viel Reininghauses. Ich komme nämlich noch auf Reininghaus zu sprechen. Also ich schicke voraus, ich habe mir das alles angehört und kann die Dringlichkeit nur unterstützen und das werden wir auch als Fraktion tun, inhaltlich werden wir darüber sprechen. Ich möchte aber jetzt schon einmal der Frau Kabelis-Lechner und allen weiteren Proponent:innen via Internet schöne Grüße ausrichten. Bleiben Sie dran, wir kommen ja dann gleich zur Diskussion über den Inhalt. Falls wir aus irgendeinem Grund nicht zur Diskussion, über den Inhalt kommen sollten, weil noch wissen wir nicht, wie sich die Fraktionen verhalten werden, schicke ich gleich voraus. Für unsere Fraktion ist es plausibel, dass wir nicht eine reine Wohnstätte dort brauchen, sondern es braucht dort verschiedene Nutzungen, die eben einem Kerngebiet entsprechen, eine Stadt besteht aus einem Kerngebiet, wo eben unterschiedliche Nutzungen gemischt vorhanden sind. Es wurde schon erwähnt, das Konservatorium, das Oeversee-Gymnasium, die GGZ. Und da muss man sagen, da ist ja jetzt die Stunde der Wahrheit auch für die Vizebürgermeisterin, die ja sozusagen das größte Ressort hat, wie sie immer wieder sagt und immer wieder darauf hinweist, dass ja eigentlich sie die Hauptentscheiderin in der Stadtregierung ist. Da kommt ja jetzt die Frage der Wahrheit. Wie hältst du es Judith, um sozusagen mit Goethe, wie hältst du es mit der Bürgerbeteiligung, den in der Maiffredygasse war es ein ziemliches Drüberfahren? Im Übrigen, das ist der Grund, warum sich die Leute dort wirklich sehr geärgert haben, weil sie erst in der Informationsveranstaltung daraufgekommen sind, dass es eigentlich schon post festum ist, dass eigentlich alles gelaufen ist und, dass eigentlich die Beamten nur mehr sagen konnten, ja, wir werden das mitnehmen, diese Vorschläge, aber eigentlich ist es schon entschieden. Deswegen, ich kann nur, wärmstens empfehlen, endlich das zu tun, was ihr Grüne seit Jahrzehnten uns allen vorpredigt,

nämlich dass wir endlich einmal Bürgerbeteiligung machen und dass wir uns einmal anhören, was so die Bürgerinnen und Bürger denken über Kräfte die sie lenken.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR<sup>in</sup> KO **Braunersreuther:**

Liebe Kolleg:innen, liebe Zuhörer:innen, liebe Sabine. Danke, dass du die Sprache auf das Thema Rösselmühle gebracht hast. Wie auch die Ali und andere beschäftige ich mich schon ziemlich lange mit dem Thema, eigentlich schon sehr, sehr lange vor dem Brand, eigentlich schon seit der Schließung der aktiven Mühle. Weil ja immer schon die Frage war, was passiert mit diesem ganzen Areal und mit diesen Gebäuden. Es wird etwas passieren, das ist etwas, was wir sicher sagen können. Wie sehr die Stadt da dran ist, das können, hat die Ali schon in den Grundzügen ausgeführt. Was wir überlegen könnten, ob wir da vielleicht mal in den Grünraum-Ausschuss jemanden einladen um den aktuellen Stand der Dinge berichten zu lassen. Wie sehr da der Fortschritt ist, das kann ich allerdings selbst nicht beurteilen und wann das für sinnvoll erachtet werden kann. Ein Bericht bis zur Juni-Gemeinderatssitzung halte ich allerdings für relativ knapp, denn das ist ja kein kleines Gelände. Ich möchte jetzt, weil hier eben der Dringlichkeit, aber dem Inhalt nicht folgen können, sagen, was wir trotzdem hinsichtlich des Rösselmühl-Projekts gemacht haben, um diesen Prozess anzustoßen. Es ist bereits initiiert, ein Topographie-Projekt mit dem Büro der Nachbarschaften und dem Graz-Museum zusammen. Topographie heißt, dass dort Erinnerungen gesammelt werden. Das fließt auch an an dieses studentische Projekt der Kulturanthropologie, das mit ehemaligen Arbeiter:innen der Fabrik gesprochen wird, dass Erinnerungsstücke gesammelt werden, dass Fotos und so weiter gesammelt werden und das soll dann eben alles nicht irgendwo in irgendwelchen Kellern verschwinden, sondern das soll eben auf dem Server, diesem Topographie-Server, der beim Graz-Museum in Graz

angesiedelt ist, gespeichert werden und für alle Nutzer:innen auch zugänglich sein. Dann gibt es eine große Initiative zum Erhalt der bestehenden Gebäude, allen voran diesen großen Turm, der nämlich laut Denkmalschützern und Fachleuten der einzige wirklich erhaltenswerte ist, denn der ist ein Ziegelbau und der ist der, der immer wieder in den Erinnerungen vorkommt. Es gab dazu ein Treffen der Bürgermeisterin mit dem Landesdenkmalbeauftragten, der dem nicht abgeneigt ist, industriekulturelles Erbe unter Denkmalschutz zu stellen. Da allerdings so ein Denkmalschutzprozess, ein wirklich elendslanger Prozess ist, sind wir dann noch auf einen zweiten Weg initiativ geworden. Die Frau Strempl-Ledl, die für das UNESCO-Kulturerbe zuständig ist und früher die ASVK-Vorsitzende war, wird jetzt zusammen mit der ASVK versuchen, wie man dieses ganze Mühlen-Ensemble, das ist ja hier auch beschrieben, es geht nicht nur um die Rösselmühle, unter Ortsbildschutz gestellt werden kann. Dann hat die Stadt Graz selber die Handhabe da etwas zu tun und wir hoffen natürlich auch darauf, dass dieses, also wir hoffen nicht nur, dass aus diesem Areal etwas Schönes, wertvolles wird und wertvolles Erbe erhalten bleibt, sondern wir tun auch wirklich was dafür, dass das geschieht. Und zwar glaube ich, alles, was in unserer Macht steht.

**Bgm<sup>in</sup> Kahr:**

Dankeschön. Ich möchte nur anmerken, dass es nicht falsch zitiert wird. Der Herr Brugger vom Denkmalschutzamt hat sich zwei Mal mit mir sogar getroffen, weil ich darum gebeten habe, welche Möglichkeiten es auch hier gibt, weil natürlich auch mich persönlich das freuen würde, wenn wir einen Teil hier unter Schutz stellen könnten und ich sozusagen auch alles, was es an Möglichkeiten auch von meiner Seite hier gibt, ausschöpfen möchte. Das ist derzeit bei der Prüfung, aber es schaut nicht so optimistisch aus, wie ich es eigentlich erhofft habe und das möchte ich nur hier auch anmelden. Ich bekomme das aber schriftlich und wie gesagt, wenn es nur irgendeine rechtliche Möglichkeit gebe, von meiner Seite her, würde ich das von Herzen gerne

tun, weil ich das für persönlich, auf jeden Fall auch für notwendig erachte. Ansonsten kann ich den Ausführungen nur zustimmen. Weitere Wortmeldungen bitte, Herr Gemeinderat Topf.

**GR Topf:**

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, am Livestream. Wir werden auch dem Inhalt zustimmen, und zwar deshalb, weil ich den Ansatz für gut finde und das könnte man durchaus konkret aufgreifen, dass wir einmal einen Zwischenstand im Planungsausschuss haben. Ich denke da an den Kollegen Vorsitzenden, der jetzt gerade schwätzt, aber vielleicht kann man durchaus im Planungsausschuss, ich sage das jetzt bewusst zusammenfassend, erst der Ausschuss für Verkehr, Grünraum und so weiter, Stadtplanung. Ich denke wir könnten durchaus, muss nicht das nächste Mal sein, aber das übernächste Mal anregen, hier einen Zwischenstand zu erfahren, wie die Diskussion momentan um dieses Areal besteht, damit man sozusagen gemeinsam einen Wissensstand haben. Wo steht jetzt die Entwicklung dieses Bereiches? Ich glaube das ist etwas, was man durchaus auch im Planungsausschuss diskutieren kann, aber wir werden den Inhalt auch zustimmen.

**StR Riegler:**

Ich möchte nur inhaltlich noch hinzufügen, also grundsätzlich haben wir ja eigentlich zwei ähnliche Aufgaben, ähnlich gelagerte Aufgaben. Nämlich einerseits die Tennenmälzerei, wo jetzt auch schon wieder ein paar Monate lang eigentlich nichts weitergegangen ist und wo wir eigentlich immer noch darauf warten, dass wir endlich informiert werden darüber, was jetzt genau dort zu geschehen hat. Und bei der Tennemälzerei, wo es ja auch eigentlich darum gegangen wäre, eine kulturelle Nutzung unterzubringen, ist eigentlich jetzt ja mehr oder weniger mitgeteilt worden,

dass es offenbar kein Geld dafür gibt und dass man daher halt eine Zwischennutzung macht, wo man jetzt eben irgendwie,...wird man sehen, was da stattfindet. Ähnlich ist es auch hier. Es ist grundsätzlich so, dass Stadtentwicklung Geld kostet und dass wir in der Vergangenheit eben sehr häufig die Verantwortung dann halt wahrnehmen mussten, dass wir tatsächlich größere zusammenhängende Gebiete, stadtplanerisch auch erschließen mit Infrastruktur. Das ist ja das, was die Menschen in Graz so sehr vermissen in dieser momentanen Rot-Rot-Grünen Koalition. Das eigentlich lediglich Alt-Projekte aus der vergangen Periode, und die schlecht abgearbeitet werden, siehe Innenstadt-Entlastung, wo man ein Jahr lang eine Baustelle stehen lässt und den Leuten nicht hilft, andererseits aber eigentlich keine neuen Infrastrukturprojekte anzieht. Denn selbstverständlich gilt hier das Gleiche wie auch für die Tennenmälzerei. Wegducken wird auf Dauer nicht gehen. Irgendwann stellt sich halt die Gewissensfrage, ist man bereit tatsächlich als öffentliche Hand, als Stadt oder als Land, oder gemeinsam eben dort dem Konservatorium zu helfen, dort dem GGZ zu helfen, da vielleicht auch anzudocken und dann wird eben insgesamt dadurch auch eine attraktive Infrastruktur entstehen, in der dann auch Menschen wohnen können. Also diese Herausforderung, die bleibt euch nicht erspart. Wenn ich jetzt die Frau Braunersreuther richtig verstanden habe, die ja schon seit 2020 immer wieder auch in Fragestunden mit dem Thema kommt, dann wollt ihr ja jetzt auch eigentlich keine Hast haben, sondern eigentlich, dass wieder dieses Projekt wieder sanft ablehnen. Das tut mir sehr leid, ich möchte nur eben mitteilen, dass das Kulturamt auch ausrichtet, dass es keine finanziellen Ressourcen im Kulturamt im Bestand dafür gibt, dass wir jetzt hier ein kulturpolitisches Konzept entwickelt, ähnlich wie bei der Tennenmälzerei, sondern es wird halt irgendwann einmal dann doch eine gewisse Großzügigkeit brauchen der geschätzten Koalition, dass man irgendwann nachher Geld in die Hand nimmt um eben solche wichtigen stadtentwicklerischen Schritte auch zu entwickeln. Und dazu kommt es halt offensichtlich wie auch bei vielen anderen Dingen auch wieder nicht. Leider.

**GR<sup>in</sup> Würz-Stalder:**

Ich sage jetzt ganz kurz, liebe alle. Ich wundere mich schon, wie hier eigentlich Äpfel und Pflaumen miteinander verwechselt werden. Situationen und Zuständigkeiten von Ebenen, die entschieden gehören, also um das noch einmal zu wiederholen oder auszuführen. Mit der Tennenmälzerei hat es insofern nicht so viel zu tun, weil die Tennenmälzerei ist im Eigentum der Stadt Graz und sie ist dafür zuständig. Die Rösselmühle ist Privatbesitz und deshalb ist die ganze Fragestellung, wie schafft man es dort sozusagen inhaltlich als Stadt die Ziele einzubringen oder umzusetzen, die die Stadt zu so einem Ort, zu so einem Gebiet, zu so einem Projekt hat. Das funktioniert an der Stelle ganz anders. Ich kann dazu sagen, die Stadt hat sich ambitionierte Ziele gesetzt für dieses Projekt. Hier geht es vor allem um Grünraumsicherung zum einen. Es geht aber auch um die Frage der Durchmischung und wie, in welchem Verhältnis, das bewerkstelligt werden soll. Und ich sage einmal, das, was sich die Stadt sozusagen aus der Verwaltung heraus vorstellt, ist ambitioniert. Die Ebene, dass man dann schon sozusagen die Projektentwicklung betreibt, das ist nicht direkt Aufgabe der Stadt, weil es gibt private Eigentümer:innen und die müssen das dann sozusagen auch umsetzen. Und insofern kann man nicht einfach sagen, ja die Stadt soll einfach machen, was im Übrigen auch so ein bisschen Missverständnis ist, bei den diversen bottom up-Bürgerinitiativen und Bürgerinneninitiativen. Hier gilt es eigentlich klar die verschiedenen Ebenen zu trennen. Wir haben das, was die Stadt umsetzen kann, ist zum einen oder wo sich gefordert ist, ist ein raumrechtliches Verfahren einer Umwidmung und das ist auch das Potential sozusagen, das für die Stadt liegt, aber es braucht quasi einen geordneten Prozess, einen wo alle Stakeholder:innen, unter anderem natürlich auch die Bürger:innen und die Anliegen, eingebunden werden. Und dann noch ein Wort zu GGZ, Landeskonservatorium und Schule. Also das wird ja auf und ab diskutiert, schon hinlänglich. Noch sind nirgends offiziell Bedarfe angemeldet. Die Stadt kann da nicht in Vorlage gehen und sagen, wir erfüllen euch jetzt etwas,

darum geht es nicht. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen und die klären, dass das umgesetzt wird. Und um das geht es eigentlich jetzt. Und insofern können wir jetzt diesen Punkten nicht direkt zustimmen, weil auch wenn das gerade im Entstehen ist, weil es braucht da auch dieses Verständnis, wer hat welche Rolle, was kann gemacht werden, wer muss welche Schritte setzen. Und das, sozusagen, sage ich mal, ist jetzt das, was ich hier an der Stelle auch dir Sabine sagen kann. Danke nochmals für deinen Antrag, es ist gut, dass das wieder thematisiert wird. Ich denke wir werden bald was hören im Ausschuss. Ich glaube, das wird nicht mehr allzu lange dauern.

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Sie haben heute auch von mir eine schriftliche Anfrage überreicht bekommen, wo ich eben versuche über den Denkmalschutz hier rettend einzugreifen. Vielleicht gelingt uns das, denn es ist nämlich die Postgarage und die Puchhalle bereits unter Denkmalschutz gestellt, aber es gibt zwei Gebäude, die stehen nicht unter Denkmalschutz und das ist die Köstenbaumühle. Dass die Grünen bei diesem Antrag nicht mitgehen, ist für mich völlig unverständlich. Wie Frau Würz-Stalder gesagt hat, es geht hier um Grünraumsicherung, was ist los mit den Grünen, bitte? Warum könnt ihr bei so einem dringlichen Antrag nicht mitgehen? Nein, ich habe es nicht verstanden. Und KPÖ, dass die nicht mit gehen, das ist vielleicht auch mit der Geld-Mode in Graz zu erklären. An und für sich müsste der ganze Gemeinderat sagen, ja das ist eine super Geschichte, da können wir ein classes Vorzeigeprojekt, schöne Stadtentwicklung in Graz machen. Geht nicht. Wir haben kein Geld, wir haben keine Lust und irgendwie macht mich das ziemlich traurig. Dankeschön.

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, NEOS und Lohr) abgelehnt.***

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Bevor wir zur Abstimmung kommen, muss ich doch jetzt etwas zur Korrektur sagen, weil es mich eigentlich traurig stimmt, dass du mich nicht ganz ernst nimmst. Ich habe gerade vorhin gesagt, dass ich seit letztem Jahr, also seit ich von dem weiß, von der Problematik, im Rahmen meiner Möglichkeiten als Bürgermeisterin und ich sage, wenn überhaupt geht man davon aus, eh die stärkere Initiative, weil der Gemeinderat, er war da oft ohnmächtig. Ich habe alles prüfen lassen, welche Möglichkeiten ich als Bürgermeisterin hier habe, um hier den Denkmalschutz teilweise zu garantieren. Das ist ja an mir nicht vorüber gegangen und ich kenne die Akteur:innen alle mit denen du dich getroffen hast seit 20 Jahren und wir haben viele Projekte erfolgreich abschließen können, genauso aber manche gehen eben nicht. Und noch einmal, der Herr Brugger, das ist ein zutiefst, das ist der oberste Denkmalschutzhüter, dem jedes Mal das Herz selber blutet, wenn er als Denkmalschützer nichts machen kann, hat mir schon gesagt, „Frau Bürgermeisterin, liebe Elke Kahr, es tut mir leid, ich sehe mit den Möglichkeiten und Instrumenten des Denkmalschutzes hier keine Möglichkeit diesen Turm zu schützen.“ Dann habe ich gesagt, vielleicht schaffen wir hier einen Gebietsschutz oder andere Möglichkeiten, also da kannst du gerne einmal dabei sein, um dir das auch anzuhören. Dann habe ich gesagt, unabhängig davon, wie du das siehst, kann ich als Bürgermeisterin trotzdem auch im Sinne der Mehrheit oder aller hier im Gemeinderat eine Maßnahme setzen, dann hat er gesagt, du kannst einem Brief schreiben, ob es aber auch Gehör findet, ist eine andere Sache. Du hast da als Bürgermeisterin, wenn es um dieses Thema geht leider keine Handhabe. Ich werde es aber trotzdem machen und ich mache es auch liebend gerne im Namen von euch allen, damit das noch mehr Gewicht hat. Aber letztendlich entscheiden das andere Gremien und ich kann auch sagen, ich hätte da lieber Tempo 30 wenn die StVO das nicht hergibt, dann kann ich auch nicht mit dem Kopf durch die Wand. Ich wollte dir das nur einfach so sagen, dass das nicht Nichtwollen ist sondern ganz im Gegenteil. Also wir haben schon andere

Kämpfe ausgestanden. Aber wie gesagt, so ein Treffen mache ich gerne und wen es interessiert, kann er auch dabei sein damit man es auch O-Ton mäßig hört.

Entschuldigung, ich wollte das nur noch einmal, bevor wir zur Abstimmung kommen,

für das Protokoll richtigstellen. Gerne. Bitte wer ist für den Antrag von Kollegin

Reininghaus? Darf ich bitten um ein Zeichen mit der Hand? Gegenprobe. Der Antrag ist so nicht angenommen. Wir sind und fertig mit den Dringlichen.

Ich habe schon gesagt, im nicht öffentlichen Teil sind alle Stücke schon en bloc

abgestimmt. Somit kann ich mich nicht nur von euch, liebe Kolleginnen und Kollegen,

für den heutigen Tag verabschieden, euch noch einen schönen Abend wünschen,

sondern auch von allen, gleichzeitig via livestream. Die Gemeinderatssitzung heute am

21. ist somit beendet. Schönen Abend.